Die neuesten

Weltbegebenheiten.

Nach

authentischen Quellen bearbeitet

von

Dr. Franz Kottenkamp.

Fünfzehnter Theil:

Deutschland in seiner Entwicklung.

VI.

Stuttgart:

Rieger'sche Verlagsbuchhandlung.

1849.

Aufstand und Besiegung Wiens.

(Fortsetzung.)

Noch vor diesen Vorgängen im Reichstag ward die ohnedem einen Kampf wünschende Bevölkerung durch einen weiteren Vorfall bis zur Wuth gegen die Truppen aufgeregt. Nachdem die Stellung Auerspergs von der Nationalgarde und akademischen Legion besetzt war, wurde der Leichnam eines jungen Mannes aus letzterer aufgefunden, dessen Verstümmelung bezeugte, daß die Truppen ähnliche Grausamkeit und Folterung von Gefangenen übten, wie sie civilisirte Völker bei barbarischen verabscheuen, Grausamkeiten, welche der Grausamkeit einer empörten und in blinder Wuth mordenden Volksmasse jedenfalls gleichkommen, die übrigens zugleich auch die Auflösung der Disciplin und somit auch die geringe Wirksamkeit dieser Truppe bezeugten, im Fall die letztere während der nächsten Tage einen entscheidenden Kampf hätte liefern müssen. Der Leichnam ward in die Aula, dann vor den Reichstag getragen, damit die Vertreter des Volkes sähen, mit welchen Feinden man zu kämpfen habe. Ueberall ward das Volk wüthend; Nationalgarden eines Stadtviertels, welche der Bewegung sonst fern standen, gelobten Rache, ebenso wie diejenigen Volksmassen, welche den Aufstand durchgeführt hatten.*

* Den Vorfall beschreibt ein Augenzeuge (Berthold Auerbach, Tagebuch aus Wien) in folgender Weise. „Im Hofe der Aula brauste und toste es wie ein Sturm. Man hatte die Leiche eines Studenten gebracht, die man nach dem Abzuge des Militärs vom Belvedere dort gefunden. Die Leiche war schauderhaft verstümmelt, die Zunge ausgeschnitten, die Augen ausgestochen, der Mund aufgeschlitzt bis zu den Ohren, die Nase abgehackt, der Bauch aufgeschlitzt, alle Raserei des zum Ungeheuer gewordenen Menschen war verübt. Ein Heulen und

Außerdem begann bereits der Kampf mit den Croaten. Gegen Mittag näherten sich Letztere den Marxer Linien; es entstand ein Handgemenge durch einen Ausfall der Städter ohne eigentlichen Erfolg, indem die Truppen sich wieder zurückzogen; das Feuern währte übrigens fort, indem von beiden Seiten auf Vereinzelte geschossen ward, wodurch die Bewegung in der Stadt rege gehalten wurde. Diese meist zwecklose Verschwendung von Munition ward übrigens am nächsten Tage untersagt. — Während dem hatte die weitere militärische Organisation ihren Fortgang. Der Reichstag beschloß in seiner Morgensitzung vom 12ten: „Alle waffenfähigen Männer haben sich unter die Befehle desjenigen Bezirkschefs zu stellen, wo sie wohnen; alle Bewaffneten stehen unter dem Obercommando der Nationalgarde.“ Der Gemeinderath traf Einrichtungen hinsichtlich der Verpflegung u. s. w. Es wurde ein mobiles Freicorps von einem Hrn. Sternau gebildet; ein anderes Freicorps bildete sich im Café Français aus Fremden; in einem dritten Freicorps traten die anwesenden Polen

Racherufen, herzerschütternd wie noch nie, hörte ich hier. Die Frauen zerflossen in Thränen und Wehklagen, und die Männer, nicht Studenten, nicht Proletarier, hoben ihre Waffen zum Himmel und schwuren Rache an dem Hause Habsburg und an Ferdinand dem Gütigen. Ich sah einen alten wohlbeleibten Mann, die hellen Thränen liefen ihm über die Wangen und er konnte nur noch heiser die Worte rufen: ‚Rache an Habsburg! So läßt uns der gute Kaiser ermorden, weil ein Einziger ermordet worden.‘ Ich sah hier das empörte Herz des gutmüthigsten Volkes und erkannte, wohin man es treiben kann durch schmählichen Verrath. ‚Zum Reichstag! zum Reichstag!‘ erschollen plötzlich die Stimmen, und ‚zum Reichstag!‘ schrie Alles. Mit einer schwarzen Fahne voraus, trug man die Leiche hin, die Reichstagsmitglieder mußten sehen, wie die Truppen des Kaisers mit seinem Volke umgingen. Schuselka kam herab und beruhigte mit wenigen Worten das zum Aeußersten gereizte Volk, und als der Abgeordnete Fürst Lubomirski die Leiche sah, verfiel er plötzlich in Wahnsinn und ‚o Jellachich! o Jellachich!‘ soll sein Ruf gelautet haben, bevor er in Raserei verfiel.“ — Allem Anschein nach hat übrigens Auersperg seine Stellung ebenso aus Rücksicht auf die Auflösung der Disciplin unter seinen Truppen, wie auf äußere Umstände verlassen.

zusammen. Nothwendig war aber eine bestimmte Leitung statt des planlosen und instinktartigen Verfahrens der Straßenaufstände. Der Abgeordnete Scherzer, am 6ten zum Commandanten der Nationalgarde bestimmt, war kein Militär vom Fach und trat zurück, weil er seine Unzulänglichkeit erkennen mußte; ihm folgte ein Offizier, Hauptmann Braun, der aber ebenfalls sich der Sache nicht gewachsen fühlte oder aus politischer Rücksicht zurücktrat; die Bezirkschefs wählten einen Hauptmann Spitzhütl, gegen welchen aber die revolutionären Ausschüsse Mißtrauen hegten und der deßhalb sich nicht behaupten konnte. * Die Ernennung fiel hierauf auf einen ehemaligen Offizier Messenhauser, einen umsichtsvollen, thätigen und dabei anspruchslosen Mann, der auch während des ganzen, zuletzt hoffnungslosen Kampfes das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigte, indem er die Ordnung der betreffenden Macht soweit erhielt, wie es bei einer ungeübten Volksmasse geschehen konnte. Bis zu dem Zeitpunkt, wo allgemeine Verwirrung bei gänzlicher Hoffnungslosigkeit des Kampfes einriß, behielt er auch das Vertrauen derselben; seinen zahlreichen Plakaten** wurde

* Auerbach schreibt als Augenzeuge: Wir kehrten nach dem Centralkomitee der demokratischen Vereine zurück, wir waren kaum dort, als ein Mann, der eine ziemliche Rolle gespielt hat, schäumend vor Wuth hineinstürzt und aus aller Kraft ruft: „Spitzhütl ist Commandant! das darf er nicht sein oder ich lasse ihn ermorden durch meine Arbeiter! Ich war bei dem Studentencomitee, sie werden auch protestiren, sie müssen. Jetzt hinaus, agitirt, regt auf, keine Ruhe, Spitzhütl muß abdanken, er ist ein Schwarzgelber!“

** Die Kundmachung über seine Ernennung worin er zugleich die von ihm beabsichtigte Verfahrungsweise aussprach, ist folgende: „An die gesammte Volkswehr der Stadt Wien und Umgebung. Kameraden! Durch Ministererlaß vom 12. dieses bin ich im Einverständnisse mit dem Reichstagsausschusse zum provisorischen Nationalobercommandanten für Wien und die Umgebung ernannt worden. Der Ernst der Zeit, die Größe der Aufgabe der Volkswehr ist Jedermann zum Bewußsein geworden Es sind theuere Errungenschaften, kostbare, unverletzliche Güter durch Einheit, Entschlossenheit, begeisterte Hingebung und kalte Besonnenheit gegen mächtige Gefahren zu behaupten. Unsere heiligen Ziele dürfen nicht überstürzt werden. Friede, Ordnung, Heiligkeit des Eigen-

bereitwillig gehorcht, indem er die Presse benutzte, um Ordnung und Gleichmäßigkeit in den undisciplinirten Massen herzustellen. — Uebrigens war dafür gesorgt worden, daß ein General von höherem militärischen Talente in den Dienst für Wien trat; wie es scheint, geschahen unmittelbar nach dem Aufstande des 6ten Schritte von den Leitern der demokratischen Partei, um den polnischen General Bem, der nebst vielen andern polnischen Offizieren (Dwernicki, Dembinski u. s. w.) sich in Folge der Revolution im März nach Galizien (Lemberg) begeben hatte, für die militärische Leitung der Hauptstadt zu gewinnen. Am 13ten verkündete eine Bekanntmachung Messenhausers, daß Gen. Bem ihm in Führung der militärischen Angelegenheiten zur Seite stehen werde; am 16ten wurde Letzterm die Vertheidigung sämmtlicher Linien und Außenwälle der Stadt und der Oberbefehl in einem Lager mit unbeschränkter Vollmacht übertragen, welches die Angriffe der Ungarn unterstützen sollte; am 20sten erließ der polnische General selbst eine Kundmachung über seine Ernennung und militärische Anordnung. *

thums, Achtung des Gesetzes und seiner verfassungsmäßigen Gewalten, unerschütterliche Vertheidigung des constitutionellen Thrones unter dem Banner volksthümlicher Freiheit sind die unwandelbaren Triebfedern meines Handelns u. s. w."

* „An die Nationalgarde in Wien. Reaktionäre Unternehmungen des letzten Ministeriums haben in der Hauptstadt der Monarchie einen Freiheitskampf hervorgerufen. Als Mitglied der Lemberger Nationalgarde in Galizien habe ich den festen Willen, die Constitution des Reiches und die Arbeiten des hohen Reichstages mit allen Kräften zu unterstützen. Ich empfing daher mit großer Freude den Auftrag, die Nationalgarde Wiens in den Kampf zu führen, wenn es durchaus nöthig wäre. Mein erster Schritt in dieser ehrenvollen Mission war, Anstalten zu treffen, daß die Zeit und das Leben der Familienväter so viel als möglich geschont werde. Eine Eintheilung der ganzen Nationalgarde in eine Stabilgarde und Mobilgarde entspricht am besten meinem vorgesetzten Ziele. Die Familienväter werden als Stabilgarde nur die Ruhe der Stadt Wien zu erhalten haben, die jüngern und ledigen Männer können als Mobilgarde den äußern Dienst thun, um die Truppen, die sich gegen den hohen Reichstag empört haben, zu

Als am 12ten über den Antrag Borrosch's, hinsichtlich der internationalen Commission verhandelt wurde, verließen die letzten noch zurückgebliebenen drei oder vier Deputirten der tschechischen Partei den Saal, um nicht wiederzukehren. Es war nämlich ein öffentlicher Schritt der am 6ten Ausgeschiedenen bekannt geworden, wodurch sich die ganze Partei vom Reichstage in Wien lossagte. Diese hatten sich nach Prag gewendet und an jenem Tage einen Protest gegen die Beschlüsse der Minorität des Reichstages, d. h. gegen den Reichstag in Wien erlassen — ein sonderbarer Schritt, da nur etwa 20 Abgeordnete damals in Prag waren, welche diesen Protest gegen mehr als 200 veranlaßt hatten; dies erhellt wenigstens aus dem Umstande, daß Erstere gleich darauf selbst ihren Austritt mit demselben Grunde motivirten. Vorerst aber machten diese Abgeordnete einen weitern Versuch, um die Ungültigkeit des in Wien tagenden Reichstages zu erwirken. Sie erließen durch die Prager Presse eine Aufforderung an ihre Meinungsgenossen aller im Reichstag vertretenen österreichischen Länder, um dieselben einzuladen zu einer Bespre-

bekämpfen. Als Kriegsmann will ich gern den Letztern vorstehen. Ich ersuche daher alle diejenigen, welche in der Mobilgarde dienen wollen, sich allsogleich in mein Hauptquartier im obern Belvedere zu begeben, um ihren Dienst anzufangen. Außer täglichen Rationen an Wein und Tabak erhält jeder Dienstthuende an Geld wie folgt: Ein Mobilgarde täglich 25 kr. C. M., die Unteroffiziere 30 kr., ein Lieutenant 2 fl., ein Hauptmann 4 fl. In der Artillerie erhält jeder Kanonier ebenfalls 25 kr. C. M. als tägliche Löhnung und eine Zulage per 15 kr. C. M. Die Unteroffiziere ohne Unterschied 30 kr. und eine Zulage von 30 kr. C. M. Die Oberoffiziere wie oben. Die Stabsoffiziere erhalten im Verhältnisse ihrer Dienstleistung mehr. Die Zulage dauert so lange, als Felddienste nothwendig sind und geleistet werden. Man engagirt sich auf einen Monat. Alle Vergehungen und insbesondere Desertion während dieser Zeit werden nach den bestehenden Disciplinarvorschriften bestraft. Um Offizier zu werden, muß man Mannschaft angeworben haben, und zwar: ein Lieutenant 50 Mann, ein Hauptmann 100, ein Major 250, ein Oberstlieutenant 450 Mann.

Hauptquartier Belvedere am 20. Oktober 1848.

General Bem.

chung über die zur Sicherung der parlamentarischen Verhandlungsfreiheit und der ungefährdeten Existenz des Reichstags zu treffenden Maßregeln. Die Besprechung sollte am 20. Okt. in Brünn stattfinden. Sie hegten dabei offenbar die Erwartung, daß der größere Theil der nicht zur Linken gehörenden Abgeordneten, die in Wien verblieben, sich ihnen anschließen und so den Reichstag unvollzählig machen würden, was aber nicht eintrat; ohne diese Voraussetzung wäre wenigstens die Wiederholung der Behauptung über die in Wien tagende Minderheit des Reichstages, welche sie gleich darauf in einem Manifeste aussprachen, eine so widersinnige, daß man nur über die Keckheit, ein Zahlenverhältniß in Abrede zu stellen, erstaunen muß. Der Grund, weßhalb Brünn zu dem Orte der Besprechung gewählt war, wurde dahin gedeutet, daß die tschechische Partei, die bisher in Mähren wenig Glück gemacht hatte, die Gelegenheit zu benutzen suchte, um in diesem Theile der Monarchie ihren Einfluß zu erlangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben auch die Deputirten schon während der Reise des Kaisers anderwärtig darauf hingewirkt, daß der Sitz des Reichstages von Wien verlegt würde; Trojan war wenigstens im kaiserlichen Hoflager. Jene haben vielleicht die Erreichung jenes Hauptzweckes, die Verlegung des Schwerpunktes der ganzen Monarchie nach Prag im Auge gehabt. Endlich erließen 36 böhmische Deputirte in den Prager Zeitungen eine Erklärung über die Gründe, welche sie dazu veranlassen, ihre Sitze in der Versammlung für den Augenblick nicht einzunehmen. Vor Allem erklärten sie, daß der Aufruhr in Wien ihres Erachtens ein Werk fremder Umtriebe sei, keineswegs der Ausdruck der Gesinnung der biedern und loyalen Bevölkerung Wiens. Sie hielten den Aufstand vornehmlich wegen des blutigen Sturzes des Ministeriums für ein Verbrechen, verwahrten sich gegen die Erklärung des Reichstags, als sei der Mord des Kriegsministers und der gewaltsame Sturz des Gesammtministeriums nichts als ein von bedauerlichen Umständen be-

gleiteter Akt der Selbsthülfe des Volks, und bedauerten, daß der Reichstag diesen Ausdruck gewählt habe, weil er eine Gutheißung des Erfolges jener Thaten enthalte. Eine dem Reichstag selbst angethane Beschimpfung sei die Bezeichnung eines aufgeregten Volkshaufens als Volk, dem man eine Selbsthülfe zuspreche, während der gesammte frei tagende Reichstag als einziger rechtmäßiger Vertreter des Volks und Träger seiner Souveränetät vorhanden sei. Man erwarte, daß das wirkliche Volk Wiens diese Anmaßung einer Minorität zurückweisen werde. Gesetzt aber, Wiens Mehrheit stimme mit dieser Minderheit überein, so protestiren die Unterzeichneten im Namen Oesterreichs gegen die Anmaßung der einzigen Stadt Wien. Die Theorie, daß hinter der Minderheit des Reichstags die Mehrheit des Volks stehe, sei unter den jetzigen Wahlverhältnissen verbrecherisch, führe schnurstracks zur Anarchie, sei eine Rebellion gegen das Prinzip der Volksherrschaft. In Folge dieses Grundsatzes protestiren die Unterzeichner weiter gegen jeden Beschluß, welcher jetzt im Reichstagsaal von einer Minderheit der Versammlung, oder doch von einer nach den Regeln des Hauses nicht stimmfähigen Anzahl, gefaßt wurde oder werde; also auch gegen jene Beschlüsse, wodurch der Reichstag sich die Exekutivgewalt zugelegt habe; überhaupt gegen alle Beschlüsse, welche unter den bekannten unfreien Verhältnissen während des Aufruhrs gefaßt wurden und noch werden.

„Wir können unmöglich Beschlüsse für freie ansehen, die gefaßt werden, während die aufrührerische Menge die Galerien füllt, ihre Waffen nach den Sitzen der Deputirten richtet, und die Versammlung durch ihr Geschrei oder ihre den Volksvertretern bekannten Absichten und Gelüste terrorisirt; wir können Beschlüsse nicht für frei anerkennen, die angenommen werden, während und nachdem die Bürger einer und derselben Stadt in verheerendem Parteikampfe gegeneinander die tödtenden Geschosse gerichtet; wir können Beschlüsse nicht für frei halten, die gefaßt werden in einer Stadt, wo alle Bande der gesellschaftlichen Ordnung so vollkommen aufgelöst sind, daß kein Befehl einer Behörde, selbst jene des Reichstags

nicht mehr befolgt werden, (?) in einer Stadt, die angefüllt ist mit Barrikaden, bewacht und besetzt von einer zügellosen Menge von verzweifelten, durch falsche Vorspiegelungen ehrloser, erkaufter Parteigänger bis zum äußersten aufgehetzten Proletarier, die den friedlichen Bürger unter Verhältnissen, wo selbst eine demüthige Bitte zur gebieterischen Forderung wird, brandschatzen, die gegen Bürger, ja selbst gegen Deputirte Drohungen ausstoßen, welche nach den gräulichen Vorgängen im Kriegsgebäude besorgen lassen, daß dem schrecklichen Worte die noch schrecklichere That folgen dürfte..... Die wir uns als treue Vertreter des Volks verpflichtet halten müssen, unsere Stimme dagegen zu erheben, wenn der Reichstag unter Milidärdespotismus gestellt würde, müssen es um so mehr gegen den Despotismus zügelloser bewaffneter Massen. Wir werden und müssen jeden Versuch, den Reichstag seiner souveränen Macht zu berauben, von welcher Seite er auch ausgehen mag, sei es von einer Faktion, die in vollständiger Anarchie ihre Vortheile sucht, sei es von einer Partei der nach dem alten Absolutismus gelüstet, für einen Verrath an der Volksfreiheit und eine Beleidignng der Majestät des Volks erklären."

Diese Schritte hatten zwar auf den Reichstag nicht die geringste Wirkung; die Mitglieder desselben blieben in Wien, und ein Protest vom 13ten, als Antwort auf jene Erklärung, sprach die Nichtigkeit jedes Versuches von Abgeordneten aus, sich an andern Orten zu versammeln und dort Beschlüsse zu fassen;* allein es war natürlich,

* Die Kundmachung des Reichstags vom 13ten ist folgende: „Der hohe Reichstag beschließt mit Rücksicht auf die im constitutionellen Blatt aus Böhmen am 11 Okt enthaltene Aufforderung einiger böhmischen Abgeordneten Folgendes: Der Reichstag hat auch unter den Ereignissen der letzten Tage seine Berathungen mit Beobachtung aller loyalen Formen nie unterbrochen Er ist die einzige legale constituirende und gesetzgebende Autorität. Die überwiegende Mehrzahl hat, ihrer Pflicht eingedenk, ihre Plätze nicht verlassen, und wird ihre Aufgabe, ohne sich durch ein Hinderniß beirren zu lassen, ununterbrochen fortsetzen. Der Reichstag hat alle abwesenden Mitglieder aufgefordert, ungesäumt den Verpflichtungen gegen ihre Committenten und gegen die Gesammtmonarchie nachzukommen. Diese Pflichten können nur hier am Sitz des Reichstags erfullt werden. Jeder Versuch von Abgeordneten oder andern Individuen, sich an einem andern Orte zu sammeln und Beschlüsse zu fassen, welche nur dem Reichstag zustehen, ist ungesetzlich und ungültig. Der Reichstag erklärt daher auch jede Aufforderung zu diesem Zwecke als null und nichtig, protestirt von vornherein gegen alle etwaigen Be-

daß die Tschechen sich in ihrer Handlungsweise durch die Leitung ihrer Deputirten bestimmen ließen. Der Fürst Windischgrätz konnte auch in Prag am 11ten verkünden: er verlasse die Stadt und das Land mit einem Theile seiner Truppen in dem festen Vertrauen, daß Ruhe und Ordnung nicht mehr gestört werde. Der seit geraumer Zeit bestehende friedliche Zustand und die loyalen Aeußerungen der Bewohner dieser Hauptstadt gewährten ihm die beruhigende Ueberzeugung, daß der frühere Aufstand durch fremden Einfluß hervorgerufen sei. Kurzum, die Stellung der Tschechen war unter der Leitung ihrer Deputirten solcher Art, daß der größere Theil der in Böhmen befindlichen Streitkräfte eben so gegen Wien gewandt werden konnte, wie das Corps von Auersperg und die croatische Armee. In Prag allein hatte die Besatzung seit dem Aufstande immer noch 17,000 Mann betragen, welche jetzt meist nach Wien geschickt wurde, da in der Hauptstadt Böhmens und in diesem ganzen Lande sich keine Volksbewegung oder überhaupt keine Rückwirkung der Wiener Ereignisse, nach der Stellung und des überwiegenden Einflusses der tschechischen Nationalitätspartei, erwarten ließ.

Während so die Stellung Böhmens für die Hauptstadt der Monarchie eine durchaus ungünstige war, hielten sich auch die deutschen Provinzen passiv, indem die Bewegung sich nirgends nachdrücklich wiederholte und die Bevölkerung im Allgemeinen den Ausgang abwartete. Die Aeußerungen zu Gunsten Wiens beschränkten sich auf nutzlose Adressen und auf das Eintreffen geringer Schaaren von Nationalgardisten. So wurden am 9ten dem Reichstage Adressen von Studenten aus Grätz und von Bauern des Marchfeldes eingereicht, welche der Stadt Hülfe zusicherten; am 10ten

schlüsse und macht die Urheber und Theilnehmer an denselben für alle Folgen verantwortlich. Das Ministerium wird aufgefordert, diesen Beschlüssen sogleich die ausgedehnteste Publizität auf dem geeignetsten Wege zu geben. Wien, den 13. Okt. 1848.

Smolka, Präsident."

brachte eine Deputation aus Brünn die Nachricht, daß die ganze dortige Nationalgarde bereit sei, der Hauptstadt zu Hülfe zu eilen; dasselbe geschah am 13ten von Olmütz u. s. w.; indeß der Zuzug war im Ganzen gering (z. B. 500 Mann aus Steiermark, 36 Studenten aus Salzburg u. s. w.), vielleicht 3000, und die militärischen Maßregeln, sowie die aus den Erklärungen des Kaisers an das Land sich ergebende Stimmung der Volksmasse machten bald einen solchen unmöglich. Ebenfalls sprach der permanente Ausschuß des Kärnthner Provinziallandtags dem Wiener Reichstage seine Anerkennung für dessen muthiges Auftreten aus, und ähnliche Demonstrationen waren zahlreich, blieben aber natürlich ohne Erfolg bei einer Sachlage, die nur durch wirkliche Gewalt entschieden werden konnte. Die auffallendste Erklärung dieser Art war die des Gouverneurs von Steiermark, Grafen Wickenburg, am 17. Okt. im Reichstage verlesen, worin es hieß: „Die Provinz habe mit Bedauern vernommen, daß mehre Abgeordnete in den Stunden der Gefahr den Reichstag verlassen hätten, und stelle daher die Bitte, daß die Namen derselben bekannt gegeben werden möchten.“ Indeß geschah von der dortigen Provinzialregierung kein Schritt zur Unterstützung der Hauptstadt.

In den nächsten Tagen nach dem 12. Okt. herrschte bei der Bevölkerung der Entschluß, nach dem ersten Kanonenschuß zwischen Ungarn und Croaten einen massenhaften Ausfall gegen den Rücken der letzteren auszuführen; die zu dem Zweck erforderlichen militärischen Maßregeln wurden getroffen, mobile Corps aufgestellt, Artillerie montirt u. s. w. Die Erwartung, daß die Ungarn eintreffen würden, ward am 13ten dadurch gesteigert, daß zwei ungarische Abgeordnete eintrafen; indeß diese erbaten sich nur vom Reichstag einen Geleitschein in das österreichische Lager und stellten, wie es heißt, an Graf Auersperg, als Commandirenden von Niederösterreich, die Anfrage über dessen Verhalten im Fall eines Angriffs der Ungarn auf das croatische Heer. Die Bevölkerung wünschte den Kampf mit den Truppen und

war am 13ten und 14ten nur mit Schwierigkeit zurückzuhalten, um so mehr, da am Abend des 13ten und am Morgen des 14ten kleinere und kurzdauernde Gefechte mit den Croaten sich entspannen. Schuselka berichtete auch hierüber im Namen der permanenten Commission, indem er zugleich den Grund hervorhob, weßhalb der Reichstag den Beginn der Feindseligkeiten von Seiten der Stadt nicht gutheißen könne. Der Ausschuß halte nur mit Schwierigkeit den Andrang der muthigen Bevölkerung zurück, welche den Feind angreifen wolle. Es sei dies praktisch nicht rathsam, und da man an den Kaiser Friedensvorschläge gemacht, könne man hier nicht feindselig auftreten; es wäre dies die Doppelzüngigkeit der veralteten Politik.

Weitere Mittheilungen betrafen den Stand der Angelegenheiten. In der Morgensitzung machte Schuselka die Mittheilung: Der Graf Auersperg schreibe, daß er die Aufforderung des hohen Reichstags zum Rückzug dem Banus mitgetheilt habe, worauf dieser geantwortet: „hohe Befehle hätten ihn an die österreichische Grenze berufen; als er dort von den Vorgängen in der Residenz Kunde erhalten, sei es natürlich gewesen, daß er seine Route hieher genommen; er stehe als k. k. General mit k. k. österreichischen Truppen auf k. k. österreichischem Boden, sei demnach kein Fremdling.“ Am Nachmittag aber langte ein Schreiben des Ban an, woraus man beinahe schließen mußte, daß derselbe Besorgnisse hinsichtlich eines Angriffes vom ungarischen Heere hegte. Seine militärische Lage war wenigstens für den Fall keine günstige, und nach unparteiischen Zeugnissen war er auch nach der Vereinigung mit dem Grafen Auersperg nicht im Stande, einem zweifachen Angriff, in der Front und im Rücken, zu widerstehen. Wenn auch unter seinen Truppen keine Entmuthigung herrschen mochte, so waren die letzten Ereignisse nicht geeignet gewesen, diejenige moralische Haltung in denselben zu erwecken, welche der Sieg ertheilt. Jellachich behauptete zwar, nicht geschlagen zu sein; allein er hatte wenigstens eine theilweise Schlappe erlitten

und einen Rückzug mit Aufopferung seiner Nachhut ausgeführt, eine Operation, die von einem Siege weit entfernt war. Er besaß ferner keine Mittel zur Unterhaltung seiner Truppen und mußte durch Requisition sich aushelfen. Unter dieser Lage, worin er wahrscheinlich einen Angriff der Ungarn als gewiß erwartete, schickte er ein Schreiben an den Reichstag (in der Abendsitzung verlesen), dessen Schluß anzudeuten schien, daß er die Absicht hatte, sich vor den Ungarn durch Unterwerfung unter den Reichstag zu retten. Es war darin erklärt: „Aus seiner Antwort an den commandirenden Feldmarschall Auersperg werde der Reichstag über die Gefühle zuversichtlich beruhigt sein, die ihn vor Wien geführt hätten. Er sei stets bereit, die freien Institutionen des Vaterlandes zu schützen, und daß es ihm damit Ernst sei, werde der hohe Reichstag aus seinem Verhalten, den Ungarn gegenüber, ersehen haben. Er müßte sehr bedauern, wenn die Umgegend der Hauptstadt zum blutigen Entscheidungsfelde der ungarisch-croatischen Angelegenheiten gemacht würde; er ordne sich jeder Behörde unter, welche gegen die Anarchie ankämpfe; er wünsche den Frieden und durch diesen das Glück der Völker." Der Reichstag erwiderte mit der Aufforderung, der Ban möge sich aus der Umgegend von Wien entfernen, und machte denselben zugleich für die Brandschatzungen und Plänkeleien seiner Truppen mit den Wienern in den Vorstädten verantwortlich. Er erhielt übrigens auch zugleich Meldungen über den vergeblichen Ausgang seiner Deputationen und über die unzweifelhaften Verstärkungen, welche man den Truppen vor Wien zuschickte. Schuselka nämlich berichtete, Löhner melde durch den Telegraphen: Er sei gestern weder um 10 Uhr bei Zelowitz, noch um 1 Uhr bei Falkenheim vor den Erzherzog gelassen worden. Man kenne, hieß es, die Vorgänge bei Hof sattsam, und wolle deßhalb den Erzherzog nicht wecken. Die andere Deputation sei vor den Kaiser gekommen. Dieser habe ihnen eine Antwort vorgelesen, im Geiste des letzten

Schönbrunner Manifestes geschrieben. Eine schriftliche Antwort von Sr. Maj. wäre vergebens erbeten, vom Fürsten Lobkowitz sei ihnen jedoch gesagt worden, daß weder Auersperg noch Jellachich angriffsweise verfahren würden. Die telegraphische Depesche meldete ferner, daß Minister Wessenberg in Olmütz angekommen. Windischgrätz lasse alle 6 Stunden ein Bataillon marschiren. (Am Morgen war es bekannt geworden, daß man den Kaiser in Olmütz am 14ten bestimmt erwartete.) Am 14ten, wo die Abreise der neuen Deputation an den Kaiser angekündigt wurde, erhielt der Reichstag die ausführlichere Darlegung über den unceremoniösen Empfang der früheren, durch den Bericht eines Mitgliedes (Peutler), nach Ankunft derselben in Wien. Peutler fügte nichts Wesentliches zu der telegraphischen Depesche hinzu, suchte jedoch den unceremoniösen Empfang zu beschönigen. Er sagte nämlich: „Alles was von dem langen Antichambriren der Deputation in Zelowitz verbreitet worden, sei ein bloßes Gerücht, die Ueberfüllung des Orts sei Schuld gewesen, daß sie lange in der Hausflur warten mußten. Der Graf Laschanzki habe auch deßwegen Entschuldigungen gemacht. Sie seien kurz abgefertigt worden, das sei wahr, aber man müsse dies dem Kaiser, der von der Reise sehr angegriffen war, zu Gute halten. Von der Rückkehr des Kaisers, fuhr Peutler fort, sei jetzt schwerlich die Rede, da der Eindruck der Ermordung Latours durch seine größtentheils militärische Umgebung nur genährt werden könne. Uebrigens sei es ja ein Glück, daß der Kaiser nach Olmütz und nicht nach Prag gegangen sei. Ueber den Rückmarsch des Banus habe sich Fürst Lobkowitz geäußert: Derselbe führe den Krieg bloß gegen Ungarn, es hänge dessen Stellung von den Umständen ab; es scheine somit, als habe der Banus unumschränkte Vollmacht. Es habe der Reichstag seine Pflicht gethan, alles kommende Unglück müsse jenen anheimfallen, welche die Schuld daran trügen. Mittlerweile war auch wieder ein Schreiben der beiden Truppenführer durch Pillersdorf angelangt, welcher,

durch Vorposten gehindert, sich in den Reichstag zu begeben, beim Hauptquartier sich beschwert und dort das Schreiben zur Beförderung an den Reichstag erhalten hatte. In demselben war noch immer die Verlegenheit in Bezug auf den erwarteten Angriff der Ungarn bestimmt genug angedeutet, indem das Verlangen gestellt wurde, der Reichstag solle dahin wirken, daß die ungarische Armee das österreichische Gebiet verlasse; es war dagegen angeboten, die Zufuhr von Lebensmitteln solle frei gegeben werden, welche damals zwar von derjenigen Seite aufhörte, auf welcher die Truppen die Stadt umlagerten, die aber durchaus noch nicht abgeschnitten werden konnte. Der Ausschuß des Reichstags gab die der Lage der Dinge angemessene Antwort: „Es sei eine Deputation abgegangen, um Se. Maj. um Friedensvermittlung zu bitten. In Aussicht auf den günstigen Erfolg und im Vertrauen auf die Versicherung Lobkowitz's habe der Reichstag die kampflustige Bevölkerung zurückgehalten. Allein die Entwaffnung der Nationalgarde (in den von den Truppen besetzten Ortschaften), die Requisitionen, das Abschneiden der Zufuhr seien durchaus feindliche Maßregeln, gegen die der Reichstag protestire. Was das ungarische Heer betreffe, so könne der Reichstag dasselbe weder herbeirufen, noch wegdekretiren. Das Einzige, was den Frieden aufrecht halten könne, wäre die Zurückgabe der Waffen und die Zurückziehung Jellachichs, dann würden auch die Ungarn nicht weiter vorrücken. Wenn er aber auf dies nicht eingehen wolle, so müsse der Reichstag dem Verhängnisse seinen Lauf lassen."

In den nächsten Tagen trat in dem Zustande der Hauptstadt keine Veränderung ein. Die militärische Organisation dauerte fort, und von Zeit zu Zeit kam noch ein Zuzug, wenn auch kein bedeutender. Der Gemeinderath sorgte mit aller Kraft für die Aufstellung einer größeren Kriegsmacht. Die Wiener schätzten ihre Streitkraft bereits auf 100,000 Bewaffnete, wenigstens mit einer solchen Organisirung, daß ein Angriff im Rücken des Feindes während eines Gefechtes

den Kampf entscheiden konnte. Auf den Brücken und Basteien, in den Eingängen der Stadt und den Hauptstraßen hielten Nationalgardisten und Studenten Wache; an strategisch wichtigen Punkten standen Barrikaden; in den Hauptstraßen waren die letzteren fortgeschafft, das Pflaster jedoch nicht hergestellt, so daß sich dieselben in geringer Zeit wieder errichten ließen. Von Zeit zu Zeit fanden kleinere und unbedeutende Kämpfe mit den Truppen statt; die innere Ruhe ward, abgesehen von der politischen und militärischen Bewegung, nicht gestört; die Kaufläden waren wieder geöffnet. Der Kampf der Ungarn wurde jeden Tag erwartet; am 16ten meldete Messenhauser im Gemeinderath, daß die ungarische Armee auf österreichischem Boden stehe; er werde das Lager (im Belvedere), welches als Observationscorps dienen solle, um 15,000 Mann verstärken. Am 17ten erschien eine Kundmachung von ihm, daß schon am gestrigen Tage der Anfang gemacht sei, alle mobilen Corps dorthin zu senden. Bem sollte die Operationen leiten. Indeß die Ungarn blieben aus; noch immer war es für sie möglich, einen entscheidenden und glücklichen Angriff auf Jellachich auszuführen; allein diese Möglichkeit minderte sich durch die heranrückenden Verstärkungen mit jedem Tage; am 16ten war schon eine Maßregel von Seiten der Truppen getroffen, um den ungehinderten Zuzug der letzteren zu sichern. Die Nordbahn, hinsichtlich welcher von Technikern der Legion mehrmals das Verlangen gestellt worden war, dieselbe für den Transport von Truppen unwirksam zu machen, wurde militärisch besetzt, indem ein Posten bei jedem Wächterhäuschen aufgestellt ward. Endlich langte am 18ten die Bestätigung der für Wien unheilvollen und schon am 17ten als Gerücht verbreiteten Nachricht an, das ungarische Heer habe sich zurückgezogen.

Aus allen bisherigen Mittheilungen von Seiten des Hofes ließ sich erkennen, daß dieser Zeit zu gewinnen suchte, um das Verfahren der Ungarn abzuwarten, welches eine für ihn günstige oder ungünstige Wendung hervorrufen

mußte. Dies ließ sich aus allen bisher mitgetheilten Erwiderungen schließen, deren Unbestimmtheit sowohl auf Nachgiebigkeit, wie auf das Gegentheil, je nach dem Stand der Ereignisse, später gedeutet werden konnte. Es war kein Ausdruck darin vorhanden, durch den man auf unbedingte Feindlichkeit gegen die Hauptstadt schließen konnte. Ebenso lautete die Antwort an die Deputation, welche die Adresse von Borrosch überbrachte. Schuselka berichtete darüber am 16ten (Abendsitzung): „Gestern um 6 Uhr 10 Minuten habe die Deputation bei Sr. Maj. Audienz erhalten, und nach Ueberreichung der letzten Adresse beiläufig folgende Antwort erhalten: Se. Maj. habe mit Vergnügen gesehen, daß der Reichstag das Wohl der Gesammtmonarchie im Auge habe und der drohenden Anarchie aufs Kräftigste entgegenarbeite. Er drücke dem Reichstag hierüber seine volle Anerkennung aus und werde für die Mittel besorgt sein, damit die Versammlung ihre Berathung in voller Freiheit fortsetze." Scheinbar wurde diese Ankündigung als günstig für eine Vermittlung angenommen, indeß war der Schluß solcher Art, * daß auch die entgegengesetzte Ansicht sich geltend machen mußte. Auch berichtete Schuselka am 17ten (Mittagssitzung): So erfreulich der gestern angelangte Brief Sr. Maj. gewesen, und so sehr die Anerkennung der bisherigen Maßregeln des Reichstags von Seite Sr. Maj. uns allen und den vertretenen Völkern eine große Beruhigung gewähren möge, habe es sich der permanente Ausschuß doch nicht verhehlen können, daß der letzte Theil des Briefes Grund zu Besorgnissen gebe, als wollte Se. Maj. unter den Maßregeln zur freien Berathung der Kammer eine Verlegung des Reichstags aus Wien verstanden wissen. Die Commission habe daher, um eine bestimmte definitive Antwort zu erhalten, eine neue Adresse an Se. Maj. abzuschicken be-

* Der Schluß lautete wörtlich: Ich werde meinerseits Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herstellen und dem constituirenden Reichstage die möglichste Gewährschaft für seine ferneren ungestörten Berathungen verschaffen.

schlossen, deren Inhalt kurz folgender sei: Die Ruhe in der Hauptstadt bedürfe keiner Wiederherstellung, da sie durch nichts gefährdet sei, als durch die anhaltende drohende Stellung des Militärs vor der Stadt; der Reichstag werde seine Berathungen für vollkommen gesichert halten, wenn die Truppen abziehen, die Garnison auf ein Minimum herabgesetzt und das Militär auf die vom Kaiser bereits sanktionirten Errungenschaften beeidet werde. Se. Maj. werde schließlich gebeten, seinem gegebenen Versprechen gemäß ein neues volksthümliches Ministerium schleunigst bilden zu wollen. Ein Reichstagsbeschluß wurde demgemäß gefaßt, hinsichtlich dessen wohl Niemand aus der Versammlung einen wirklichen Erfolg erwartet hat, wenn nicht das äußere Ereigniß einer Niederlage von Jellachich der ganzen Sachlage eine andere Wendung ertheilt hätte.

Ein erwähnenswerther Zwischenfall trat am 17. Okt. ein, der übrigens auf die Ereignisse keinen Einfluß übte. Es waren aus Frankfurt vier Mitglieder der dortigen Linken (Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann, Alb. Trampusch) angelangt, welche eine Adresse dieser Partei dem Reichstage überreichte. Am 13. Okt. war nämlich von dieser Partei der Antrag gestellt worden: „der constituirende Reichstag und die heldenmüthige Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland verdient gemacht". Die dortige Mehrheit aber war schon lange in solcher Weise entschieden, daß ein Beschluß zu Gunsten irgend eines Aufstandes, oder auch nur der entfernteste Schritt, welcher einem solchen Haltung ertheilt hätte, von ihr nicht zu erwarten war. Wien konnte von Deutschland her ebenso wenig Unterstützung erwarten, wie es von der Bevölkerung des Landes sich selbst überlassen wurde. Der von der Linken in Frankfurt gethane Schritt konnte keine faktische Bedeutung haben; wichtig ward er erst durch die Folgen, welche ein Mitglied der Deputation (Robert Blum) nach der Besiegung der Stadt traf. — Der Frankfurter Reichstag sandte übrigens zwei Commissäre (Welcker und Mosle) nach

Oesterreich, zum Zwecke einer Vermittlung, die der Hof nicht wollte, und die deßhalb auch damals von Mitgliedern der Mehrheit zwecklos sein mußte, welche ihrer Parteistellung nach sich nicht mit den Leitern oder Vertretern einer Volksbewegung einließen und die Folgen eines Sieges durch Militärgewalt nicht sehen wollten oder nicht sehen konnten.

Der 18. Okt. war ein Wendepunkt zum Unheil der Hauptstadt; wie erwähnt, war am 17ten ein Lager zur Unterstützung der Ungarn gebildet worden. Stündlich ward der Kampf erwartet; allein derselbe blieb aus; es kam nicht zum Schlagen. Allmählig gab sich Mißtrauen kund; Gerüchte verbreiteten sich, daß die ungarische Armee, auf Befehl des Reichstags in Pesth, sich auf die ungarischen Grenzen zurückziehe. Endlich wurde dies als bestimmt von einem Abgeordneten gemeldet, der vom ungarischen Lager kam. Schuselka verkündete es gegen Mittag dem Reichstag, ohne daß er die Beweggründe angeben konnte. Die Nachricht wirkte wie ein Donnerschlag; Erstaunen und Unwillen war allgemein, wenn auch Entmuthigung noch nicht eintrat. Vergeblich suchten anwesende Ungarn durch Wort und Plakate das gesunkene Vertrauen wieder zu heben, indem sie andere Beweggründe, wie die wirklichen, für den Rückzug der Ungarn angaben. * Auch in den nächsten Tagen wurden

* In einem derselben hieß es: Der Ungar hat nie, ja niemals sein Wort gebrochen, selbst dem erwiesenen Treubruch der offenen Tyrannei gegenüber nicht ... Könnt ihr also glauben, daß der Ungar jetzt, wo er für die heilige Sache der Freiheit gegen die ihn von allen Seiten umgebenden, und nach seinem Gut und Blut lechzenden Barbaren und Räuberhorden kämpft, sein, dem Brudervolke, dem Waffengefährten und innigsten Bundesgenossen gegebenes Wort brechen und seinem Versprechen, dem Edelmuth gegenüber, untreu sich zeigen werde? — Hört die wahre Sachlage einfach und kurz, wie die Wahrheit zu sein pflegt. Verflossenen Samstag bekam das ungarische Repräsentantenhaus eine Depesche aus dem Lager, worin angedeutet wurde, daß das Lager, in Folge reaktionärer Umtriebe und Aufreizungen, fast einer Desorganisation entgegen gehe, daß in mehren Bataillonen Auflehnungen vorgekommen seien und das Aergste von dieser Uneinigkeit zu erwarten sei. Diese unverhoffte Nachricht brachte Mißmuth und Bestürzung in die

noch Versuche der Art gemacht; Schuselka mußte im Namen des permanenten Ausschusses am 19ten gegen Verkündigungen der Art öffentlich warnen, weil sie das Volk über seine wirkliche Lage täuschten; er nahm zugleich die Gelegenheit wahr, um die Stellung des Reichstags in dieser Angelegenheit, hinsichtlich der von den Ungarn verlangten Einladung einer legalen Behörde, auszusprechen. Er berichtete: „Die Bevölkerung Wiens ist heute durch ein Plakat von Neuem aufgeregt, welches wieder die Ankunft der Ungarn in Aussicht stellt. Der Ausschuß muß sich offen über diesen Gegenstand aussprechen. Im Fall, wie das Plakat ausspricht, die Ungarn nach Wien ziehen wollen, wenn sie eine legale Behörde herbeirufe, so heißt dies eine unmögliche Bedingung fordern. Denn weder der Reichstag noch der Gemeinderath hat das Recht, eine fremde Armee hereinzufordern. Die Ungarn scheinen derselben Ansicht und auch deßwegen vom Angriff abgestanden zu sein, weil kaiserl. Truppen unter Auersperg sich mit der Armee des Banus vereinigt haben. Auch wird in der Adresse des ungarischen Reichstags klar ausgesprochen, daß ihre Armee auf Befehl des ungarischen Reichstags den Banus verfolge, nicht aber eine Einladung erwarte. Der Reichstag sagte

enthusiastische Hauptstadt, welches selbst im Parlamente nicht ohne Wirkung bleiben konnte. In diesem Gemüthszustande faßte das Repräsentantenhaus den Beschluß, wonach die Truppen vor der Hand nicht eher die Grenze überschreiten sollten, bis die beirrte Stimmung und die böswillig gestörte Eintracht wieder hergestellt sein würde. Indeß gelang es den Anstrengungen der Armeecommandanten, die erwünschte Ordnung, Eintracht und Disciplin wieder herzustellen, noch bevor der Courier mit dem Reichstagsbeschlusse in das Lager anlangte. Die Armee brach also mit frischem Muthe und kampflustig auf, ließ die Leitha hinter sich, um gegen unsern gemeinschaftlichen Feind einzuschreiten. So stand die Sache am Montag, als die Armee bereits auf österreichischem Boden war, und jetzt erst langte der Befehl des Landtags wegen Nichtüberschreiten der Grenze an. Jetzt mußte ein Rückzug stattfinden, damit der Befehl des Landtags unbedingt befolgt werde, und so war der Anlaß zu Eurem Mißtrauen gegeben, von deren weiterem Bestehen uns Gott behüten möge.

dem Banus: Er könne die Ungarn nicht hinaus dekretiren. Er könne aber eben so wenig die ungarische Armee herbeirufen. Zu dem einen wie zu dem andern habe der constitutionelle Reichstag nimmermehr das Recht." — Die Ansicht des Reichstagsausschusses war auch unzweifelhaft der ganzen Lage der Hauptstadt angemessen, welche sich für die Sache der Ungarn erhoben hatte. Die Regierung hatte gegen den Reichstag noch nicht das geringste Verfahren eingeschlagen, welches eine offensive Haltung desselben rechtfertigte; anders aber verhielt es sich mit den Ungarn, die seit dem Beginn des Bürgerkriegs und dem Manifest des Kaisers sich auf dem Standpunkt befanden, daß die Festhaltung einer legalen Form ein thörichtes und für sie unheilvolles Verfahren blieb.

Dieses Verfahren, von welchem das Verderben Wiens ausging, wurde schon am 14ten dem Reichstage in Pesth von Kossuth in einer Rede angekündigt, die einen auffallenden Beweis von Rathlosigkeit und Unentschlossenheit bei einem Manne gibt, welcher sonst, und besonders später, diese Eigenschaften nicht gezeigt hat. Kossuth sagte:

Als Präsident des Ausschusses muß ich das Haus ersuchen, wenn wir nicht überall plötzlich einschreiten, dieses den Umständen zuzuschreiben. Ich meinerseits zolle den größten Dank der Stimmung Wiens, aber es thut mir leid, daß uns von dort auf diplomatischem Wege gar kein Beschluß zugekommen ist, was jedenfalls auf Wankelmuth schließen läßt; und weil die ungarische Armee diplomatisch nicht hingerufen wurde, so würde man vielleicht späterhin unsern Einmarsch für eine feindliche Invasion erklären. Und da wir gar keine diplomatische Aufforderung erhielten, wie könnten wir uns vor der Welt rechtfertigen? Der Wiener Reichstag hat uns nicht einmal noch geantwortet. In solchen aufgereizten Zeiten gibt es Augenblicke, wo nur der Erfolg das Gute oder Schlechte der Handlung bestimmt. Wäre ich Anführer gewesen, so hätte ich, ohne einen Augenblick zu säumen, den Feind gleich, ohne Anfrage, auch auf österreichischem Gebiet verfolgt. Wäre es schlecht ausgefallen, so hätte ich freilich meinen Kopf eingebüßt. Wäre es aber gelungen, so hätte ich einen großen Dienst dem Vaterland erwiesen. Weit entfernt von mir, als wenn ich dadurch jemanden kritisiren wollte. Wir haben, statt augenblicklich den

Feind zu verfolgen, den diplomatischen Weg eingeschlagen, und der hat zu nichts geführt. Das Haus muß sich also äußern, ob Jellachich noch weiter verfolgt werde, oder es muß dem Wiener Reichstag erklären, daß wir bereit waren und sind, unsern Brüdern in Oesterreich zu helfen; da aber der Wiener Reichstag uns gar nicht geantwortet, unsere Armee nicht aufgefordert und sich nicht einmal geäußert hat, ob er den Jellachich als Feind betrachtet oder nicht (!!), so müssen wir unsere Armee zurückziehen. In diesem Sinn hat der Ausschuß gestern Nachts an den Befehlshaber der ungarischen Armee geschrieben und ihn beauftragt sich bloß auf die Vertheidigung unseres eigenen Vaterlands zu beschränken. Das Plakat der demokratischen Vereine, wenn es auch noch so willkommen ist, kann doch nicht als ein diplomatischer Schritt angesehen werden. Der Wiener Reichstag hat diese Angelegenheit an den Gemeinde-ausschuß und dieser wieder an den permanenten Ausschuß des Reichstages gewiesen, dieser aber antwortete, daß er nicht Zeit habe, darauf zu antworten. Da also gar kein diplomatischer Aufruf vorhanden ist, so würde man durch den Einmarsch unserer Truppen das österreichische Volk beleidigen.

Der Einfluß des Staatsmannes, welcher den Reichstag und die Nation leitete, bewirkte, daß dies Verfahren im ungarischen Reichstag gebilligt wurde, wodurch Wien preisgegeben und der günstige Augenblick nicht benützt ward, um den späteren schweren Kampf und das daran geknüpfte Unglück seinem eigenen Vaterlande ebenso, wie der Hauptstadt der Monarchie zu ersparen. * Als endlich später ein

* Der Beweis, daß dies Verfahren nicht vom Heere geahnt wurde, und daß letzteres selbst fortwährend den Kampf erwartete und wünschte, erhellt aus folgender Proklamation nach Ueberschreitung der Grenze: „Wir überschreiten die Grenze Eures Landes nicht als Feinde, sondern als Eure Freunde und Hülfsgenossen; wir kommen, die Bruderhand zu reichen den biedern Bewohnern Wiens, die ihr Leben, Gut und Blut eingesetzt haben für die gemeinsame Freiheit; wir kommen zu verfolgen, und mit Gottes Hülfe zu vernichten, die Raubhorden des Rebellenhäuptlings Jellachich, der gegen alles Recht unser Land mordend, sengend und brennend durchzogen und sich jetzt zu Euch geflüchtet hat, um die Gräuel zu erneuern, die er bei uns verübte. Wir kommen, Wien zu retten vor dem Untergang, es zu befreien von der Plünderungssucht der Sereschaner. Wir kommen zu Euch, die blinden Werkzeuge des Absolutismus zu bekämpfen, die, den Worten unseres gnädigen Monarchen Hohn sprechend, unsere junge Freiheit in der ersten Blüte ersticken wollen. Braves, biederes Volk Oesterreichs! Auf zu den Waffen!

ungarisches Heer Wien zu Hülfe eilte, war es zu spät, die Stadt war nicht mehr haltbar, und die Uebermacht der kaiserlichen Armee zu groß.

Dieses Verfahren Kossuths am 14ten bildete offenbar auch den Wendepunkt für dasjenige, welches der Hof gegen die jetzt nicht mehr haltbare, vom Lande und vom übrigen Deutschland, sowie von den Ungarn preisgegebene Hauptstadt einschlug. Bevor die Nachricht des Beschlusses von Pesth bekannt sein konnte, hatte der Kaiser am 15ten von Olmütz aus eine Proklamation in der bisherigen Weise erlassen, d. h. ohne sich über das beabsichtigte Verfahren bestimmt zu erklären und eine feindliche Stellung gegen Wien offen anzunehmen, die aber auch noch nicht die geringste Andeutung über den bestimmten Entschluß hinsichtlich der Offensive gegen die Hauptstadt aussprach. Die Proklamation war ferner darauf berechnet, das Landvolk und somit auch die Masse der Armee zu gewinnen, ersteres von Wien abwendig zu machen und deßhalb die Möglichkeit eines allgemeinen Aufstandes zu entfernen. Es war nämlich die Ausführung des Gesetzes über die Aufhebung der Feudalverhältnisse bestimmt darin zugesichert. * In den nächsten

Ziehet mit uns zur Rettung Wiens, Eurer schönen Hauptstadt, zum Beistande unserer treuen Brüder. Gemeinsam wollen wir kämpfen, Deutsche und Ungarn, für unsere Freiheit, für unser gutes Recht! Hoch unser gnädiger Kaiser und König! Nieder mit den feilen Dienern der Camarilla! Es lebe die constitutionelle Freiheit, Recht und Brüderlichkeit! Auf zu den Waffen, vorwärts nach Wien!«

* Die Proklamation lautete: »An meine Völker! Angekommen in Olmütz, wo ich vorderhand zu verweilen gesonnen bin, ist es Meinem väterlichen Herzen Bedürfniß, die wohlthuenden Beweise treuer Anhänglichkeit, welche Ich auf Meiner Hieherreise von dem Volke allenthalben erhalten habe, anzuerkennen. Wenn Ich in Mitte Meiner Soldaten reiste, so geschah es darum, weil Uebelgesinnte das Land durchziehen, und Ich nicht allenthalben Mich von Meinem treuen Volke umgeben finden konnte. Landleute meiner Staaten! vertrauet auf Euren Kaiser — Euer Kaiser vertrauet auf Euch! Die Befreiungen, welche das bereits erlassene Gesetz bezüglich der frühern unterthänigen, auf Grund und Boden gehafteten Leistungen, als: Robot, Zehent ꝛc Euch zugesagt hat, sind Euch gesichert, und Ich erneuere Euch diesfalls Mein kaiser-

Tagen dagegen, als man die Absichten der ungarischen Gewalthaber kennen konnte, * geschahen die ersten Schritte, um die feindliche Stellung gegen die Hauptstadt offen auszusprechen. Der Fürst Windischgrätz war an den Hof berufen und erhielt den Oberbefehl über alle Truppen, mit Ausnahme der italienischen Armee — schon allein ein bezeichnender Schritt, wegen des Verfahrens desselben in Prag; ein Manifest des Kaisers an die Völker Oesterreichs erklärte die Bewegung Wiens und Ungarns, der bethörten Regierung des letzteren Landes gegenüber, für Aufruhr, und verkündete die Anwendung von Waffengewalt zur Unterdrückung desselben. Schließlich war zwar darin die Erhaltung der gewährten Freiheiten versichert, allein in so unbestimmten Ausdrücken, daß kein Zweifel herrschen konnte, diejenige Partei, welche seit dem Mai aus dem öffentlichen Leben verschwunden war, werde handelnd und mit Bundesgenossen auftreten, die auch der Veränderung im März nicht günstig waren. Das Schreiben des Kaisers an den Fürsten Windischgrätz war noch entschiedener in der Härte der Ausdrücke über die Ereignisse in Wien, und übertrug

liches Wort, sowie ich es während Meiner Reise mehremal mündlich kundgegeben habe. Es ist Mein fester Entschluß, Euch diese Befreiungen zu wahren. Seid daher ruhig und unbesorgt, Meine treuen Landleute! und wenn es Menschen gibt, welche das Wort Eures Kaisers in Euren Augen zu verdächtigen suchen, so sehet sie als Verräther an Mir und an Eurem eigenen Wohle an, und benehmet Euch hiernach.

Olmütz, den 15. Okt. 1848. Ferdinand.

Wessenberg."

* Man konnte zwar mit der Beistimmung des Reichstags zu dem Verfahren Kossuths und des von ihm geleiteten Ausschusses noch nicht bekannt sein (am 14ten); indeß liegt es in der Natur solcher Verhältnisse, daß die größere Versammlung nicht mehr von Bedeutung ist, sobald die Exekutivgewalt Ausschüssen übertragen wird, die aus der Mehrheit hervorgingen. Die Darlegung vor der größeren Versammlung ist dann nur eine Form, wegen der Oeffentlichkeit vor dem Volke. Entscheidende Maßregeln eines Exekutivausschusses in Angelegenheiten, wie die Wien zu bringende Hülfe, sind meist mehre Tage vorher abgemacht und können bekannt sein. Die Geheimhaltung der Kabinette und diplomatischer Conferenzen ist dort unmöglich.

demselben unumschränkte Gewalt, ohne die geringste Erwähnung einer einzuhaltenden Richtung oder Beobachtung von Formen. Endlich erhielt Fürst Schwarzenberg ein Handbillet des Kaisers am 19. Okt., worin er mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. Die Dokumente in Bezug auf den Fürsten Windischgrätz sind folgende:

Lieber Fürst Windischgrätz! In Anbetracht der gegenwärtigen Zeitumstände, wo in der Hauptstadt der offene Aufruhr an die Stelle der gesetzlichen Ordnung getreten ist und aus mehreren Theilen des Reiches bewaffnete Hülfe den Feinden des Gesetzes zuzieht, wo der constitutionelle Reichstag aus Mangel an Sicherheit seine hohe Aufgabe nicht zu lösen vermag und sämmtliche Regierungs- und Verwaltungsbehörden meiner Residenz in der Ausübung ihrer Pflichten gehemmt sind, bleibt mir zu meinem innigen tiefgefühlten Bedauern kein anderes Mittel übrig, als durch die Gewalt der Waffen der Auflehnung gegen das Gesetz und den Uebergriffen einer schrankenlosen Anarchie entgegenzutreten. Um die möglich größte Einheit in die Leitung der zu treffenden Verfügungen zu bringen, und in vollem Vertrauen in Ihre echte Vaterlandsliebe und lange treu bewährte Anhänglichkeit an meine Dynastie, ernenne ich Sie zum Oberbefehlshaber über sämmtliche Truppen meines Heeres, mit Ausschluß der unter dem Feldmarschall Grafen Radetzky stehenden Armee, und ermächtige und beauftrage Sie hiermit, alle jene militärischen Maßregeln zu treffen, welche Ihnen geeignet erscheinen werden, in der kürzesten Frist die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, ohne welche das Gesetz wirkungslos und die geregelte Entwicklung der constitutionellen Freiheit unmöglich bleiben muß. Ich rechne auf die so oft erprobte Treue meines Heeres und die bewährte Einsicht ihres Führers, um das Reich aus einer drohenden Gefahr zu retten, sowie den meinem väterlichen Herzen theuern Völkern Oesterreichs die Aussicht auf eine bessere Zukunft zu eröffnen.

Olmütz, den 16. Oktober 1848. Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Lieber Fürst Windischgrätz! In Berücksichtigung Ihrer ausgezeichneten Verdienste, so wie Ihrer gegenwärtigen Stellung finde ich mich bewogen, Sie zum Feldmarschall zu befördern, in welcher Beziehung ich unter einem das Erforderliche an das Kriegsministerium erlasse. Olmütz den 17. Oktober 1848.

Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Auch von anderer Seite her wurde die Stellung des Heeres gegen Wien angedeutet. Es war unzweifelhaft, daß Radetzky durch seine Siege in Italien einen bedeutenden Einfluß auf alle Truppen der Monarchie übte, sobald er persönlich hervortrat. Folgende Anrede, die er von Mailand aus an die Garnison von Wien erließ (16. Okt.), war offenbar dazu bestimmt, das Heer auf einen Bürgerkrieg vorzubereiten und dessen Gehorsam während desselben zu sichern:

„Ich bin nicht Euer commandirender General, Ihr seid nicht gewohnt, auf meine Stimme zu hören und ihr im Kampfe zu folgen; aber als Feldmarschall und ältester Soldat der Armee steht mir das Recht zu, ein ernstes Wort an Euch zu richten. Unerhörte Dinge haben unter Euern Augen stattgefunden, Oesterreichs makellose Fahne ist durch Verrath und Blut befleckt. Zum zweiten Male hat Euer Kaiser aus seiner Hauptstadt fliehen müssen; der Kriegsminister Feldzeugmeister Graf Latour ward grausam und schändlich ermordet, sein Leichnam entehrt. Ein tapferer General fiel, wie man sagt durch die Hand eines Grenadiers! Ein Grenadierbataillon vergißt in Orgien und schändlicher Trunkenheit seine Pflicht, verweigert den Gehorsam, und feuert, o ewige Schmach! auf seine eigenen Waffenbrüder. Soldaten der Wiener Garnison, sagt mir, im Namen der Armee von Italien, Eurer Waffenbrüder, frage ich Euch — habt ihr Eure Pflicht gethan? Wo war die Wache, die den Feldzeugmeister Latour vertheidigen sollte, die eher zu seinen Füßen sterben mußte, als ihn der Wuth eines blutdürstigen aufgereizten Pöbels preiszugeben? Wo weilen die Veräther, die unsere Fahne mit Schmach bedeckten? Hat sie die gerechte Strafe schon ereilt? Oder schleppen sie ihr verächtliches Dasein noch in den Reihen der Empörung fort? Soldaten! Schmerz ergriff mich, Thränen erfüllten mein altes Auge, als ich die Kunde dieser in den Annalen der österreichischen Armee unerhörten Schandthaten erfuhr. Ein Trost blieb mir noch: daß es nur ein kleiner Haufe war, der seine Ehre so schändlich vergaß, seine Pflicht so schmachtvoll verletzte. An Euch, Ihr treugebliebenen wackern Männer, ist es nun, den Thron Eures Kaisers und die freisinnigen Institutionen zu schützen, die seine väterliche Güte seinen Völkern verlieh, und die eine Horde von Empörern so schändlich mißbraucht. Soldaten! öffnet die Augen vor dem Abgrunde, der sich vor Euren Füßen aufthut; alles steht auf dem Spiele, die Grundfesten der bürgerlichen Ordnung sind erschüttert, das Besitzthum, Moral und Religion mit Untergang bedroht, alles, was dem

Menschen heilig und theuer ist, was die Reiche gründet und erhält, will man vernichten — das, und nicht die Freiheit ist der Zweck jener Aufwiegler, die Euch mit in Schande und Verderben reißen wollen. Soldaten! In Eurer Hand liegt jetzt der Schutz des Thrones und mit ihm die Erhaltung des Reiches. Möge Gottes Gnade mir gestatten, den Tag zu erleben, wo man sagen wird: „Die Armee hat Oesterreich gerettet," dann, erst dann, wird der 6. und 7. Okt. dieses unheilschwangern Jahres gesühnt sein und in Vergessenheit sinken, dann reicht Euch die Armee von Italien, die jetzt die Grenzmarken der Monarchie gegen äußere Feinde schützt, die Bruderhand. (Gez.) Radetzky, Feldmarschall.

Ein Armeebefehl an das italienische Heer lautete wie folgt:

Hauptquartier Mailand den 18. Okt. 1848.

Soldaten! Ich habe Euch den Aufruf bekannt gemacht, den ich an die Garnison von Wien erließ. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß das Grenadierbataillon Richter im Rausche seine Pflicht vergaß, den Gehorsam verweigerte, und auf seine Kamaraden feuerte. Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß dieses Bataillon reumüthig zu seiner Pflicht zurückgekehrt und, damit es seine Reue durch die That beweisen könne, den Commandirenden gebeten habe, es an die Spitze der ersten Sturmcolonne zu stellen. Soldaten! Ich habe Euch mit der Schmach dieses Bataillons bekannt gemacht, ich muß Euch auch seine Reue mittheilen. Ich bin dieses insbesondere der Ehre der tapfern Regimenter schuldig, aus denen dieses Bataillon seiner Fahne, die auch die Eure ist, aufgedrückt hat, aber doch thut es einem alten Soldatenherzen wohl zu hören, daß die Pflicht über den Verrath die Oberhand gewonuen. Bald hoffe ich Euch sagen zu können, daß Eure unglücklichen und verführten Kameraden ihren Fehler mit Blut und Leben ausgelöscht haben.

(Gez.) Graf Radetzky m. p., Feldmarschall.

Bei dieser Wendung der Angelegenheiten waren natürlich alle Parteien empört über das Verfahren des ungarischen Reichstags; die drohende Gefahr mußte ferner Allen klar sein, welche sich nicht allein durch die Stimmung des Augenblicks leiten ließen. Die Aufregung hatte nachgelassen, welche am 6ten und 7ten die Massen in den Kampf und unter Waffen trieb; die Kassen des Gemeinderaths wurden leerer, und eine Entmuthigung der Besonneneren mußte eintreten, welchen der Sieg der preisgegebenen und undisciplinirten Volksmasse gegen ein geübtes und mit jedem

Tage verstärktes Heer nicht anders als unwahrscheinlich sein konnte. Der Stand der Dinge aber ward nicht verändert; eine Anarchie trat nicht durch die Steigerung des revolutionären Zustandes ein, wie solche unter ähnlicher Gefahr sonst mit günstigem oder ungünstigem Ausgang sich ergeben hat. Einer Partei, welche eine solche hätte herbeiführen können, fehlte es an Leitern, oder überhaupt an Ansichten über die Ausführung. Wie es sich damit verhielt, ergab sich aus einer Sitzung des demokratischen Ausschusses am 19. Okt. Einer der Leiter desselben, Dr. Chaises, erklärte, daß es nothwendig sei, eine Proklamation an die Bevölkerung Wiens zu erlassen, in welcher hingewiesen werden solle, daß der Reichstag und Gemeinderath nicht das Vertrauen des Volkes besitze, da sie nur den Weg des Vermittelns ergriffen, anstatt den durch viele Anzeichen bereits erklärten Krieg sogleich anzunehmen. Es sei ferner nothwendig, die Ungarn nochmals um Hülfe anzurufen, und wolle dieses der Reichstag und Gemeinderath nicht bewerkstelligen, so wolle man an die ganze Bevölkerung das Ersuchen stellen, eine Petition an die Ungarn mit 150,000 Unterschriften zu versehen und einzusenden, damit die Ungarn auf diesen Aufruf, der mehr legalen Boden hätte, den Wienern zu Hülfe eilen. Letzteres wäre eine klägliche Demonstration, eine Art Nothruf, gegen die Schritte gewesen, durch welche der ungarische Reichstag eine Bevölkerung sich selbst zu überlassen für gut fand, die für die Sache Ungarns sich erhoben hatte; auch wurde weniger darauf eingegangen, wie auf die gegen den Reichstag und den Gemeinderath gerichtete Beschuldigung; letzterer war ohnedem von zwei Verfügungen Messenhausers abgewichen. Es ward die Sprengung der letzteren Behörde angeregt, allein die Sache blieb ohne wirkliche Folgen, welche ohnedem bei dem damaligen Stande der Dinge schwerlich zu Gunsten der Hauptstadt ausgefallen wäre. Es gelang dem Reichstag und dem Gemeinderath, sowie den Volksbehörden, neue gewaltthätige Ausbrüche der Erregtheit ferne zu halten;

eine Anarchie, oder wenigstens ein Zustand, wo alle gesetzlichen Autoritäten machtlos und die bewaffnete Masse der arbeitenden Volksklassen allein die Gewalt besaß, trat nur zu der Zeit, unmittelbar vor dem Einrücken der Armee, ein, und war durch die kurze Dauer ohne Folgen.

Im Reichstag und im Gemeinderath ergaben sich einige Andeutungen der Entmuthigung, im Allgemeinen aber behielten beide Versammlungen die frühere Haltung, oder nahmen dieselbe wieder ein, sobald die offenbare Feindlichkeit des Hofes und des Heeres ausgesprochen war. Im Gemeinderath z. B. erklärte Stift, einer der Sprecher der Revolution, schon am 17. Okt.: „Die Vorfälle des 6. Okt. gingen aus einem Mißverständniß hervor. Die Truppen, die nach Ungarn geschickt werden sollten, waren nur zu einem Observationscorps, zu nichts Anderem bestimmt; es hätte den HH. Ministern nur belieben sollen, offen zu sagen, wozu jene Truppen bestimmt waren, und der Vorfall wäre vermieden worden. Wenn die Ungarn ihre Schlacht hier schlagen, so könnte es dann bald kommen, daß die Polen, die Italiener, dasselbe thun!“ Am 20sten schickte ferner der Gemeinderath eine Deputation an den Kaiser, durch welche er, neben den Wiederholungen der früheren Verlangen, um die Rückkehr der Garnison von Auersperg nachsuchte und hinsichtlich der militärischen Besatzung die Bitte hinzufügte, daß weder Jellachich noch Windischgrätz die Stadt betreten möge. Diese Deputation ward in Olmütz nicht angenommen, wie es bei der Stellung des Hofes, nach den Manifesten des Kaisers, nicht anders sein konnte. — Eine Andeutung von der Entmuthigung des Reichstags ergab sich aus der geringeren Zahl der in den Sitzungen anwesenden Mitglieder. Am 20. Okt. waren noch 204 gegenwärtig; am 21sten hatte sich diese Zahl um 8 vermindert; es war seitdem nur wenig mehr wie diejenige Anzahl in den Sitzungen anwesend, unter welcher die Versammlung beschlußunfähig geworden wäre, so daß bei jeder Abstimmung besorgt werden mußte, die

Versammlung bestehe nicht länger als rechtsgültig — ein Fall, der übrigens bis zur letzten Entscheidung nicht eintrat.

In der Sitzung des 20. Okt. zeigte sich diese Art von Entmuthigung sowohl in der Erlassung einer Adresse an die Völker Oesterreichs, * wie bei der kurzen Verhandlung

* Dieselbe lautete: „Völker Oesterreichs! Durch Euer Vertrauen zu dem friedlichen Werke der Constituirung unserer Freiheit berufen, ist der Reichstag durch die Gewalt der Ereignisse plötzlich mitten in den Kampf der Zeit gestellt. Der Reichstag muß in diesem Kampf vor allem seinem Friedensberufe getreu bleiben, deßhalb hat er bis zu dieser Stunde alle seine Kräfte aufgeboten, um das Losbrechen des Gewaltkampfes zu verhindern, um aus den verworrenen Verhältnissen des Augenblicks den Pfad der Versöhnung und des Friedens zu finden und zu zeigen. Die Bemühungen des Reichstags sind bis jetzt ohne den erwünschten Erfolg geblieben. Zwar hat das edle Volk von Wien seine Erbitterung und Kampfeslust bezähmt und den Angriff auf die offenbar feindlich verfahrenden Truppen vermieden; zwar hat selbst Se. Maj. der Kaiser Allem, was der Reichstag zur Hintanhaltung der drohenden Anarchie verfügt, die volle Anerkennung gezollt, aber nichtsbestoweniger ist Wien noch immer in derselben kriegerisch bedrohten Lage, und nur dadurch allein ist die Möglichkeit aufrechterhalten, daß der blutige Kampf und in Folge dessen die Auflösung der gesetzlichen Ordnung losbreche. Der Einmarsch des, dem constitutionellen Boden Oesterreichs fremden croatischen Heeres bedrohte unmittelbar die Thore Wiens; vergebens bot der Reichstag unter Mitwirkung des verantwortlichen Ministeriums Alles auf, um den Rückzug dieses Heeres durchzusetzen. Vielmehr bildete dasselbe nur den Vortrab immer größerer Truppenmassen, welche bereits die Hauptstadt Wien eng umschlossen haben. Ihre Vorposten dringen bis in die Straßen der zu Wien gehörigen Ortschaften, bis an die Linien der Stadt. Die auf des Kaisers Wort gesetzmäßig organisirte Nationalgarde der Umgebung Wiens wird entwaffnet, friedliche Reisende werden gefänglich zurückgehalten, Briefe erbrochen und vorenthalten, die Zufuhr von Lebensmitteln abgesperrt, Kanonenkugeln flogen bereits in die Straßen der Vorstädte, ja selbst Abgeordnete zum Reichstage wurden festgehalten und unwürdig behandelt; kurz, mit jedem Tage erfährt Wien mehr und mehr das schwere Verhängniß einer belagerten Stadt. Vergebens hat der Reichstag mit dem ganzen Gewicht seines Ansehens dagegen protestirt. Solchen Thatsachen gegenüber mußte der Reichstag das Bestreben des Wiener Volkes, sich in Vertheidigungsstand zu versetzen, als eine Nothwendigkeit anerkennen. Wien ist die durch das Ansehen der Jahrhunderte geweihte Hauptstadt des Reichs, und keine andere Stadt kann es sein. Wien ist der Mittelpunkt der Interessen aller Völker Oesterreichs, und jedes Unglück, welches Wien

über eine finanzielle Forderung des Gemeinderaths, während zugleich die Machtlosigkeit, der Militärgewalt gegenüber, sich durch eine nutzlose Wiederholung des erfolglos gebrauchten Mittels einer energischen Zuschrift an den Grafen Auersperg über militärische Maßregeln kund gab. Die Aufbietung des Landsturms durch den Reichstag war aufgegeben, und auch bei der Stellung desselben, sowie bei der ganzen Lage der Monarchie, sogar für Niederösterreich selbst, unmöglich, seitdem die Ungarn die Sache Wiens preisgegeben hatten. Die Proklamation an die Völker Oesterreichs war bei dem ruhigen Tone derselben nur eine Art Nothruf und Rechtfertigung für eine als verloren gehaltene Stellung. Was die zweite Verhandlung betraf, so hatte der

trifft, wird bis in die fernsten Theile des Reichs schmerzlich nachempfunden. Wien ist der einzig mögliche Sitz eines Reichstags, welcher der Gleichberechtigung so verschiedener Völker entsprechen soll. Wien ist die Wiege und Burg unserer Freiheit. Völker Oesterreichs! Ihr alle seid in der Bevölkerung Wiens vertreten. Wien ist auch allen stets eine gastliche Hauptstadt gewesen. Wer daher für das Vaterland, wer für den constitutionellen Thron, wer für die Volksfreiheit ist, der muß für Wien sein. Der Reichstag erkennt es daher als seine heilige Pflicht, sowohl der Reaktion als der Anarchie entgegenzuwirken. Die Reaktion soll uns nicht den kleinsten Theil unserer Freiheit rauben, die Anarchie nicht den ganzen Schatz derselben vernichten. Dies will der Reichstag, dies will er für alle Völker und für alle Stände des Volkes, für den freien Bürger, wie für den tapfern Krieger des Vaterlandes. Aber um dieses vollbringen zu können, muß Wien gerettet, muß es in seiner Kraftfülle und Freiheit erhalten werden. Völker Oesterreichs! vertraut denen, die ihr zur Wahrung eurer und eurer Kinder Rechte erwählt habt, vertraut denen, die euren Boden von Robot, Zehnt und allen übrigen drückenden Lasten befreiten, und die so eben im Begriff sind, jene Gesetze zu schaffen, durch welche eure volle Freiheit auf fester Grundlage gesichert wird. Kräftigt uns daher mit eurer ganzen moralischen Kraft für das bedrängte Wien, unterstützt unser offenes Wort durch die Allgewalt eurer Stimme, helfet uns den Kaiser beschwören, daß er durch Einsetzung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, durch Zurückziehung der Truppen aus Niederösterreich, durch Beeidigung des Militärs auf die freien Volksrechte, der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden gebe, damit im Segen des Friedens das neue Heil des Vaterlandes gedeihe. Wien, den 20. Okt. 1848.

Vom constituirenden Reichstag.«

Gemeinderath für die Unterhaltung der Mobilgarden u. s. w. 200,000 fl. aus den Fonds für ärmere Gewerbtreibende verlangt; diese wurden zwar bewilligt, zugleich aber auch Besorgnisse laut, daß die Fonds bald erschöpft sein würden; beruhigende Versicherungen Löhners über das Gegentheil machten nicht den Eindruck, daß jene Befürchtung entfernt worden wäre; man befürchtete bereits, daß die verfügbaren finanziellen Mittel für die Durchführung eines größeren und längeren Kampfes nicht ausreichen möchten.

Die Zuschrift an den Grafen Auersperg war durch die Petition einer entwaffneten Nationalgarde der Umgegend (Liesing) und durch die Kunde veranlaßt, daß die Zufuhr zur Hauptstadt vom Tabor aus (dem Weg nach Böhmen) gehindert werde. Die Antwort des Commandirenden gab zu verstehen, die militärische Entscheidung werde in der nächsten Folge eintreffen. Dieselbe wurde am 21sten verlesen. Der Commandirende bedauerte, dem Wunsch des hohen Reichstags nicht entsprechen zu können, da alle Verfügungen künftig einzig dem von Sr. Maj. zum Obercommandanten aller Truppen ernannten Fürsten Windischgrätz untergeordnet werden müßten. Der Fürst werde im Laufe des heutigen Tages im Hauptquartier erwartet, und die Zuschrift des Reichstags ihm sogleich übergeben werden. Uebrigens betrachte er (Auersperg) die Entwaffnung der Nationalgarde in den Ortschaften als eine nothwendige, militärische, aber vorübergehende Maßregel. Alsdann wurde das zweite mildere Manifest des Kaisers vom 19ten dem Reichstage verkündet. Der Minister Kraus, welcher seit mehren Tagen in den Sitzungen nicht anwesend gewesen war, bestieg die Tribüne, kündigte an, daß er dasselbe so eben durch einen Kabinetscourier erhalten habe und verlas es in lautloser Stille. Das erstere, vom 16ten, welches die offene Feindlichkeit gegen Wien aussprach, wurde nicht auf officiellem Wege übersandt; es war jedoch ebenfalls bekannt geworden und auf den Straßen am 22sten angeschlagen. Dies mildere Manifest lautete:

Wir Ferdinand der Erste, constitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. entbieten Unsern getreuen Völkern Unsern väterlichen Gruß! Durch die blutigen Ereignisse, welche seit dem 6. dieses Unsere Haupt- und Residenzstadt Wien in einen Schauplatz anarchischer Wirren umgewandelt haben, auf das Tiefste betrübt und in Unserem Innern erschüttert, sahen Wir uns genöthigt, Unseren Sitz zeitweilig nach Unserer k. Hauptstadt Olmütz zu verlegen. Mit gleicher Betrübniß erfüllt unser Herz die eintretende Nothwendigkeit, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und zum Schutze der an den Gräulen des Aufstandes nicht betheiligten Staatsbürger militärische Maßregeln zu ergreifen; doch wollen Wir, daß in der Anwendung dieses Uns abgedrungenen äußersten Mittels nur so weit gegangen werde, als es zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit, und zum Schutze Unserer getreuen Staatsbürger, sowie zur Aufrechthaltung der Würde Unseres constitutionellen Thrones nöthig sein wird. Es ist Unser fester unveränderlicher Wille, daß die Unseren Völkern gewährten Rechte und Freiheiten, wenn sie auch von einzelnen Böswilligen oder Mißgeleiteten mißbraucht worden sind, in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben, und Wir verbürgen solche neuerdings durch Unser kaiserliches Wort. Auch wollen Wir, daß die von dem constituirenden Reichstage bereits gefaßten und von uns sanctionirten Beschlüsse, namentlich jene über die Aufhebung des Unterthanverbandes, der Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes gegen die im Prinzipe vom Reichstage anerkannte billige Entschädigung aufrecht erhalten, und Unserer bereits erlassenen Anordnung gemäß in Vollzug gebracht werden. Ebenso ist es Unser fester Wille, daß das begonnene Verfassungswerk von dem constituirenden Reichstage in einer der vollen Gleichberechtigung aller unserer Völker entsprechenden Weise ungestört und ununterbrochen fortgesetzt werde, damit solches in Bälde Meiner Sanction unterlegt, und einem gedeihlichen Ende zugeführt werden könne. Dieses möglich zu machen, wird der Gegenstand Unserer ernsten Sorgfalt sein, und wir rechnen dabei auf die Einsicht, Anerkennung und bewährte Loyalität Unserer getreuen Völker.

Gegeben in unserer k. Hauptstadt Olmütz den 19. Okt. 1848.

(L. S.) Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Mittlerweile war der Fürst Windischgrätz am 21sten in Florisdorf angelangt und dehnte die neu herbeigeführten Truppen bis Klosterneuburg aus, wo eine Pontonsbrücke hergestellt wurde, um eine Verbindung mit dem Auerspergischen Corps herzustellen; Jellachich zog sich mehr östlich und stellte

seine Vorposten bei Schwadorf auf. Es herrschte kein Zweifel, daß diese Bewegungen auf eine gänzliche Einschließung Wiens berechnet waren. Posten kamen bereits unregelmäßig an und blieben am 25sten gänzlich aus. Geldsendungen wurden aufgefangen; Geleitscheine vom Reichstag und Gemeinderath wurden eben so wenig wie Pässe von den Truppen beachtet. Am 22sten waren nur noch 2 Straßen frei. Das Heer war durch Verstärkungen aus Böhmen, Steiermark und Galizien (8 Bataillone unter Graf Schlick) auf 90,000 Mann gebracht. Mit den Feindseligkeiten und Maßregeln zur Einleitung derselben brauchte somit nicht lange gezögert zu werden. Die Bevölkerung Wiens erhielt auch am 22sten die Gewißheit über das gegen sie beabsichtigte Verfahren und über die bestimmteste Zurückweisung jeder Vermittlung. Wien ward unter das Kriegsgesetz von dem Fürsten Windischgrätz als commandirendem General gestellt. Folgende Proklamation desselben ward gegen Mittag an den Straßenecken angeschlagen: *

An die Bewohner Wiens! Von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, und mit allen Vollmachten ausgerüstet um dem in Wien herrschenden gesetzlosen Zustand ein Ende zu machen, rechne ich auf den aufrichtigen und kräftigen Beistand aller wohlgesinnten Einwohner. Bewohner Wiens! Eure Stadt ist befleckt worden

* Schütte beschreibt die Weise, wie die Bekanntmachung erfolgte, und den augenblicklichen Eindruck mit folgenden Worten: Es war Sonntag — Ungefähr um die Mittagsstunde bemerkten einige Menschen im Innern der Stadt einen Fiaker, der immer an den Ecken der Hauptstraßen stille hielt. Aus diesem Fiaker reichte Jemand einem Andern, der rückwärts am Wagen stand, einen Zettel, welcher diesen mit Hast an die Ecken klebte, und schnell wieder auf den Wagen sprang und den Fiaker schnell zu fahren befahl. Mit Erstaunen wurde der Zettel gelesen, denn es war eine Kundmachung des Fürsten Windischgrätz, welcher die Stadt und Umgebung in Belagerungszustand erklärte. Manche rissen den Zettel augenblicklich ab, manche gingen zagend und furchtsam in ihre Wohnung, um schnell ihre Habseligkeiten einzupacken und fortzureisen. Auf die bewaffnete Bevölkerung hatte es keineswegs niederdrückend, sondern vielmehr neubelebend gewirkt, indem sie nun freudig sagten: „Endlich wissen wir doch, woran wir sind.“ Es war somit der peinlichen Ungewißheit nunmehr ein Ende.

durch Gräuelthaten, welche die Brust eines jeden Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. Sie ist noch in diesem Augenblicke in den Händen einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschaudernden Faktion. Euer Leben, euer Eigenthum ist preisgegeben der Willkür einer Handvoll Verbrecher. Ermannt euch, folgt dem Rufe der Pflicht und der Vernunft. Ihr werdet in mir den Willen und die Kraft finden euch aus ihrer Gewalt zu befreien, und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es werden hiemit Stadt, Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand erklärt, alle Civilbehörden unter die Militärbehörde gestellt, und gegen die Uebertreter meiner Verfügungen das Standrecht verkündet. Alle Wohlgesinnten mögen sich beruhigen. Die Sicherheit der Personen uud des Eigenthums zu schirmen wird meine vorzügliche Sorge sei. Dagegen aber werden die Widerspänstigen der ganzen Strenge der Militärgesetze anheimfallen.

Lundenburg, 20. Okt. 1848.

(Gez.) Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall.

War die Stimmung in den letzten Tagen bereits eine gedrückte gewesen, so rief dies Manifest wiederum die Aufregung der ersten Tage hervor. Sogar der ruhiger und besonnener gestimmte Theil der Bevölkerung wurde über die offen verkündete Absicht, die Militärgewalt an die Stelle der im März erlangten Freiheit zu setzen und über die gänzliche Ignorirung des Reichstags erbittert, welcher auch vom Kaiser noch immer als gesetzliche Behörde anerkannt war. Auch bei einem großen Theil derjenigen Bevölkerung, welche bereits auf den glücklichen Ausgang eines Kampfes gegen das mehr als verdoppelte Heer keine Hoffnung hegte, ward der Entschluß allgemein, ohne hartnäckigen Widerstand mit den Waffen sich den Verlust der kurz genossenen Freiheit nicht gefallen zu lassen. Der Lage der Dinge gemäß konnte auch der Reichstag nicht anders, als eine ähnliche Stellung einnehmen, und es liegt hierin allem Anschein nach der Grund, daß seine Sitzungen noch immer eine beschlußfähige Zahl darboten, obgleich dieselbe die äußerste Grenze nur um wenig überstieg.

Zu derselben Zeit, als die Erklärung des Belagerungszustandes an den Straßenecken angeschlagen wurde, hielt der Reichstag die Morgensitzung. Dieselbe begann mit

der Mittheilung der sonderbaren Zuschrift der Reichscommissäre, welche die Gewißheit gab, daß der Reichstag auf eine Vermittlung der Nationalversammlung und des Erzherzogs Johann eben so wenig rechnen könne, wie seine eigenen Schritte Erfolg gehabt hatten. Die Reichscommissäre hatten in Wien sich um die damaligen Leiter der Volksbewegung nicht bekümmert, welches nach der Parteistellung der Mehrheit in Frankfurt eher erklärlich war und sich auch eben so wenig mit dem Reichstag und dem Gemeinderath, welche jedenfalls gesetzliche Authorität besaßen, in Verbindung gesetzt. Das einzige Zeichen, wodurch sie ihre Anwesenheit und ihren Auftrag gewissermaßen der Form wegen kund gaben, bestand in einer Zuschrift an den Präsidenten des Reichstags und an das Ministerium, welche die beiden Commissäre in der Besorgniß, mit Personen, die ihnen mißliebig waren, zusammentreffen zu müssen, nicht einmal von Wien, sondern von Krems aus (auf dem Wege nach Olmütz) abgesandt hatten. Schuselka verlas die Zuschrift nach der Eröffnung der Morgensitzung. Die Reichscommissäre berichteten: Sie hätten auf ihrer Reise durch die Notablen des Landes (d. h. von Geflüchteten und jedenfalls nur von Mitgliedern einer Partei) Näheres von den Verhältnissen in Wien und Olmütz gehört, und sich sofort entschlossen, vor Allem nach Olmütz zu reisen, von wo sie als Boten des Friedens zurückzukehren hofften. Es möge indessen jedes Zusammentreffen mit den Waffen sorgfältig vermieden und diese Zuschrift schleunigst kundgemacht werden. (!) Ein ähnliches Schreiben war ans Ministerium gelangt, und die Bekanntmachung sogleich eingeleitet worden. Umlauft beantragte: „In Berücksichtigung, daß die Reichscommissäre die Thatsachen nur aus höchst unverläßlichen Quellen geschöpft haben konnten, mögen dieselben vom Präsidium aufgefordert werden, sich persönlich über die hiesigen Zustände zu belehren. Schuselka aber hielt es gegen die Würde des Reichstags, die Commissäre dazu aufzufordern. Der Vorwurf politischer

Taktlosigkeit könne nur diese allein treffen, da sie, auf Grundlage von Berichten einiger im Land zerstreuten, aus Wien längst geflüchteten Familien, es unternehmen zu können glaubten, den österreichischen Landen Ruhe und Friede zu bringen. Man ging über Umlaufts Antrag zur Tagesordnung über, und der Reichstag sicherte wenigstens seine Würde Commissären gegenüber, welche Partei für die entgegengesetzte Seite ergriffen, ohne mit der andern im Geringsten zu verkehren. Ebenso suchte der permanente Ausschuß die Würde des Reichstags dem Fürsten Windischgrätz gegenüber zu wahren, indem er zugleich über die trostlose Lage der Vermittlung berichtete. Der Gemeinderath habe angezeigt, daß seine Deputation von Sr. Maj. nicht vorgelassen, sondern an Wessenberg und von diesem an den Fürsten Windischgrätz gewiesen worden sei mit der Bemerkung, daß Se. Maj. keine vermittelnden Deputationen mehr empfangen wolle. Es sei dies sehr traurig, denn diese Deputation bestehe doch aus Männern, die sich bei der letzten Bewegung auf keine Weise betheiligt hätten. Weder an den Reichstag noch an den Gemeinderath, noch an den Minister Kraus sei die Ernennung des Fürsten Windischgrätz officiell gelangt, wenn man dieselbe auch aus einem wieder unterdrückten Manifeste vom 16ten ersehen konnte. Der Reichstagsausschuß könne daher zu dem Fürsten Windischgrätz einstweilen in keine Beziehungen treten, er müsse dies dem Gemeinderath überlassen, welcher von Wessenberg ausdrücklich an den Fürsten Windischgrätz gewiesen wurde. Im Einvernehmen mit dem Ausschusse habe Minister Kraus eine Zuschrift an das Ministerium in Olmütz geschickt, enthaltend die Anfrage: Was denn dasselbe bis jetzt für friedliche Mittel versucht habe, um sich zu militärischem Einschreiten nach solchem Maßstabe für berechtigt zu halten. Hieher, fuhr der Berichterstatter fort, ist keine Nachricht von solchen Friedensversuchen aus Olmütz gekommen. Die Maßregeln werden immer drohender, ohne daß man die Bemühungen, welche seit 14 Tagen zur Wiederherstellung

des Friedens gemacht worden sind, im geringsten nur berücksichtigt hätte. Während die Versammlung noch weiter berieth, wurde das Manifest des Fürsten Windischgrätz dem Präsidenten mitgetheilt; der permanente Ausschuß zog sich sogleich zur Berathung über dasselbe zurück.

Während Haß und Erbitterung in Folge des Manifestes allgemein waren, erhielt zuerst der Gemeinderath ein Schreiben vom Fürsten Windischgrätz, welches, schon drohend genug, in militärischer Kürze verfaßt war:

„Kraft der mir von S. M. dem Kaiser verliehenen Vollmacht übermittle ich dem löbl. Gemeinderathe 1000 Exemplare des Manifestes S. M. vom 16. d. und meiner Kundmachung ddo. Lundenburg den 20. d. mit dem Auftrage, dieselben sogleich zu veröffentlichen, und ich mache den Gemeinderath verantwortlich für die Folgen, welche durch die Nichtveröffentlich dieser beiden Manifeste entstehen würden, indem ich die energischesten Maßregeln zur Herstellung der Ruhe und Ordnung anwenden werde."

Der Gemeinderath aber kam diesem Befehle nicht nach; mehre seiner Mitglieder begaben sich in den permanenten Ausschuß, um dort das Weitere zu verabreden. Um 5 Uhr trat der Reichstag zusammen; die Galerien waren dicht gedrängt und Volksmassen vor dem Sitzungslokale versammelt. 197 Mitglieder waren gegenwärtig. Der Präsident eröffnete die Sitzung, nachdem er in wenig Worten die Versammlung ermahnte: in Anbetracht der ungemeinen Wichtigkeit des Gegenstandes demselben volle Aufmerksamkeit zu schenken. Schuselka berichtete im Namen des permanenten Ausschusses: Von Seite des Fürsten Windischgrätz sind an den Gemeinderath der Stadt Wien 1000 Exemplare seiner Proklamation und eben so viele Exemplare des kaiserlichen Manifestes geschickt worden, mit der kategorischen Weisung, für die Kundmachung derselben Sorge zu tragen; die ganze Kraft der Verantwortung werde im Unterlassungsfalle auf demselben ruhen. Auf diese Mittheilung hin hat der permanente Ausschuß sich zur Berathung versammelt. In Ermanglung einer bereits ausgearbeiteten Constitution hat derselbe sich an die allgemein constitutionellen Grundsätze

aller civilisirten Staaten Europa's gehalten, und vor Allem sich auf den möglichst legalen Standpunkt gestellt. Jene Grundsätze aber sprechen aus, daß der Belagerungszustand und das Standrecht nicht auf einseitigem Wege ausgesprochen werden könne. Den andern gesetzlichen Standpunkt fanden wir im Manifest Sr. Maj. vom 19. d. M., worin erklärt wird, Se. Maj. sehe sich zwar in der traurigen Nothwendigkeit, zu militärischen Maßregeln seine Zuflucht zu nehmen, es sei aber Ihr Wille, daß der hohe Reichstag das Werk der Constitution in voller Freiheit berathe. Die Maßregeln des Fürsten Windischgrätz stehen mit diesem Manifeste im vollsten Widerspruch. Die Humanität fordert, daß man erst friedliche Mittel versuche, bevor man zum Aeußersten schreitet. Es ist dies nicht geschehen. Ein constituirender Reichstag kann in einer belagerten Stadt unmöglich in voller Freiheit tagen, und ein solcher anomaler Zustand ist nur dann denkbar, wenn der Reichstag selbst, zu seiner Sicherheit, denselben wünscht und beschließt. Um auch den möglichen Fall zu berücksichtigen, daß das Manifest vom 19. d. M. dem Fürsten Windischgrätz vielleicht nicht bekannt sein dürfte, hat Minister Kraus dasselbe sogleich mit der Proklamation der Reichscommissäre an den Fürsten geschickt. Wir aber können dabei nicht stehen bleiben, und haben im Bewußtsein einer heiligen übernommenen Pflicht beschlossen, dem Hause folgenden Antrag vorzulegen: „In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe und Ordnung, wo sie wirklich gefährdet sein sollte, nur den ordentlichen constitutionellen Behörden zukommt, und nur auf ihre Requisition das Militär einschreiten darf, in Anbetracht, daß nach wiederholtem Ausspruch des Reichstags und des Gemeinderaths die Aufregung nur durch die drohende Stellung der Truppen herbeigeführt wird, in Anbetracht, daß das kaiserliche Manifest vom 19. d. M. die Aufrechthaltung aller Freiheiten, insbesondere die freie Berathung des Reichstags gewährleistet, erklärt der Reichstag die vom Feldmarschall Fürsten Windischgrätz angedrohten Maßregeln

für ungesetzlich." Dieser Beschluß ist sogleich dem Fürsten Windischgrätz und dem Minister Wessenberg durch Couriere mitzutheilen. Löhner wollte denselben auch den beiden Reichscommissären zugestellt wissen. Schuselka aber hielt dies gegen die Würde der Kammer, da Letztere sich bloß an das Präsidium in einer einfachen Zuschrift gewendet hätten; von diesem könne allenfalls die Mittheilung an sie geschehen. Mittlerweile sei auch durch den Hrn. Minister Kraus die Proklamation derselben an den Fürsten Windischgrätz geschickt worden, worin zur Vermeidung aller feindseligen Maßregeln aufgefordert werde. Der Antrag ward beinahe einstimmig (nur mit Ausnahme von etwa 3 Stimmen) angenommen. — Der Gemeinderath, von dem Beschlusse des Reichstags sogleich unterrichtet, schickte hierauf dem Fürsten Windischgrätz die Antwort auf sein Schreiben. Er berief sich darin auf die von jenem ausgesprochene Ungesetzlichkeit des Belagerungszustandes, auf den Umstand, daß er nur vom Minister des Innern Befehle zu empfangen habe, und erklärte, daß er deßhalb die Befehle des Fürsten nicht veröffentlichen werde, sowie auch, daß er alle Folgen dieses Verfahrens im Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben, ruhig entgegennehme. *

* Die Antwort lautete: Der Gemeinderath der Stadt Wien hat am heutigen Tage die Zuschrift erhalten, welche Euer Durchlaucht an denselben zu richten für gut befunden haben. Der Gemeinderath der Stadt Wien ist jedoch nicht in der Lage, dem ihm gewordenen Auftrage, die mitgetheilten Plakate zu veröffentlichen, zu entsprechen, und zwar aus folgenden Gründen: Abgesehen davon, daß bereits der hohe Reichstag, welchem der Gemeinderath, so wie jede Behörde der Monarchie untersteht, einen Protest gegen die Amtshandlungen Euer Durchlaucht erlassen hat, wodurch das Benehmen des Gemeinderathes allerdings auch geregelt wird, hat der Letztere seine Befehle unmittelbar nur vom Ministerium des Innern, welches gegenwärtig in Wien allerdings vertreten ist, zu empfangen Da ihm jedoch weder eine dießfällige Weisung von gedachtem Ministerium bisher zugekommen ist, eben so wenig eine solche aus den Erlasse Euer Durchlaucht bekräftigend zu ersehen ist, sieht sich der Gemeinderath nicht auf gesetzlichem Wege angewiesen, dem Wunsche Euer Durchlaucht nachzukommen. Jede von Euer Durchlaucht dem

Am 23sten begannen die Feindseligkeiten in Vorposten-gefechten, zum Theil mit großen Plänklerketten und Kanonenschüssen von beiden Seiten — kleinere Kämpfe, die sich in den nächsten Tagen ohne besonderen Erfolg erneuten; auch ward schon ein Haus in einer der Vorstädte durch eine Bombe entzündet, das Feuer jedoch schnell gelöscht. Während der Kampf so begann, wurden in der Stadt die Vertheidigungsmaßregeln eifrig betrieben, und die militärischen Gesetze traten für die bewaffneten Volksmassen in Kraft. Schon am 22sten hatte Messenhauser, als die Erklärung des Belagerungszustandes bekannt geworden war, eine Kundmachung erlassen, daß er jetzt seine eigentliche Aufgabe zu beginnen habe, um die Stadt Wien sammt der Umgehung in Vertheidigungszustand zu setzen. Er forderte die ganze Bevölkerung jedes Alters, Standes und Geschlechtes auf, wenigstens an den Vertheidigungswerken zu arbeiten. Am 23sten verkündete er das Kriegsgesetz *

Gemeinderath auferlegte strenge Verantwortlichkeit wird von demselben in dem beruhigenden Gefühle völlig erfüllter Pflicht auf das Entschiedenste abgelehnt. Vom Gemeinderathe der Stadt Wien.

* Diese Bekanntmachung von Maßregeln, wodurch die ganze bewaffnete Bevölkerung in das Verhältniß eines stehenden Heeres gesetzt werden sollte, ist folgende: „Außerordentliche Zeitumstände erfordern außerordentliche Maßregeln. Je wichtiger der Moment, je größer die Gefahr, desto größer ist die Verpflichtung eines jeden Wehrmannes alles dasjenige zu thun oder zu unterlassen, was ihm die Gesetze in seiner Eigenschaft als Bürger und insbesondere als Wehrmann gebieten oder verbieten; desto größer muß seine Besonnenheit, desto pünktlicher sein Gehorsam sein. Der gefertigte Obercommandant der Nationalgarde wird gewiß Sorge tragen, daß die Tapfern und Braven ausgezeichnet, aber auch die den Gesetzen Zuwiderhandelnden nach Recht und Gesetz bestraft werden. Damit aber die Letztern die verdiente Strafe auch sicher treffe, wird Folgendes verfügt:

a) Laut Beschluß der Sitzung des hohen constituirenden Reichstages vom 16. und 17. Oktober, welcher Beschluß in Folge der Anordnung des Ministeriums des Innern vom 18. d. M., Zahl 6879, mittelst eines Cirkulares der niederösterreichischen Regierung zur genauen Beobachtung am 18. d. M. kundgemacht worden ist, wurde die Zusammensetzung eines obersten Kriegsgerichtes bestimmt, und bereits mit Tagesbefehl vom 23. d. M. bekannt gemacht.

und erließ noch eine besondere Kundmachung, worin er die Todesstrafe für Plünderung aussprach. Von letzterer war nämlich ein Fall in einem öffentlichen Gebäude vorgekommen;

b) Das Kriegsgericht entscheidet auf Grundlage der Voruntersuchung, der vor ihm stattfindenden mündlichen Verhöre, der Anklage und Vertheidigung zuerst über Schuldig oder Nichtschuldig, und dann erst über das Strafausmaß.

c) Der Obercommandant der Nationalgarde behält sich das Recht vor, die Vollstreckung des Urtheils zu sistiren.

d) Zur Amtswirksamkeit des obersten Kriegsgerichtes gehören die Untersuchungen und Urtheilserkennungen: 1) Gegen denjenigen, welcher den Befehlen seines Vorgesetzten im Dienste vor dem Feinde nicht Folge leistet, oder gar sich demselben thätlich widersetzt, 2) gegen denjenigen, der ohne Befehl seinen Posten vor dem Feinde verläßt und überhaupt jede Desertion und jeder Verrath vor dem Feinde, 3) gegen denjenigen, welcher sich einen gewaltsamen Einbruch in eine Wohnung, eine Gewaltthätigkeit gegen eine Person, Plündern und etwaiges Erpressen fremden Eigenthums durch Bedrohung mit den Waffen zu Schulden kommen läßt, 4) gegen jeden Vorgesetzten, der die erhaltene Befehle seiner Obern nicht pünktlich und alsogleich vollzieht. Außerdem gehören zur Amtswirksamkeit des obersten Kriegsgerichtes überhaupt alle jene Fälle, welche in dem oberwähnten Circulare der niederösterreichschen Regierung zufolge hohen Reichstagsbeschlusses angeführt sind, und für welche eine kriegsrechtliche Behandlung Platz zu greifen hat.

e) Den Corpscommandanten und Bezirkschefs oder ihren Stellvertretern steht das Recht zu, für die nachbenannten Uebertretungen in oder außer dem Dienste die Strafe des Verweises, oder eines nöthigenfalls mit Fasten bei Wasser und Brot verschärften Arestes von 6 Stunden bis 4 Tagen aus eigener Machtvollkommenheit zu verhängen, und zwar: 1) bei Thätlichkeiten gegen Kameraden, 2) bei Verweigerung des Gehorsams, 3) bei wiederholtem Nichterscheinen im Dienste, 4) bei wiederholter Entfernung vom Dienste, jedoch nicht, wenn die Uebertretung im Dienste, oder die Verweigerung des Gehorsams vor dem Feinde verübt wurde.

f) Kleinere Vergehen, und zwar: 1) zu spätes oder Nichterscheinen im Dienste, 2) Entfernung vom Dienste, 3) unnöthiges Plänkeln oder Abfeuern von Waffen, 4) Trunkenheit, 5) Raufereien oder Excesse jeder Art, sowohl in als außer dem Dienste, jedoch nicht vor dem Feinde, sind dem Disciplinarverfahren des Compagniecomandanten oder seines Stellvertreters, welche in solchen Fällen die Strafe des Verweises oder Arrestes bis 24 Stunden zu verhängen ermächtiget sind, unterzogen.

Messenhauser, prov. Obercommandant.“

bei Privateigenthum dagegen trat während der ganzen Belagerung kein gewaltthätiger Raub vom Volke ein.

Die Reichstagssitzung am 23sten war durch einen Zwischenfall merkwürdig, bei welchem sich die Gereiztheit der früheren Mittelpartei gegen den Hof und gegen Wessenberg über das Manifest vom 16ten, die Erklärung des Belagerungszustandes und überhaupt die eingenommene Stellung äußerte. Der Abgeordnete Podlewski hatte den Antrag gestellt: „In Anbetracht, daß die Posten seit fünf Tagen in Wien nicht mehr eintreffen, wolle der hohe Reichstag dem Fürsten Windischgrätz durch die Minister Kraus und Wessenberg bedeuten lassen: er möge die Wegnahme und das Zurückhalten von Briefen seinen Truppen strengstens untersagen, widrigenfalls er die strengste Verantwortlichkeit für die Verletzung des Briefgeheimnisses tragen müßte.“ Goldmark meinte, diese Aufforderung bloß an Minister Kraus zu richten. Wessenberg könne das Vertrauen der Kammer nach seinem letzten Benehmen nicht mehr besitzen, man könne Wessenberg gar nicht mehr als Minister anerkennen. Diese letztere Aeußerung schien vielen Reichstagsmitgliedern nicht am Orte, da durch eine schroffe Stellung der Versammlung gegen einen Minister, der sich beim Kaiser befand, eine immer noch gehoffte Vermittlung unmöglich sein würde. Auch Borrosch suchte Goldmark wegen seiner Aeußerung zurechtzuweisen; Pillersdorf aber erhob sich mit einer ihm sonst ungewöhnlichen Heftigkeit. Er sagte: „Der hohe Reichstag möge nur mit demjenigen Minister in Verbindung treten, welcher seinen Platz beim Reichstage in Wien einnehme. Er für seinen Theil hege wie Abg. Goldmark gerechtes Mißtrauen gegen den Minister in Olmütz. Denn noch nie habe ein Minister einen Monarchen so sehr bloßgestellt, wie jener Rathgeber in Olmütz Se. Maj. durch Contrasignirung der letzten unheilvollen Manifeste. Die Kammer klatschte anhaltend Beifall. Offenbar waren die meisten Reichstagsmitglieder über diese Entschiedenheit von Pillersdorf erstaunt, womit derselbe gegen Wessenberg und

direkt gegen den Hof auftrat — ein Beweis, daß auch die constitutionelle Partei der sogenannten Centren die Erregtheit und Erbitterung theilte, welche durch die Erklärung des Belagerungszustandes allgemein geworden war. Bei der Persönlichkeit Pillersdorfs, bei der Schwäche und Unentschiedenheit, die er während seiner Regierung gezeigt hatte und später bei seiner Bestrebung, unter den Parteien zu vermitteln, erwies diese Erklärung, daß er die beabsichtigte Reaktion und die Wiedereinführung des früheren Zustandes vorhersah — Absichten, durch welche alle Freisinnigen, von welcher Farbe sie auch immer sein mochten, in gleicher Weise gereizt werden mußten.

Als ein Zwischenfall am 23. Okt. ist Robert Blums Auftreten in der Aula zu erwähnen, zu welchem Plakate eine große Menschenmasse herbeigeführt hatten. Die Absendung einer Deputation nach Wien von Seiten der Frankfurter Linken war jedenfalls ein nutzloser und unüberlegter Schritt, da kein Erfolg für die Partei dadurch erwirkt werden konnte; im Fall des glücklichen Ausganges der Bewegung fiel die weitere Leitung denjenigen Oesterreichern anheim, welche in Wien selbst gewirkt hatten, nicht aber Deputirten einer andern Versammlung, in welcher ihre Partei ohne Einfluß und sogar ohne Gleichförmigkeit war; die Stellung der Frankfurter Deputirten wäre in einer Stadt eine sehr untergeordnete gewesen, deren Bevölkerung, vom deutschen Reichstag preisgegeben, sich um denselben wenig bekümmert haben würde. Im Fall der seit dem 19. Okt. wahrscheinlichen Besiegung der Hauptstadt wurden die Personen der Abgeordneten einer nutzlosen Gefahr ausgesetzt, ohne irgend Etwas erreichen zu können. Auch scheint es, daß Robert Blum letzteres sehr wohl ahnte. Er sprach auf der Aula in der Richtung der damals allgemeinen Stimmung: der Einzug des Heeres werde die Knechtschaft der Bevölkerung wieder herstellen; er forderte zur Ausdauer auf und schloß mit der Erklärung, daß er und seine Genossen mit den Heldensöhnen Wiens stehen und fallen würden — eine Er-

klärung, deren Aufrichtigkeit sein Verfahren in der Gefangenschaft erwies, welches seinen Tod unter der Herrschaft der Militärgewalt zur Folge hatte.

Während der Nacht des 23sten auf den 24sten ergab sich ein weiterer Nachtheil der Wiener Bevölkerung, dem Heere gegenüber. Der General Bem hatte Vorbereitungen zu einem Ausfall bei Nußdorf getroffen; indeß der Erfolg desselben ward durch Verrätherei unmöglich gemacht, und ein Hauptmann der Nationalgarde am 24sten deßhalb dem Kriegsgericht überliefert. Es war natürlich, daß die Führer der Armee, welche die abgerissenen Fäden der früheren Polizeiverwaltung leicht wieder anknüpfen konnten, zahlreiche Einverständnisse mit der Hauptstadt unterhielten; daß ferner ohnedem eine nicht unbedeutende Partei, sobald es möglich war, dieselben ebenfalls anknüpfte, und daß endlich eine große Stadt sich nicht wie ein Heerlager bewachen ließ. Es mußte ebenfalls erwartet werden, daß ähnliche Vorfälle die Vertheidigungsmaßregeln während des Kampfes lähmen mußten. — Auch hinsichtlich der Verproviantirung war die Hauptstadt nicht im Stande, einen langen Kampf auszuhalten. Es sollte zwar Mehl auf 3 Monate, Wein und Bier ebenfalls in genügender Menge für eine solche Zeit vorhanden sein; allein eine Stadt wie Wien, mit einer zum Theil an Luxus gewöhnten Bevölkerung, vermag sich nicht lange durch eigene Kraft zu schützen, sobald die nothwendigen Folgen einer Belagerung in der Entbehrung gewöhnlicher Behaglichkeiten eintreten. Es herrschte bereits am 23sten einiger Mangel an Milch, Fleisch, Eiern u. dgl.; die Gasthäuser waren zwar noch auf viele Tage mit Lebensmitteln versehen, allein der Speisenverkauf außerhalb derselben hatte aufgehört.

Am 24sten und 25sten dauerten die Feindseligkeiten beinahe ununterbrochen fort, und die Bevölkerung der Hauptstadt erhielt ohnedem weitere Gewißheit über dasjenige, was ihr von der Militärgewalt bevorstand. Am 24sten hörte man von 3 Uhr Nachmittags bis zum Abend fortwährend

Kanonendonner, und die Vorpostengefechte an den Nußdorfer-, Tabor- und Marrerlinien dauerten ununterbrochen fort. In den Vorstädten ward beständig alarmirt und Sturm geläutet. Am Abend röthete sich der Himmel; Häuser waren bereits in Folge der Feindseligkeiten entzündet; am 28sten mehrten sich die Feuersbrünste; Bem, welcher am Tage die Errichtung der Barrikaden in der Leopoldstadt geleitet hatte, machte am Abend einen Ausfall mit der polnischen Legion nach der Brigittenau, mußte aber der Uebermacht der gegen ihn entsendeten Truppen weichen.

Das wichtigste Ereigniß jener Tage bestand in den Kundgebungen des Fürsten Windischgrätz, woraus die Absicht erhellte, Wien bis zum Aeußersten zu treiben, damit man später nach der Ueberwältigung des Widerstandes beliebig mit diesem Herd der Staatsveränderung verfahren könne. Auf die Zuschrift des Ministers Kraus an den Fürsten langte folgender mündliche Bericht durch denselben an, der schon andeutete, daß derselbe sich auf keinerlei Art von Unterhandlungen einlassen werde: „Er, Fürst Windischgrätz, versage dem hohen Reichstage nicht die Anerkennung, welche Se. Maj. demselben gezollt hatte; er erkenne den Reichstag aber bloß als legislativen, nicht als exekutiven Körper an. In dieser Beziehung wolle er einzig und allein mit dem Gemeinderath verhandeln, dem er somit bedeute, daß, wenn die Stadt binnen 24 Stunden sich nicht unbedingt übergebe, er zum Aeußersten zu schreiten entschlossen sei. Er müsse es übrigens schmerzlich bedauern, daß Minister Kraus, von der herrschenden Faktion in Wien dominirt, eine solche Zuschrift an ihn richten konnte.“ Diese Erklärung wurde näher durch eine Proklamation des Fürsten erläutert, welche nicht allein die Ergebung binnen 24 Stunden, die Entwaffnung, Schließung der Aula, der Clubs und Stellung von Geiseln (Alles dies damals eine Unmöglichkeit für die in Wien bestehenden Behörden), sondern auch die Unterdrückung aller Zeitungen, bis auf eine amtliche, forderte, und sogar eine willkürliche Proscription wegen poli-

tischer Meinungen in Aussicht stellte — Forderungen, über welche selbst diejenigen empört waren, die von der Bewegung sich fern gehalten hatten (die sogenannten Schwarzgelben). Die Gemäßigten erkannten, diese Bedingungen seien absichtlich darauf berechnet, jeden Weg der Versöhnung abzuschneiden, die Energie des Widerstandes herauszufordern und auch die Besonnensten wegzudrängen vom Boden der Verfassung und des Rechtes auf den Boden des Kampfes und der Gewalt. Die Proklamation ist folgende:

Im Verfolge des von mir in meiner ersten Proklamation vom 20. d. M. verkündeten Belagerungszustandes und Standrechtes für die Stadt Wien, die Vorstädte und nächste Umgebung habe ich befunden als fernere Bedingungen zu stellen: 1) Die Stadt Wien, die Vorstädte und die nächsten Umgebungen haben 48 Stunden nach Erhalt dieser Proklamation ihre Unterwerfung auszusprechen und legions- oder compagnieweise die Waffen an einem zu bestimmenden Ort an eine Commission abzuliefern, sowie alle nicht in der Natianalgarde eingereihten Individuen zu entwaffnen, mit Bezeichnung der Waffen, welche Privateigenthum sind. 2) Alle bewaffneten Corps und die Studentenlegion werden aufgelöst — die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und 12 Studenten als Geiseln gestellt. 3) Mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern. 4) Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der Wiener Zeitung, welche sich bloß auf officielle Mittheilungen zu beschränken hat. 5) Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthalts namhaft zu machen, die paßlosen zur alsogleichen Ausweisung anzuzeigen. 6) Alle Clubs bleiben während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen. 7) Ein jeder, der sich a) obigen Maßregeln entweder durch eigene That oder durch aufwieglerische Versuche bei andern widersetzt; — wer b) des Aufruhrs oder der Theilnahme an demselben überwiesen oder c) mit Waffen in der Hand ergriffen wird — verfällt der standrechtlichen Behandlung. Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Proklamation einzutreten, widrigenfalls ich mich gezwungen sehen werde, die allerenergischsten Maßregeln zu ergreifen, um die Stadt zur Unterwerfung zu zwingen.

Hauptquartier Hetzendorf am 23. Okt. 1848.

Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall.

Am 24. Okt. eröffnete der Präsident die Reichstagssitzung mit der Meldung, daß drei Deputirte vor der Stadt

gewaltsam gehindert würden, hereinzukommen. Er las eine Note vor, die das Präsidium deßhalb an den Fürsten Windischgrätz erlassen hatte. Alsdann eröffnete er der Versammlung, daß eine Kundmachung des Letzteren (die genannte Proklamation mit den Bedingungen) an den Gemeinderath und durch diesen an den Ausschuß gelangt sei; letzterer sei mit der Berathung hierüber beschäftigt, die Sitzung möge deßhalb, bis die Berathung geschlossen sei, ausgesetzt bleiben. Dies geschah. Gegen Abend wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Zuerst berichtete Schuselka über die erwähnte mündliche Antwort des Fürsten an den Minister Kraus und theilte dann das Manifest, „als ein merkwürdiges historisches Dokument“, wörtlich mit. Nach der Verlesung, unter ununterbrochenen Aeußerungen der höchsten Entrüstung, bemerkte Schuselka, daß die Geschichte der civilisirten Welt darüber das Urtheil fällen werde. Von dieser Proklamation seien sofort Abdrücke nach Olmütz gesendet worden mit der Frage: ob der dort sich befindliche Minister, mit dessen Contrasignatur das Manifest vom 16. Okt. versehen war, die in der Proklamation des Fürsten Windischgrätz enthaltenen Maßregeln für constitutionell halte? Zugleich erachte es der permanente Ausschuß für seine Pflicht, alle dem Reichstage zu Gebote stehenden moralischen Maßregeln, insbesondere die Erklärung der Ungesetzlichkeit der Proklamation, in Antrag zu bringen. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Proklamation in Widerspruch stehe mit dem kaiserl. Versprechen, die Errungenschaften nicht in Frage stellen und den Reichstag frei tagen lassen zu wollen. Ferner hob er hervor, daß die in der Proklamation enthaltenen Punkte nicht nur constitutionswidrig, sondern geradezu inhuman und barbarisch seien. Auf Grundlage dieser Umstände stellte die Majorität des permanenten Ausschusses den Antrag: die hohe Kammer wolle, in Berücksichtigung des Umstandes, daß das Manifest des Fürsten Windischgrätz vom 23. Okt. mit dem kaiser-

lichen Worte in Widerspruch stehe, beschließen, daß dieselbe nicht nur ungesetzlich, sondern ebenso feindlich sei gegen die Rechte des Volks, wie gegen die des constitutionellen Throns. Neben diesem Antrag der Majorität ward auch der Antrag der Minorität mitgetheilt, welcher dahin ging, diesen Gegenstand durch Hinweisung auf den gestrigen Reichstagsbeschluß, worin die Versetzung Wiens in Belagerungszustand als ungesetzlich erklärt ward, zu erledigen. Borrosch glaubte nämlich, die Proklamation mit Hinblick auf die barbarische, dem menschlichen Gefühl hohnsprechende, unter civilisirten Personen unausführbare Forderung der Auslieferung beliebig zu bezeichnender Personen als eine bloße Schreckrakete betrachten zu müssen. Die überwiegende Mehrheit war anderer Meinung. Nach einer längeren lebhaften Debatte wurde der bezeichnete Antrag der Majorität des permanenten Ausschusses in Anwesenheit von 194 Mitgliedern zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Auch der Gemeinderath erließ (am 25sten) einen Protest gegen die Forderungen des Fürsten, übrigens in gemäßigter Sprache. Es ward dem Feldmarschall bemerkt, daß es nur Sr. Maj. zustehe, gegen die Beschlüsse des Reichstags sich zu erklären; so lange dies nicht geschehe, werde der Gemeinderath den Reichstag, welcher ohnedem bei Gelegenheit der Steuerfrage als ein gesetzgebender Körper anerkannt sei, als über jede Behörde gestellt betrachten und nur die von ihm vorgezeichneten Wege verfolgen. Diese seien aber nur die friedlichsten, während auf Grund der Bedingungen des Fürsten Windischgrätz kein Friede hergestellt werden könne. Weiterhin hieß es: „Eure Durchlaucht verweisen auf die Anarchie, welche in den Mauern Wiens herrsche. Hierauf kann der Gemeinderath nur wiederholt erwidern, daß die gegenwärtigen Zustände der Stadt nicht mehr eine Folge des 6. Okt., sondern nur durch jene feindlichen Truppenbewegungen hervorgerufen worden sind, welche seit jenem Tage die Stadt beunruhigen. Er hat diese Sachlage in der mitfolgenden Adresse an Se.

Maj. den Kaiser auf das Ausführlichste entwickelt. Nicht eine kleine Faktion beherrscht Wien. Die Bevölkerung ist einig in dem Bestreben, Freiheit und Ordnung zu erhalten, einig in dem Verlangen, durch die Kraft constitutioneller Maßregeln zu einem friedlichen Zustande zurückzukehren. Aber eben so allgemein ist auch das verletzte Gefühl, welches die in Aussicht gestellten gewaltsamen Maßregeln Eurer Durchlaucht hervorgerufen haben, und weit entfernt davon, Ordnung zu stiften, haben sie nur dazu beigetragen, die bisherigen Fragen in den Hintergrund zu drängen, die Freiheit selbst als bedroht darstellen und eine Einigkeit des Willens hervorzubringen, welche bisher in dem Maße kaum je hervorgetreten ist. Der Gemeinderath geht unerschütterlich den Weg der constitutionellen Ordnung, er will mit allen übrigen Bürgern ebenso Aufrechthaltung des constitutionellen Thrones, als Wahrung der Rechte des Volkes. Er wiederholt es: nur durch den Reichstag können mit gesetzlicher Gültigkeit Maßregeln getroffen werden, welche der Stadt den ersehnten Frieden zurückgeben sollen."

War auch die Hoffnung einer Ausgleichung so gut wie abgeschnitten, so handelte es sich wenigstens um die Erlangung solcher Bedingungen, unter denen eine zuletzt als erfolglos von allen Einsichtigeren erkannte Vertheidigung aufgegeben werden konnte. Somit wurden noch immer Versuche angestellt, um eine Unterhandlung anzuknüpfen. Kraus hatte am 25sten eine Einladung erhalten, sich in das Lager des Fürsten zu begeben, und war derselben gefolgt; Pillersdorf war ebenfalls, jedoch ohne einen besondern Auftrag des permanenten Ausschusses oder des Gemeinderathes zu dem Zweck in das Lager abgegangen. Während nun unter fortwährenden wirklichen Feindseligkeiten noch einige Schritte geschahen, um wenigstens das Aeußerste, die Geltung einer unbedingten Militärherrschaft und damit den Beginn der Reaktion wo möglich zu verhindern, kamen zwei Dokumente an, wovon das erstere die gänzliche Erfolglosigkeit der Vermittlung der Reichscommissäre durch

deren Schwäche darlegen mußte, * und das andere durch die Verlegung des Reichstags von Wien, sowohl den festen Entschluß des Kaisers, die Hauptstadt unter eine militärische Regierung zu setzen, wie die Beabsichtigung eines andern Systemes, dem Reichstag gegenüber, andeutete. Letzterer ward nämlich nach Kremsier, einer mittlern Stadt in Mähren, verlegt, welche als Bischofssitz die Lokalitäten zu einer größeren Versammlung darbot, und dadurch der Einwirkung einer von der freisinnigen deutschen Partei geleiteten Bevölkerung entzogen, während ihm zugleich das Ansehen und der Einfluß benommen wurde, welcher von seinem Sitze in einer großen Stadt und dem bisherigen Mittelpunkte der Monarchie abhängig war. Wessenberg, welcher das militärische Verfahren zwar einleiten, aber an der Durchführung desselben keinen Antheil nehmen wollte, wie seine baldige Dimission erwies, hatte den Erlaß unterzeichnet. Derselbe lautete:

Ich habe die Ehre dem Herrn Präsidenten des Reichstages beiliegenden Erlaß Sr. k. k. Maj. mit dem Ersuchen zu übersenden, davon alsobald die hohe Reichsversammlung in Kenntniß zu setzen, und mir den Empfang bescheinigen zu wollen. Für den Fall aber, als der Reichstag seine Sitzungen unterbrochen haben sollte, wäre der Beschluß Sr. k. k. Maj. mittelst öffentlicher Kundmachung den Mitgliedern der Reichsversammlung zur Kenntniß zu bringen.

Olmütz, den 22. Oktober 1848.

Der Ministerpräsident Wessenberg m. p.

Wir Ferdinand der Erste, constitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn rc. rc. Die Unserem Herzen so

* Dieselbe lautete: Hohes Reichstagspräsidium! Wir haben die Ehre gehabt, diesen Morgen Ihr, vermittelst Couriers an uns übersandtes Schreiben zu empfangen. So wie schon vorher in dem Lager des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz haben wir auch hier gleich gestern nach unserer Ankunft bei dem Minister Wessenberg und heute bei Sr. kaiserl. Majestät für eine unblutige und möglichst versöhnende und milde Beendigung der bestehenden Zerwürfnisse zu wirken gesucht. Wir werden in dieser Bemühung fortfahren und sobald es uns möglich sein wird, nach Wien kommen. Olmütz, den 24. Oktober 1848.

Hochachtungsvoll verharrend die Reichscommissäre.

C. Welcker. Mosle.

schmerzlichen Ereignisse in der Hauptstadt der Monarchie und die Fortdauer des anarchischen Zustandes daselbst haben Uns zur Wahrung des Thrones und des Glückes Unserer Völker in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die offene Empörung durch die Gewalt der Waffen zu unterdrücken wie Wir dieses in Unseren Manifesten vom 16. und 19. Oktober l. J. Unseren Völkern verkündigt haben. Bei dem gestörten Zustande der gesetzlichen Ordnung in der Hauptstadt und bei dem bevorstehenden Eintritte militärischer Maßregeln ist es für den Reichstag unmöglich geworden, daselbst seine Berathungen fortzusetzen. Wir finden uns daher bewogen, anzuordnen, daß der Reichstag seine Sitzungen in Wien alsobald unterbreche, und Wir berufen denselben auf den 15. November nach der Stadt Kremsier, wo er in der Lage sein wird, sich ungestört und ununterbrochen seiner großen Aufgabe der Ausarbeitung einer den Interessen Unserer Staaten entsprechenden Verfassung ausschließlich widmen zu können. Es werden demnach alle zum constituirenden Reichstage erwählten Volksvertreter aufgefordert, sich bis zum 15. November in der Stadt Kremsier zuverlässig einzufinden, um daselbst die unterbrochenen Berathungen in Beziehung auf die Verfassung fortzusetzen und solche mit Beseitigung aller Nebenrücksichten in Bälde einem gedeihlichen Ende zu zu führen. Wir versehen Uns, daß alle zum constituirenden Reichstage gewählten Vertreter des Volkes, ihren Pflichten gegen das Vaterland eingedenk, sich angelegen sein lassen werden, pünktlich zur oben bestimmten Zeit an dem bezeichneten zeitweiligen Sitze des Reichstages zu erscheinen, und sich daselbst ungesäumt mit der baldigen Lösung der ihm gewordenen großen Aufgabe ernstlich zu beschäftigen. Olmütz, den 22. Oktober 1848.

Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Alle diese Verhältnisse wurden dem Reichstag in der Abendsitzung des 25sten dargelegt. Schuselka berichtete: Pillersdorf habe sich zu einer confidentiellen Unterredung mit dem Fürsten Windischgrätz angeboten, um denselben über die Lage in Wien, insbesondere über die herrschende Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufzuklären, seine Absichten zu erforschen und Friedensmaßregeln einzuleiten. Alsdann trat Pillersdorf auf, um den Erfolg seiner Bemühung zu berichten. Er sagte: Ich habe mich vorgestellt als einen Mann, der aus eigenem Antrieb das Geschäft unternommen hat. Meine Aufgabe war, die Sachlage darzustellen und einen Weg der Verständigung anzubahnen. Der Fürst glaubte,

es herrsche hier keine Ordnung, kein Gesetz. Ich widerlegte dies und sagte, daß die Ordnungsliebe bewunderns würdig hier bestehe, sowie die Treue für die Dynastie, daß man gegen die Mörder Latours empört sei, und daß man nie gegen das Militär feindlich gesinnt war, daß man bloß wegen der Selbstvertheidigung die feste Stellung angenommen habe. Ich wies auf das Manifest vom 19ten hin, wo der Kaiser die Handlungsweise des Reichstags billige. Der Fürst wendete mir Manches ein, z. B.: daß feindselige Akte gegen die Garnison geschehen seien. Ich sagte, daß gerade seine Maßregeln eine Störung der Ruhe und Ordnung bewirken könnten. Ich zeigte ihm die Verantwortlichkeit, die für ihn daraus entspringen würde. Der Fürst erwiderte, daß der Belagerungszustand nur ein vorübergehender sein werde, und daß er Bürgschaft für die Sicherheit verlange. Ich meinte, daß die Garantien dafür schon in seiner Hand lägen, wenn er in der Stadt wäre. Die Proklamation des Fürsten, sagte ich, sei die Aufhebung aller Errungenschaften, welche die Völker nie mehr geneigt sein könnten, aufzugeben. Der Fürst bemerkte, daß der Reichstag keine Exekutivbehörde sei, und daß er deßwegen sich auch nicht an den Reichstag gewendet habe. Ich sagte, daß der Reichstag sich bemühte, die Exekutivgewalt zu schützen, im Augenblick, wo sie gebrochen sei. Denn seit drei Wochen sei der Reichstag das einzige Organ, auf welches sich alle Provinzen stützen. Darum liege es dem Reichstag ob, alle Gefahren von Wien abzuwenden, denn wenn hier das kaiserliche Wort nicht geachtet werde, dann sei Bürgerkrieg die Folge. Ich lud nochmals die ganze Verantwortlichkeit auf ihn, und forderte ihn auf, nicht derlei Maßregeln in Anwendung zu bringen. Wie immer die Würfel fallen mögen, kann immer nur eine große Kluft entstehen. Der Fürst erklärte, daß er geneigt wäre, mit einer Commission des Reichstags zu unterhandeln; ich glaube selbst, daß er es sogar wünscht. Ich habe die Sperre der Communikation berührt und die alltäglichen

blutigen Conflikte besprochen. Der Fürst erklärte, daß die Feindseligkeiten von der andern Seite ausgegangen seien, und er müßte Repressalien nehmen. Was die Zufuhr der Lebensmittel betrifft, so erklärte er, daß das eine nothwendige Folge des Belagerungszustandes sei, und daß es sein Abkommen haben werde, wenn fruchtbringende Unterhandlungen werden stattgefunden haben. Nachdem Pillersdorf so seinen Bericht beendet hatte, dessen Schluß auf mildere Bedingungen hoffen ließ, gab Schuselka Mittheilungen über den Erfolg der Unterhandlungen des Ministers Kraus und über die andern erwähnten Vorfälle. Er berichtete: Gestern Abend machte der Minister Kraus die Mittheilung, daß er eingeladen worden sei, sich zum Fürsten Windischgrätz zu begeben. Der Minister Kraus erklärte, daß er bloß dann Folge leisten würde, wenn ein Reichstagsabgeordneter ihn begleitete. Er ging also mit dem Abgeordneten Brestl. Der Fürst erklärte, er sei bereit, eine Deputation zu empfangen, um zu unterhandeln, daß er aber auf allen gestellten Forderungen bestehe, daß er Bürgschaft für die Erfüllung derselben verlange. Nur das Eine modificirte er, daß er die Personen nennen werde, die er verlange. Was das Schreiben der Reichscommissäre von Frankfurt betraf, so berichtete weiterhin Schuselka, daß sie beim Kaiser und Minister für eine unblutige Lösung zu wirken bemüht seien, und daß sie so bald als möglich nach Wien kommen würden. * Schließlich sei auch von Wessenberg eine Depesche angelangt, mit einem kaiserlichen, von Sr. Maj. unterzeichneten und von Wessenberg contrasignirten Erlasse, datirt 22. Okt. 1848, worin im Hinblick auf den Umstand, daß die versammelten Volksvertreter unter den bevorstehenden militärischen Maßregeln nicht dürften ruhig tagen können, der Reichstag bis zum 15. Nov. vertagt und nach Kremsier berufen werde. Nachdem der Berichterstatter im Namen des permanenten Ausschusses die Bedeutung und die Con=

* Letzteres haben die Reichscommissäre nicht für gut befunden.

stitutionswidrigkeit einer solchen Vertagung und Verlegung des Reichstags auseinandergesetzt, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß die Realisirung einer solchen, von übelwollenden Räthen dem Kaiser vorgeschlagenen Maßregel nicht nur Wien, sondern die ganze Monarchie zu Grunde richten, das politische, sociale und geistige Leben der Völker stören müßte, trug er den Antrag des permanenten Ausschusses vor, der dahin ging, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in welcher derselbe eines Bessern belehrt und zur Zurücknahme des bezeichneten Erlasses veranlaßt werden solle. Der von Umlauft verfaßte Entwurf dieser Adresse diente der Berathung des permanenten Ausschusses zur Grundlage und wurde dem Hause in der vom Ausschuß beantragten Form durch jenen Abgeordneten unter wiederholten Beifallsbezeigungen verlesen. Borrosch unterstützte den Antrag, indem er darauf hinwies, daß der Reichstag als constituirender, autonomer Körper sich weder vertagen noch verlegen lassen könne und dürfe. Er deutete auf die Folgerung einer solchen Vertagung oder Verlegung hin, weil der Reichstag im Schlepptau der Hofpartei von einem Ort zum andern zu wandern genöthigt werden könnte. Zum Schluß forderte er, der Reichstag möge nun durch die That den Dank beweisen, den Wien verdient durch die Erringung der Freiheit für die Völker Oesterreichs. Nachdem noch andere Redner über diesen Gegenstand gesprochen hatten, ward der Antrag des Ausschusses zur Abstimmung gebracht und die Adresse in der vorgeschlagenen Fassung mit wenigen Abänderungen angenommen. Zum Schluß der Sitzung wurden die Abgeordneten Pillersdorf, Potozky, Fischer und Prato mit der Ueberbringung der Adresse beauftragt. Auf Potozky's Antrag ward dieselbe auch dem Fürsten Windischgrätz mitgetheilt, mit der Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten bis zur Rückkehr der Deputation.

Während dem waren die militärischen Vorbereitungen für den Kampf in vollem Gange. Messenhauser traf die

Verfügungen hinsichtlich der Organisirung; Bem sollte die Operationen im Ganzen leiten. Beide hatten besondere Hauptquartiere, ersterer in der Stallburg, letzterer im Belvedere. Als Feldadjutant wurde Fenneberg bezeichnet, früher in österreichischem Militärdienst, dann als Journalist noch vor dem März 1848 bekannt. Der Belagerungszustand wurde für die Stadt vom 25sten 9 Uhr Abends an erklärt. Diese Maßregel ward aber dahin erläutert, daß alle Civilbehörden mit ungeschmälertem Wirkungskreise bestehen würden, indem dieselbe sich allein auf die Bewaffnung und Vertheidigung erstrecken sollte. Beim Alarmschlag sollten alle Nationalgardisten ohne Unterschied unter das Gewehr treten; diejenigen, welche nicht sogleich erschienen, sollten aus ihren Wohnungen abgeholt werden. Sogleich eintretende Verhaftung und Ablieferung an das Kriegsgericht ward für diejenigen bestimmt, welche den erhaltenen Befehlen nicht alsbald Folge leisteten, Entmuthigung verbreiteten u. s. w.; im Nothfall ward den Commandanten ein summarisches Verfahren in solchen Fällen gestattet. Tag und Nacht sollten Waffenfähige bei dem Barrikadenbau, bei den Befestigungen an den Linien und am äußersten Walle beschäftigt werden. Ein Fünftel aller Mannschaft sollte die Vorposten beziehen und ein zweites Fünftel auf Reserve stehen; die Uebrigen sollten durch Alarmschlag zusammenberufen werden. Die Vorstädte wurden in 8 Rayons eingetheilt und unter die Leitung besonderer Commandanten (unter dem Namen Vertheidigungsleiter) gestellt; eine Militärpolizei ward unter der Leitung von Fenneberg organisirt; ein Techniker wurde als Ersatzmann des Offiziers bei je 2 Kanonen eingesetzt u. s. w. Bei dem erwarteten allgemeinen Angriff sollte die große Glocke des Stephansthurms als Zeichen geläutet werden, daß mit aller Kraftäußerung und Hingebung gestritten werden müsse. Die Ausgebung der Munition ward geregelt, indem dieselbe vom Hauptquartiere Messenhausers ausging u. s. w.

Der Centralausschuß der demokratischen Vereine ver-

anlaßte die Bildung von zwei Freicorps, nachdem er die Ermächtigung von Messenhauser erhalten hatte. In eines derselben (Corps d'élite), unter dem Befehl eines Zeitungsredakteurs (Hauk, Redakteur der Constitution), traten fast alle Literaten Wiens ein, worunter mehre Fremde, auch die beiden Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung Robert Blum und Julius Fröbel. Die Organisirung dieses Corps hatte solchen Fortgang, daß schon am 26sten 6 Compagnien kampfgerüstet waren. Dieses Corps sollte nur für den Dienst in der innern Stadt bestimmt sein, um dort die Ordnung zu erhalten und die allgemeine Bewaffnung zu überwachen. Indeß wurde diese Bestimmung später nicht mehr beachtet; als der entscheidende Kampf begonnen hatte, wurde es entweder auf Verlangen eines großen Theiles seiner Mitglieder, oder weil es an bewaffneter Mannschaft im Augenblick fehlte, gerade auf die gefährlichsten Punkte der Vorstädte zur Vertheidigung derselben geschickt. Wenige sollen unverwundet davon gekommen und eine große Zahl Todter zurückgeblieben sein. Als Messenhauser oder Bem das Freicorps so verwenden ließ, hat er wahrscheinlich die verhängnißvollen Folgen nicht geahnt; der Umstand, daß Robert Blum auf der Barrikade gewesen war, bildete nach seiner Verhaftung eine Veranlassung seines Todes.

Der demokratische Centralausschuß hatte nach Schütte an jenem Tage in geheimer Sitzung die Ausführung eines Planes beschlossen, welcher bei der Lage der Stadt und der Stimmung der übrigen Theile der Monarchie keinen andern Erfolg, als die Erschwerung des Unglücks von Wien hätte haben können. Wie Schütte berichtet, wurde die Einsetzung einer provisorischen Exekutivgewalt in einer Sitzung bestimmt, an welcher auch die Frankfurter Abgeordneten Theil nahmen. Diese Exekutivgewalt sollte sowohl in rein demokratischer Zusammensetzung, wie auch in einer solchen bestehen, daß die Nationalitätseifersucht dadurch beseitigt würde, indem für einen jeden Theil der Monarchie ein besonderes Mitglied

ernannt werden sollte; ebenfalls sollte einer der Frankfurter Abgeordneten daran Theil haben. Man wollte eine zu dem Zweck verfaßte Proklamation * einer großen Volksversammlung vorlegen, die darin enthaltenen Bestimmungen dort als Ausdruck des Volkswillens durchsetzen, und als solchen in den Reichstag bringen, an dessen Beitritt man nicht ge-

* Diese Proklamation war nach Schütte folgende: „In Anbetracht, daß auch ein verantwortliches Ministerium faktisch nicht mehr existirt, weil alle Minister mit der Ausnahme eines Einzigen ihren Posten verlassen oder niedergelegt haben; — in Anbetracht, daß weder Reichstag, noch sonst eine Behörde Energie genug zeigte, eine wirkliche Exekutivgewalt zu bilden, oder selbst zu übernehmen; — in Anbetracht, daß die Fortdauer dieses Zustandes nur Anarchie in der Hauptstadt, und blutigen Bürgerkrieg unter ihren Mauern hervorgerufen wird; — endlich in Berücksichtigung des schon angebrochenen Nationalitätenkampfes in Ungarn, welcher eine Zersplitterung der Monarchie zu ihrer nothwendigen Folge haben, oder einen der blutigsten Kriege bedingen wird: — wird der Reichstag hiermit durch das Volk von Wien, welches im Interesse seiner Freiheit, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt und im Interesse der wankenden Dynastie, die Initiative zu ergreifen sich gedrungen fühlt, ernstlich aufgefordert: zur augenblicklichen Bildung einer Exekutivgewalt für die Gesammtmonarchie zu schreiten, und zu diesem Zwecke aus jeder früher selbst ständisch vertretenen Provinz einen Mann, der das Vertrauen des Volkes besitzt, in dieselbe zu wählen, und zu gleicher Zeit um unser Verhältniß mit Deutschland von vorn herein sicher zu stellen, ein Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung dieser Exekutivgewalt, als Repräsentanten Deutschlands beizugeben. — Die Männer, welche das Volk von Wien dafür geeignet hält, sind folgende: Schuselka für Unterösterreich, Berger für Oberösterreich, Appellationsrath Wittreich für Steyermark, Dr. Kulitz für Kärnthen, Graf Anton Alex. Auersperg für Krain, Borrosch für Böhmen, Giskra für Mähren; Borkowsky für Gallizien, Kossuth für Ungarn ꝛc. ꝛc. Die Stellung dieser Exekutivgewalt zum Throne und zum Reichstage ist die eines verantwortlichen Ministeriums, was dann natürlich aus ihrem Schooße hervorgehen wird. Nur bei einer Vertretung aller Provinzen des Kaiserstaates kann der Nationalitätenkampf und die Zersplitterung des Staates vermieden, nur durch eine kräftige, wirklich freisinnige (demokratische) Regierung die Ruhe hergestellt, Anarchie vermieden, und die constitutionellen Freiheiten gesichert und entwickelt werden. Die in Wien anwesenden Mitglieder dieser Exekutivgewalt treten gleich als provisorische Regierung in Aktivität, und das Volk gesellt ihnen durch Wahl pr. Acclamation ein Mitglied eines der demokratischen Clubs von Wien bei.“

zweifelt hatte. Letzterer aber hätte schwerlich stattgefunden; wahrscheinlich wäre die ohnedem zusammengeschmolzene Versammlung in dem Falle beschlußunfähig geworden. Die Kämpfe der nächsten Tage verhinderten jedoch die Ausführung dieser Beschlüsse, indem eine Versammlung des Centralausschusses nicht wieder stattfand und die Zusammenberufung einer Volksversammlung unmöglich wurde.

Am 26sten schien das Militär keinen Angriff zu beabsichtigen, der Kampf indeß begann von Seiten der Stadt und hörte erst gegen Abend auf. Die Truppen nahmen bereits einzelne Punkte; eine Menge Häuser ward von ihnen nach der Einnahme oder während des Kampfes entzündet, und am Abend war der Himmel von dem Wiederschein der Flammen geröthet. Croaten nahmen den Nordbahnhof und erstürmten, nach langem und heftigem Widerstande einer Compagnie der akademischen Legion, die Dampfmühle. Von der Brigittenau und der Taborlinie drang das Militär gleichfalls vor, besetzte den Augarten und führte Artillerie auf den Eisenbahndamm, von wo die erste Barrikade ununterbrochen beschossen wurde, ein Feuer, welches die Städter lebhaft erwiderten. Auf einer andern Seite war das Vordringen der Truppen erfolglos; die Matzleinsdorfer Linie ward von Artillerie beschossen, welche eine große Verwüstung anrichtete; allein die dort aufgestellten Mobil- und Nationalgarden waren nicht zum Weichen zu bringen. * Am 27sten drangen die Truppen nicht weiter

* Ein Bericht des General Bem vom 27sten gab das Resultat des Kampfes in folgender Weise, ohne Beschönigung der Verluste: Am 26sten gegen 9 Uhr früh machten die kaiserlichen Truppen beinahe zu gleicher Zeit im Augarten, Praterstern, Franzens- und Sophienbrücke den Angriff, später in Erdberg und Nußdorf. Ihr Feuer war äußerst heftig, wurde aber von den Unsern eben so lebhaft erwidert. Das Resultat des Angriffes war, daß die kaiserlichen Truppen den Augarten, den Nordbahnhof und die Dampfmühle besetzten. Die Sophienbrücke zu nehmen, war ihnen trotz aller Anstrengungen unmöglich, denn dort stand zwar nur 1 Compagnie des 3. Bat. Mobilgarde Oberst Wutschel, 1 Abtheilung Brünner und Landstraßer Nationalgarde und 1 Kanone, eben diese wehrte den Feind auf das Heldenmüthigste ab, nach 2 Stunden

vor; die Städter machten vergebliche Versuche, die Dampfmühle wieder zu gewinnen; das Feuern wurde gegen dieselbe zuletzt eingestellt, da man den Kampf ohne Erfolg führte, und da bereits Mangel an Munition fühlbar wurde. In letzterer Hinsicht erließ Messenhauser in einem Tagsbefehl eine Mahnung an alle Commandanten, alles Plänklen und Kanoniren zu verhindern, „da die Summe der Munition nicht auf gleicher Höhe mit der des Feindes stehe"; der Verwaltungsrath der Nationalgarde forderte ferner alle Sachverständigen auf, welche die Verfertigung von Schießpulver verständen, sich zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Tagsbefehl untersagte sogar das Plänkeln und Schießen, „in Anbetracht der wenigen Munition", unter Todesstrafe. — Der 27ste war im Vergleich mit dem 26sten und 28sten ein Tag der Ruhe; beide Theile bereiteten sich auf den entscheidenden Kampf des nächsten Tages vor. Am Abend erlangte man Gewißheit, daß der Fürst den Hauptangriff auf den 29. Okt. festgesetzt habe, durch das Auffangen einer Depesche des Banus an den Befehlshaber der Truppen im Prater.

Die Erbitterung des Volkes ward am 26sten durch den Anblick der zahlreichen Feuersbrünste in der Art geschürt, daß vielleicht kein anderer Umstand jener folgenreichen Tage so sehr darauf hingewirkt hat, die überlieferte Anhänglichkeit an das Kaiserhaus bei der Bevölkerung der Hauptstadt zu untergraben, sowie überhaupt eine gewaltsame Zerstörung des Eigenthums meist einen tiefern Ein-

erst kam die 2. und 3. Compagnie desselben Bataillons zur Ablösung und hielt eben so tapfer Stand; nachdem die eine Kanone durch eine ganze Batterie demontirt war, wurde die Brücke durch Kleingewehrfeuer vertheidigt. — Bald stand das nebenanliegende Holzlager, das Haus und Garten in Flammen, die Zuckerraffinerie, das Forsthaus und mehre reiche Holzlager an andern Seiten wurden erbarmungslos von den kais. Truppen den Flammen preisgegeben. Wien hätte mit seinen Vorstädten ein Raub der Flammen werden können, wenn der Wind halbwegs ungünstig gewesen wäre. Die Sophienbrücke wurde von den Unsern theilweise zerstört. General Bem.

druck zu hinterlassen pflegt, wie Gewaltthätigkeiten gegen einzelne Personen. Alle Berichte von Augenzeugen stimmen darin überein, daß man überall laute Verwünschungen gegen dasselbe vernahm; die Wuth der Volksmasse ward durch den Anblick in solcher Weise gesteigert, daß sie die Burg niederzubrennen und die Habsburgischen Leichen aus den Grüften zu reißen drohte. Der permanente Ausschuß übrigens traf Maßregeln, um diese planlose und barbarische Zerstörung zu verhindern, wodurch sie auch unterblieben ist. Im Uebrigen aber konnten die gesetzlichen Behörden den Gewaltthätigkeiten nicht gänzlich steuern, die jedoch nicht gegen das Eigenthum, sondern nur gegen Personen gerichtet waren. So wurden Verschiedene als sogenannte Schwarzgelbe bedroht, und am 26sten ward z. B. im Gemeinderath über beabsichtigte Gewaltthätigkeiten der Art von Mobilgarden Beschwerde geführt; am 27sten durchzogen Volkshaufen die Straßen, welche einen jeden Unbewaffneten, der ihnen begegnete, zum Freiwilligen preßten. Auch erwies eine Kundmachung des permanenten Ausschusses am 26sten, daß die Gereiztheit des Volkes zu einer unwürdigen Behandlung von Parlamentären verleitet hatte; der Ausschuß sah sich zu einer ernsten Mahnung gegen eine solche Verletzung des Völkerrechts veranlaßt. *

Am 26sten hielt der Reichstag keine Sitzung, weil der permanente Ausschuß der Versammlung nichts von Bedeutung hinsichtlich der Sachlage mitzutheilen hatte, und weil der Ernst des Augenblicks die Einhaltung der gewöhn-

* Die Kundmachung lautete: Dem unterfertigten Reichstagsausschusse ist die betrübende Nachricht zugekommen, daß ein am gestrigen Tage aus dem militärischen Lager in die Stadt gelangter „Parlamentär" von einzelnen Personen unwürdig behandelt worden sei. Die hochherzige Bevölkerung Wiens wird aufgefordert, sich solcher Thätlichkeiten auf das Strengste zu enthalten, da die Person von Friedensvermittlern (Parlamentärs) unter dem Schutze des Völkerrechtes steht, und demnach unverletzlich und geheiligt ist. Vom Reichstagsausschusse.

Franz Schuselka, Obmann.
F. Dr Vibulich, Schriftführer.

lichen Tagesordnung, während der Kampf vor der Stadt fortdauerte, nicht gestatten konnte, ebenso wie die Reichstagssitzung während der blutigen Entscheidung unterbrochen werden mußte. Dagegen hielt der Gemeinderath eine Sitzung, von jetzt an die einzige Behörde, die der Fürst Windischgrätz, nach dem Manifest des Kaisers über Verlegung des Reichstags nach Kremsier, als gesetzmäßig anerkannte, und von welcher er Deputationen annahm. Am Vormittage wurde dort beschlossen, eine Deputation ins Lager abzusenden, um Erläuterungen über die erlassene Proklamation entgegenzunehmen. Am Abend erstattete dieselbe Bericht. Der Fürst führte zwar eine mildere Sprache wie früher und erließ auch in dieser Weise eine Proklamation an die Bewohner Wiens, ging aber von seinen Bedingungen nicht ab, erklärte, daß er nach der Vertagung des Reichstags nur noch mit dem Gemeinderath unterhandeln könne, und sprach den Wunsch aus, daß sich einige Mitglieder desselben am nächsten Tage zu ihm begeben möchten, um Erläuterungen über seine Proklamation vom 23sten entgegenzunehmen. Der Gemeinderath machte den Erfolg dieser nutzlosen Unterhandlung nebst der Proklamation bekannt; *

* Die Bekanntmachung ist folgende: Vom Gemeinderathe der Stadt Wien. Nachdem dem Gemeinderathe die Eröffnung gemacht wurde, der Fürst Windischgrätz beabsichtigte in Bezug auf seine Proklamation, dem Gemeinderathe Erläuterungen zu geben, so wurde zu diesem Behufe eine Deputation an den gedachten Fürsten abgesendet. — Der Gemeinderath ging von der Voraussetzung aus, daß diese Erläuterungen jedenfalls eine Abänderung der bekannten Proklamation zum Zwecke haben, und die Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung darbieten dürften. Allein dies war nicht der Fall. Diese Deputation erhielt nur die Mittheilung, daß Fürst Windischgrätz zu dem Punkte 3 seiner Proklamation bereits eine Erläuterung abgesendet, und jene Personen namentlich bezeichnet habe, deren Auslieferung er verlange. Als weitere Erläuterung aber, bezeichne er die nachfolgende Kundmachung:

An die Bewohner Wiens. Es ist mir der Antrag gestellt worden, eine friedliche Vermittlung mit der Stadt einzugehen und mit meinen Truppen nach Wien einzurücken, um die von mir vorgeschriebenen Bedingungen selbst in Ausführung zu bringen. Ich appellire an den

auf eine weitere Unterhandlung mit dem Fürsten ging er aber nicht ein. In der Nacht berief er dagegen die Mitglieder des Obercommando's, des Verwaltungsrathes, der akademischen Legion und des Studentenausschusses zu einer

Rechtlichkeitssinn eines gewiß großen Theiles der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einziehen könne, in eine Stadt, die nach Aussage Aller von bewaffneten Uebelgesinnten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen? Ich frage, ob diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungescheut nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinten, im Stande wären, denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit Waffen in der Hand die ganze Stadt terrorisiren? Es ist meine Pflicht, den guten Theil der Bewohner Wiens von dem in Kenntniß zu setzen, was seit der kurzen Zeit meines Erscheinens und vor demselben geschehen ist, da diese Vorfälle gewiß auf das Höchste entstellt werden. Seit mehren Tagen finden stete Angriffe auf meine Truppen statt, die den Befehl haben, nur im dringendsten Falle dieselben zu erwidern, was denn auch bereits an mehren Orten geschehen ist. Die Partei, welche für die Urheber jener unerhörten Schandthat, die an dem Kriegsminister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangen wurde, von Seiner Majestät Amnestie begehrte, die die Entfernung der Truppen, welche so schändlich angegriffen wurden, verlangte, einen Antrag auf Verbannung mehrer Glieder des kaiserlichen Hauses stellte, noch vor kurzem gegen die mir von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Vollmachten protestirte und meine ganze Sendung als ungesetzlich erklärte, — diese Partei schickt Friedensboten zu mir, um mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen. Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewaltmaßregeln; es erfüllt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt der Monarchie feindlich auftreten zu müssen; doch ich frage nochmals die rechtlich gesinnten Bewohner derselben: ist Vermittlung in der mir angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich?

Hauptquartier Hetzendorf am 25 Oktober 1848.

Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall.

Es ist der Deputation durchaus nicht bekannt gegeben worden, von wem die bezeichneten Friedensvorschläge ausgegangen sind, — von wem der Fürst zum Einzuge mit seinen Truppen eingeladen worden sei. Der Gemeinderath, aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangen, hat sich nicht berechtiget gehalten, irgend eine Bedingung zu stellen. — Auf alle seine Fragen wurde ihm nur die bestimmteste Erklärung: daß Fürst Windischgrätz von seinen Forderungen nicht abgehe. —

Berathung, ob die Vertheidigung fortgeführt werden oder Unterwerfung eintreten solle. Jenen Bedingungen konnte sich Wien, ohne durch den Erfolg dazu gezwungen zu sein, nicht unterwerfen; der Beschluß der Berathung fiel somit auf weitere Vertheidigung aus. Es wurde der Gemeinderath aufgefordert, den Fürsten Windischgrätz durch eine Deputation in Kenntniß zu setzen, daß man sich den von ihm gestellten Bedingungen nicht unterwerfen könne, allein jener ging darauf nicht ein, weil er demselben schon am Morgen dies eröffnet habe. Er erhielt hierauf folgende Zuschrift des Fürsten, welche dessen Forderung über die auszuliefernden Personen näher bestimmte:

Im Nachhange zum Punkte 3 meiner Proklamation vom 23ten Oktober habe ich für nothwendig befunden, folgende Individuen zur Auslieferung zu bestimmen: 1) Den angeblichen polnischen Emissär Bem, der sich ganz unberufen in die Wiener Angelegenheiten mischt. 2) Den gewesenen Unterstaatssekretär im ungarischen Ministerium Pulszky. 3) Den Dr. Schütte, und 4) Die Mörder des Kriegsministers Grafen Latour. Zu gleicher Zeit stelle ich alle Aerarial- und Privatgebäude und Eigenthum unter den Schutz des Gemeinderathes, und mache denselben für allen Schaden, der durch Plünderung und sonstige Angriffe im Innern der Stadt an demselben verübt werden sollte, auf das Strengste verantwortlich. Hauptquartier Hetzendorf, am 26. Okt. 1848.

Alfred Windischgrätz m. p. Feldmarschall.

Diese Forderungen waren sowohl aus moralischen Rücksichten, wie auch faktisch unausführbar für die damaligen Behörden der Stadt. Es ließ sich begreifen, daß der Fürst die Auslieferung des General Bem wegen dessen Gefährlichkeit für das österreichische Heer, und die von Pulszky, als ungarischem Staatssekretär, verlangte, allein Schütte war der Bewegung und überhaupt dem Treiben der Demokraten gänzlich fremd gewesen, und die Mörder Latours waren wenigstens nicht sogleich ausfindig zu machen, weil die verwirrte Lage unmittelbar nach dem 6. Okt. und dann die fortdauernde Ungewißheit, welche jede andere Angelegenheit, als die des Augenblicks, außer Augen setzen ließ, den Beginn einer gerichtlichen Untersuchung verhindert

hatten. — Als der Reichstag am 27sten wieder zusammentrat, gab sich dort die Stimmung der Stadt in einer lebhaft erregten Sitzung kund, worin nur Entrüstung laut wurde, obgleich die meisten Reichstagsmitglieder, oder bereits Alle, die Hoffnung auf den Sieg aufgegeben haben mochten. Schuselka eröffnete die Sitzung mit dem Bericht des permanenten Ausschusses. Er wies auf die Bedeutung der Lage hin, daß jetzt der Entscheidungskampf zwischen Vergangenheit und Zukunft der Monarchie geführt werde, daß das Bewußtsein, für die Freiheit zu kämpfen, ein Gedanke sei, groß genug, selbst eine Niederlage zu ertragen, daß die Flammen, welche die Nächte erhellten, sprechendere Berichte in die Provinzen sendeten, als der Reichstag es vermöge. Er berichtete sodann von einem Schreiben Wessenbergs an Kraus, worin ersterer seine Ueberzeugung aussprach, daß lediglich fremde Elemente in Wien die Gährung erhielten, daß Se. Maj. die väterlichsten Absichten hege (laute Entrüstung), daß er selbst mit der lebhaftesten Theilnahme an Wien hänge (Zeichen allgemeinen Abscheues), daß Fürst Windischgrätz gewiß mit aller Milde verfahren werde (Heiterkeit), und daß er Schritte thun wolle, den unterbrochenen Postverkehr baldigst zu regeln. Alsdann erwähnte Schuselka einen Plan, der Reichstag möge die Offiziere der Armee auffordern, nicht gegen Wien zu kämpfen, worauf die Versammlung bei ihrer ganzen Stellung nicht eingehen konnte, hinsichtlich dessen die Zurückweisung aber sonderbar lautete; er sagte: Ein hier lebender Offizier ist der Meinung, die meisten Offiziere der Armee wären gewiß bereit, wenn sie dazu aufgefordert würden, ihr Wort dahin abzugeben, daß sie die constitutionellen Freiheiten nicht antasten wollen. So sehr der Ausschuß dieser Versicherung freudig Glauben schenken möchte, könne von ihm eine solche Aufforderung nicht ausgehen, es müsse dies, den Disciplinarvorschriften gemäß, von den Offizieren selbst, nach eingeholter Erlaubniß des Obercommandanten, veranlaßt werden. — Der permanente

Ausschuß, fuhr Schuselka fort, habe von einem beunruhigenden Gerücht Kunde bekommen, als wolle das Volk, im Angesicht der in Brand gesteckten Häuser, die kaiserliche Burg in Flammen aufgehen lassen. Es seien auf dieses Gerücht hin vom Ausschuß sogleich Vorkehrungen getroffen worden, nun aber keinerlei Versuch mehr zu fürchten. Er las dann die Proklamation des Fürsten Windischgrätz vom 25. Oktober vor und erklärte im Namen des Ausschusses vor allem Andern öffentlich und feierlich, daß schon der erste Satz dieser Proklamation eine Unwahrheit sei, da jenes Gespräch, welches Pillersdorf mit dem Commandirenden geführt, ausdrücklich mit der Erklärung eingeleitet worden sei, daß der ehrenw. Abgeordnete lediglich als Mensch und Bürger dieser unglücklichen Stadt um eine solche Unterredung angesucht habe. Wenn der Fürst ferner von einem unmöglichen Antrage, der ihm gemacht worden, sprach, so habe dieser „Antrag" vom Gemeinderath einfach dahin gelautet: Der Fürst müsse, um seine Bedingungen zu erfüllen, erst in die Stadt eingezogen sein. Wenn endlich der Fürst den Reichstag, der als solcher noch am 19ten und 22sten von Sr. Maj. anerkannt wurde, eine „Partei" nenne, wenn er diese Partei verantwortlich machen wolle für einen Antrag auf Verbannung mehrer Glieder der kaiserlichen Familie, welcher in diesem Hause niemals gestellt worden sei, so halte es der Ausschuß, in Anbetracht dessen, daß der Fürst in constitutionellen Formen völlig unwissend zu sein scheine, der Würde des Reichstags angemessen, diese Proklamation einfach ad acta zu legen. Ferner erwähnte Schuselka die Forderung hinsichtlich der Auslieferung, und fügte hinzu: Schließlich mache der Fürst noch den Gemeinderath für alle Staatsgebäude verantwortlich, als wenn dieser den Flammen überall wehren und ihnen gebieten könnte, bloß Privatgebäude zu zerstören. Den Ereignissen gegenüber erscheine dies wie bittere Ironie.

Mittlerweile hatte das Verfahren gegen Wien in der

ganzen Monarchie Beängstigung der freisinnigen Parteien, ohne Unterschied der Nationalität, hervorgerufen, weil man voraussehen mußte, daß ganz andere Bestrebungen, wie sie bisher auch auf der rechten Seite des Reichstags laut geworden waren, mit der Unterwerfung der Hauptstadt durch Waffengewalt hervortreten würden. Die Böhmen besonders erkannten endlich die Rückwirkung jenes Ereignisses auf ihre eigenen Verhältnisse, an deren Einleitung und Beförderung sie mehr mitgewirkt hatten, als irgend ein anderes Volk der Monarchie. Die Ernennung des Fürsten Windischgrätz mit unbedingter Vollmacht und besonders dessen Manifest an die Wiener, veranlaßte in Prag eine so aufgeregte Stimmung, daß die Eifersucht und der Streit der Nationalitäten gänzlich aufhörte. Zuerst erließen die meisten böhmischen Deputirten, die sich damals in Prag aufhielten, eine Aufforderung an zwei ihrer Collegen (Palazky und Pinkas), welche in Olmütz waren, bei dem Kaiser und dem Ministerium Schritte zu thun; die hauptsächlichsten Forderungen des Fürsten wurden von den Deputirten als inconstitutionell, unbestimmt und so gestellt bezeichnet, daß sie mehr geeignet seien, den Kampf erbitterter zu machen und auch anderweitig beunruhigende Bewegungen hervorzurufen, als die erstrebte Beruhigung Wiens zu erzielen. Auch forderten sie ihre Collegen in Olmütz auf, dahin mit aller Energie zu wirken, daß die Nationalgarde nach vorgenommener kriegsgebräuchlicher Entwaffnung sogleich wieder bewaffnet und überhaupt keine Maßregeln ergriffen würden, die nicht unausweichlich nothwendig oder den constitutionellen Prinzipien zuwider seien. Je mehr die Entscheidung für Wien herannahte, wurde die Stimmung in Prag beunruhigter, und zuletzt verband sich sogar die Slowanska Lipa mit dem Verein der deutschen Partei, um Schritte zur Milderung des Schicksals der Hauptstadt beim Kaiser zu thun. Am 28sten sandten beide zu dem Zweck eine Deputation nach Olmütz, der sich auch Abgeordnete des städtischen Collegiums, den Bürgermeister an der Spitze,

anschlossen. Dieselbe überbrachte eine Adresse, worin es hieß: „Allgemeine Bestürzung, ja Entrüstung bemächtigte sich aller Gemüther, ohne Unterschied der Nationalität, bei der Bekanntwerdung der Proklamation des k. k. Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz, d. d. Hetzendorf, 23. Okt. 1848, weil darin Jedermann den auffallendsten Widerspruch mit den manifestirten Gesinnungen Ew. Maj. unseres constitutionellen Kaisers und Königs erkennt. Mit voller Ueberzeugung sprechen wir es aus, daß auf diesem Wege der rücksichtslosen Strenge nur das Verderben der Haupt- und Residenzstadt Wien, nimmermehr aber die Pacifikation derselben erreicht werden kann. Soll eine Bevölkerung von 400,000 Menschen einem namenlosen Elend preisgegeben werden? Nein, das kann Ferdinand der Gütige nicht wollen! An Ihn wenden wir uns mit der vollen Zuversicht, daß die äußersten, zur Verzweiflung führenden Maßregeln nicht in Anwendung gebracht werden, bevor nicht alle Mittel erschöpft sind, die zu einer friedlichen Lösung führen können. Wir bitten daher als Ausdruck der allgemeinen Stimmung um die allerhöchste Verfügung: Es mögen von Ew. Maj. bevollmächtigte Männer des allseitigen Vertrauens dieses hochwichtige Friedenswerk ungesäumt beginnen und auf constitutionellem Wege zum Wohle des Gesammtstaats vollenden." Von Prag aus wurde ferner der Versuch gemacht, eine allgemeine Agitation für Wien auf dem Lande hervorzurufen. Der dortige deutsche Verein erließ einen Aufruf an alle übrigen in Böhmen, „es nicht dulden zu wollen, daß Wien einer schrankenlosen Militärherrschaft überantwortet werde." Die städtischen Behörden wollten durch eine Proklamation alle Gemeinden Böhmens, sowie auch alle Provinzen auffordern, ihrem Proteste beizutreten und für Wien zu interveniren — ein Schritt, der einige Zeit früher durch den Einfluß der Böhmen auf die Slaven von Erfolg hätte sein können, jetzt aber zu spät kam. Der Empfang der Prager Deputation mußte den Böhmen beweisen, daß die Zeit des Einflusses auch für ihre Leiter vorbei sei. Die

Deputation mußte zwei Tage lang auf ihren Empfang in Olmütz warten, und auch da noch mußte sie lange auf der Treppe und in der Vorhalle harren, bis der Kaiser erschien und folgende Erklärung ablas: „Der zur Leitung der militärischen Maßregeln gegen Wien beauftragte Commandirende hat nichts versäumt, um die Anwendung trauriger Zwangsmittel zu vermeiden. Erst nach wiederholtem Zögern wurde zu dem Aeußersten geschritten, und Ich hoffe, daß der ausnahmsweise Zustand, in welchen Wien getreten, vorübergehen und die Besorgnisse, welche von der Prager Bevölkerung ausgehen, bald völlig beseitigt werden. Ich fühle mich nicht in der Lage, jetzt schon darüber einen bestimmten Ausspruch zu thun." Auch von andern Städten Böhmens langten Adressen, mit der Bitte um Schonung der Hauptstadt an, deren Ton erwies, daß die Gereiztheit heftig war.*

* Wir führen die Adresse des Centralvereins in Reichenbach an, weil sie auf die Gefahren der Reaktion hinweist: „Von dem Augenblick wo Wien fällt, und durch den Eintritt einer unbeugsamen Militärgewalt Wien in eine lautlose, von Angst und Schrecken betäubte Stadt umgewandelt wird, wie es das Beispiel Prags nach Aufhebung des Belagerungszustandes nachweist — mit dem Augenblick, wo ein Heer unzufriedener, verjagter, um Heimath und Erwerb gebrachter Arbeiter sich in alle Weltgegenden zerstreuen und den Samen der Zwietracht und Empörung in die entferntesten Provinzen tragen wird, mit dem Augenblicke, wo unter dem Vorwand, daß dem Druck der Zeit jede Verpflichtung weichen muß, auch die heiligsten Verbindlichkeiten gelöst und Kredit und Handel auf Null reduzirt sein wird — mit dem Augenblick hört die freie Lebensthätigkeit in unsern betriebsamen Gegenden, deren Boden kaum das Nothdürftigste zu entringen ist, auf, und Empörung, rohe Gewalt und Gesetzlosigkeit nimmt ihren Anfang — die Wohlhabenheit Einzelner sinkt an den Bettelstab herab, und aus dem Stande der Arbeiter, die bis jetzt friedlich und genügsam ihr kümmerliches Leben fristeten, wird eine Horde Räuber und Mordbrenner. Ew. Majestät! noch ist es vielleicht Zeit durch ein Wort der Milde und Versöhnung den Frieden herzustellen, Thron und Dynastie zu retten, und von den schwierigen Provinzen den Gedanken fern zu halten, daß durch eine Lösung aller gesetzlichen Bande auch der Weg zum Himmel, dem einzigen Zufluchtsorte des gemeinen Mannes, abgeschnitten sei — sprechen Sie dieses einzige versöhnende Wort, gebieten Sie den Geschützen, welche auf Wiens Mauern gerichtet sind, Schweigen, wagen Sie noch

Die böhmische Presse führte während und nach der Belagerung noch einige Zeit eine ähnliche Sprache, indeß nach der Einnahme Wiens konnte die freisinnige Partei überall ihrer Ohnmacht, der Militärgewalt gegenüber, sich bewußt werden, und die Böhmen vor Allem mußten bereuen, daß ihre Parteistellung einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse und deren Folgen gehabt hatte.

Mittlerweile hatte auch die letzte Reichstagsdeputation, wobei der Minister Kraus sich befand, in Olmütz nicht den Erfolg, daß sie mildere Bedingungen oder eine Aufhebung des Beschlusses über die Vertagung und Verlegung des Reichstags erlangte. Am 26sten angekommen, erhielt sie am 27sten Audienz; der Kaiser ließ sich nicht auf eine Beschränkung der dem Fürsten Windischgrätz ertheilten Vollmacht ein; das Verlangen über Aufhebung der Vertagung wurde unbedingt zurückgewiesen; hinsichtlich der Bitte, den Reichstag in Wien zu lassen, ward eine unbestimmte Antwort gegeben, welche unter den bestehenden Verhältnissen nicht anders als für eine abschlägige gelten konnte, indem ein Beschluß hierüber von dem Schicksal Wiens abhängig gemacht wurde. * Die Hoffnungslosigkeit der Lage und vor Allem das Verlegungsdekret hatten übrigens eine Menge Abgeordneter auch aus Wien nach Olmütz gezogen, so daß der Reichstag in der Hauptstadt nicht mehr vollzählig sein konnte. Sogar Mitglieder der Linken waren angelangt. Die in Olmütz anwesenden Abgeordneten hielten häufige und nutzlose Privatconferenzen über die ganze Sachlage und vorzugsweise über die Verlegung nach Kremsier. Die Parteien waren in solcher Weise durch die früheren Verhältnisse ver-

einmal den Versuch der tobenden Menge durch ein Werk echter Großmuth statt durch Waffengewalt zu imponiren — setzen Sie nicht durch ein starres Festhalten an der Macht, die in Bajonetten liegt, das Höchste, das Heiligste, den Glauben an die Unantastbarkeit der Dynastie aufs Spiel."

* Der Kaiser werde diese Angelegenheit noch genauer erwägen; er hoffe die Ruhe in der Residenz bald hergestellt zu sehen, um daselbst den Reichstag ferner tagen zu lassen.

wirrt und durch die Ereignisse überwältigt, so daß kein Uebereinkommen über späteres Verfahren auch unter den Freisinnigen zu Stande kommen konnte.

Wien wurde von den übrigen Theilen der Monarchie, sogar von demjenigen preisgegeben, für dessen Sache es den Aufstand ausgeführt hatte, in Folge dessen es der Militärherrschaft überliefert wurde; ungeachtet aller Erregtheit im übrigen Lande brach auch keine Volksbewegung von eigentlicher Bedeutung während der Belagerung aus, die übrigens bei der damaligen Sachlage keinen Erfolg hätte haben können, da der Fall Wiens seit dem 19. Okt. unabwendbar geworden war. Nur in Brünn und Lemberg entstanden Unruhen, während man über den Ausgang des Kampfes sich in Ungewißheit befand. Eine Volksbewegung begann während der Nacht vom 29sten in den Vorstädten Brünns, die sich am nächsten Tage in die Stadt fortpflanzte; das Militär scheint nicht genügend gewesen zu sein, säuberte übrigens gegen Mittag die eigentliche Stadt von den Haufen der Tumultuirenden, während zugleich die Nationalgarde unter Waffen stand. Schon am Morgen ward eine telegraphische Depesche aus Olmütz bekannt gemacht: „die Stadt Brünn möge sich ruhig verhalten, weil zwischen Windischgrätz und Wien bereits vermittelt wird.“ Um Mittag verkündete hierauf der Militärcommandant eine Depesche über die Unterwerfung der Hauptstadt, welche das Militär mit lautem Zuruf, die Nationalgarde mit Schweigen aufnahm. Der Eindruck der Nachricht beendete die Bewegung. — Unruhen in Lemberg, unter dem Eindruck der Belagerung Wiens, am 1. Nov., waren lebhafter, mit Barrikadenkampf verbunden, und wurden durch militärisches Einschreiten unterdrückt; es scheint übrigens, daß Galizien sich damals nicht an einer Bewegung betheiligt haben würde, sogar wenn eine solche in der Provinzialhauptstadt gelungen wäre, da die Regierung sich auf die Bauern gegen den Adel noch immer verlassen konnte.

Wien war wenigstens in so weit durch Werke gesichert, daß die Vertheidigung in zusammenhängender und geregelter Weise geführt werden konnte. Ein Graben von geringer Tiefe und ein Erdwall, durch Mauerwerk unterstützt von 10 bis 12 Fuß Höhe, umgab im Halbkreis die Vorstädte am rechten Ufer des Donaukanals; an einigen niedrigeren Punkten waren Erdsäcke über dem Wall aufgehäuft. Eine ähnliche Befestigung fand sich an der andern Seite der Stadt. Alle Thore und alle Zugänge zu den Straßen waren mit Barrikaden verrammelt, von denen man mehre Tausende zählen mochte; die meisten derselben hatte man kunstgerecht und sehr fest aus Balken, gefällten Bäumen, Erdstücken und besonders aus dem Straßenpflaster angelegt. Dem Feinde war die Leopoldstadt, am linken Ufer des Kanals gelegen, am meisten ausgesetzt, da Befestigungen gegen den Prater und die Brigittenau hin nicht vorhanden waren; die Barrikaden waren deßhalb dort besonders sorgfältig und fest errichtet. Hier ließ sich ohnedem, sowie auf die Vorstadt Landstraße, ein Angriff der Truppen deßhalb erwarten, weil durch den Besitz derselben der Zugang eines etwaigen Entsatzes von Ungarn aus in die Stadt besser versperrt werden konnte. Auch wandte der General Bem seine besondere Aufmerksamkeit den Eingängen in die Leopoldstadt zu, und man sah ihn dort schon früh am 28sten zu Pferde. Benachtheiligt waren die Vertheidiger durch die große Ausdehnung der Befestigungen, durch welche eine gehörige Besetzung derselben, auch bei der großen Masse der Bewaffneten, unmöglich war, indem der ganze Umkreis der Vertheidigung mehre Meilen betrug, während die Angreifer den Vortheil hatten, sich mit überwiegender Macht auf einzelne werfen zu können, nachdem sie die Aufmerksamkeit der Belagerten zuerst auf andere Punkte gelenkt hatten. Ohnedem besaßen die letzteren, wie schon erwähnt, nicht die genügende Munition. Der einzige Tagsbefehl von Messenhauser, welcher am 28. Oktober erscheinen konnte, war zwar sonst in einer ermuthigenden Sprache verfaßt,

deutete aber an, daß auch genügendes Geschütz sich nicht vorfinde. *

Um 9 Uhr ward Sturm geläutet und Alarm geschlagen; Alles eilte zu den Waffen und besetzte die Barrikaden und andern Werke. Bald darauf begann eine Kanonade der feindlichen Batterien gegen die Vorstädte; von der Höhe des Stephanthurmes sah man sämmtliche Linien mit einem doppelten Ringe von Pulverdampf umgeben. Gegen 12 Uhr geschahen die besonderen Hauptangriffe. Aus der Waldung des Praters drangen Colonnen, von einer Batterie unterstützt, auf die erste Doppelbarrikade am Ausgang der Jägerzeile, welche schwach besetzt, von den Vertheidigern nach einem geringen Widerstande aufgegeben ward und den Angreifern jetzt den Vortheil gewährte, daß sie hinter dem Steinwalle ihre Artillerie vortheilhaft decken konnten, um auf die zweite Barrikade zu feuern. An dieser entbrannte der heftigste und einer der ruhmvollsten Kämpfe der Wiener Bevölkerung. Vier volle Stunden wurde hier ohne Unterbrechung gefochten; nach der Einnahme der ersten Barrikade rückten größere Haufen der Vertheidiger an diesen Punkt, worunter das Corps d'élite unter Hauk und das demokratische Freicorps unter Dr. Chaises. Bem leitete hier die Vertheidigung in eigener Person und mit der Todesverachtung, die er sowohl 1831, wie später in Ungarn erwiesen hat. Ungeachtet eines furchtbaren Kartätschenfeuers, dessen Schüsse sich beinahe von Sekunde auf Sekunde folgten, blieben die Vertheidiger unerschrocken hinter den Barrikaden. ** Dreimal drang eine Sturmkolonne vor, um

* Es hieß darin: Ich habe gestern die Außenwerke von der Erdberger Linie bis zur Mariahilfer Linie in Augenschein genommen. — Es ist Großes in so kurzer Zeit noch geleistet worden Die Besatzungen in Mariahilf, Gumpendorf, Hundsthurm, Wieden sind zahlreich, gut postirt und von einem herrlichen Geiste beseelt. Der Gloggnitzer Bahnhof ist eine Festung. Leider kann ich den Wünschen nach Geschütz auf noch mehrere Punkte nicht entsprechen. Man muß sich mit der Muskete und dem Bajonnete vertheidigen.

** Dr. Schütte beschreibt den Kampf auf diesem Punkte, wahr-

dieselbe in der Front zu nehmen, und wurde jedesmal mit ungemeinem Verlust zurückgeschlagen. Endlich war diese Stellung unhaltbar geworden, weil dieselbe umgangen und von den umliegenden Häusern aus durch das eingedrungene Militär beschossen wurde. Der Rückzug war unvermeidlich und mehre Kanonen gingen dabei verloren. Ebenso tapfer

scheinlich als Theilnehmer, in folgender Weise: „Der Kanonendonner war hier ein so furchtbarer und anhaltender, wie man ihn kaum in großen Schlachten hören konnte, das Gekrach des Kleingewehrfeuers, das Läuten der Sturmglocken, das Wirbeln der Trommeln, die einzelnen Trompetenstöße, das Geschrei der Streitenden, und das Jammern der Frauen und Kinder, welche sich aus den am heftigsten beschossenen Häusern in entferntere retteten, das Prasseln der zerschmetterten Gebäude und das Geklirre der zertrümmerten Fensterscheiben — alles dieses wiederhallte schauervoll und gräßlich in dem Donner des Geschützes! — der Pulverdampf schwebte in so dicken Wolken, daß sich die feindlich gegenüberstehenden Kämpfer manchesmal kaum erblickten. Fast jede Sekunde durchsausten Granaten und Kartätschen die Luft, und die Erschütterung der Luft war so ungeheuer, daß selbst in der innern Stadt die Fenster klirrten und die Häuser bebten. Hauptsächlich war das Feuer gegen die Barrikade gerichtet, welche den Angreifern ein so großes Hinderniß entgegen setzte, dabei bestrichen aber die Kugeln die Jägerzeile der ganzen Länge nach. — Die Munition wurde ungeachtet des fortwährenden Kampfes sehr gespart, bis zu dem Augenblicke, wo die Stürmenden an der rechten Seite der Straße durch die Biegung der Häuserlinie einigermaßen geschützt, vorzudringen suchten. Alle Versuche, die Barrikade in der Fronte anzugreifen, mißlangen: dreimal drangen die Grenadiere und Jäger vor, und dreimal wurden sie zurückgeschlagen. Auch in den Nebenstraßen wüthete der Kampf mit größter Heftigkeit fort. Die Barrikaden an den Eingängen der Fuhrmanns- und Stadtgutgasse wurden gleichfalls mit Granaten und Kartätschen bestrichen. — Ueber 4 Stunden dauerte bereits der Kampf an der großen Barrikade, auf welcher die deutsche und ungarische Fahne aufgepflanzt war, und auf beiden Seiten war schon viel Blut vergossen worden — und noch immer wankten die Vertheidiger nicht, mit beispiellosem Muthe hatten sie dem verheerenden Geschützfeuer getrotzt! — Doch plötzlich wurden sie von den kaiserlichen Truppen, darunter die Croaten, welche durch die Landstraße und Franzensallee hereingebrochen waren, im Rücken angegriffen. Das Militär war durch die Seitengasse in die Häuser gedrungen, und feuerte aus den Fenstern auf die untenstehenden Garden, welche um sich nicht ganz aufzureiben, gezwungen waren, die Barrikaden zu verlassen.

hatte sich eine andere Barrikade in der benachbarten Fuhrmannsgasse gehalten; dieselbe mußte mit jener größeren aufgegeben werden, und der Rückzug der Vertheidiger, sowie die Flucht der Bewohner der Leopoldstadt würde allgemein; letztere bot alle Schrecknisse einer wehrlosen und verzweifelnden Volksmasse in einer erstürmten Stadt, während die Flammen an verschiedenen Punkten aufloderten.* Die Umgehung der erwähnten festen Punkte und dadurch der Verlust der Leopoldstadt war durch die Einnahme der Vorstadt Landstraße bedingt. Dieser Stadttheil, als Sitz der Bureaukratie bezeichnet, hatte ungenügende Besatzung der Vertheidigungswerke; eine Menge der dortigen Nationalgardisten hatte sich versteckt oder in die Stadt geflüchtet; die meisten Vertheidiger waren aus andern Vorstädten oder Proletarier. Der Angriff geschah hier eben so nachdrücklich, wie in der Leopoldstadt, von 7 Bataillonen Grenzer und 3 Batterien; der Widerstand war aber, ungeachtet aller Hartnäckigkeit an einzelnen Barrikaden, aus dem angegebenen Grunde, nicht so ausdauernd wie in jener Vorstadt. Die Barrikade an der Hauptstraße wurde beim ersten Angriff erstürmt, und an einem andern Punkte war eine lange Vertheidigung ohnedem unmöglich, weil die dortige Befestigung durch Artillerie bald zerstört ward. Die kaiserlichen Truppen unter General Zeisberg waren die ersten der Armee, welche hier in die Vorstädte eindrangen. Mit der Erstürmung mehrer Barrikaden wurde auf der Hauptstraße vorgerückt, während zugleich die Truppen die Nebenstraßen eroberten, um von dort aus den Barrikaden in den Rücken zu kommen, so daß die Haltung derselben, bei ohnedem schwacher Besatzung, je mehr der Feind vorrückte, unmöglicher wurde; dennoch dauerte der Kampf auch hier bis gegen 4 Uhr. Nachdem die Vorstadt Landstraße

* Schon während des Kampfes hatte sich eine unsägliche Angst aller Bewohner der Leopoldstadt bemächtigt, schaarenweise mit Sack und Pack beladen, eilten sie in die innere Stadt, heulten und jammerten während des Weges, daß es jedes Menschengefühl ergreifen mußte. (Schütte).

eingenommen war, marschirten von dort 5 Bataillone Grenzer durch die Weißgerbergasse in die Leopoldstadt, deren Behauptung dadurch für die in den Flanken und im Rücken genommenen Vertheidiger der Hauptbarrikade unmöglich wurde.

Während so das Heer zwei der wichtigsten Stadttheile eroberte, wurde an andern mit demselben Erfolge, bei gleichem hartnäckigen Widerstand der Vertheidiger, wie in der Leopoldstadt, gekämpft. Die Truppen drangen auf den Linienwall der Matzleinsdorfer Linie. Der Gloggnitzer Bahnhof, das Belvedere und ein Theil der an den Linienwällen errichteten Barrikaden wurde nach tapferer Vertheidigung erstürmt, in welcher eine zur Aufopferung entschlossene Bevölkerung sich dem an Kriegsmitteln und andern militärischen Vortheilen überlegenen Heere erfolglos entgegenstellte. Am Gloggnitzer Bahnhof besonders unterlag die Besatzung, nach einem eben so ruhmvollen Widerstande, wie in der Leopoldstadt. Der drei bis vier Klafter hohe Damm wurde erst nach dreimaligem Sturm der Regimenter Latour und Nassau genommen. Die Wiener zogen sich in das Hauptgebäude zurück und hielten sich, als die Truppen andererseits schon den Linienwall bewältigt und das Belvedere besetzt hatten. Von dorther wurden endlich Brandraketen in das Gebäude geworfen, und Alles, was darin war, kam in den Flammen um, was heraus wollte, wurde niedergemacht. Der ganze ungeheure Complex der dortigen, zur Eisenbahn gehörigen, Gebäude war eine rauchende Ruine; die kostbaren Maschinen in der Fabrik, Alles war vernichtet. Die Offiziere selbst erzählten, daß die Soldaten unmenschlich wütheten — sie vermochten dieselben nicht mehr zurückzuhalten. Auf der Mariahilfer Linie ward nicht gestürmt; desto furchtbarer aber war die Zerstörung, welche die Artillerie dort anrichtete. Mehre Stunden lang dauerte die Verwüstung des Bombardements; eine Menge von Häusern ward hier ebenso entzündet, wie in denjenigen Vorstädten, wo gestürmt ward.

Nach der Einnahme der Leopoldstadt ward kein größerer Kampf mehr geführt, und mit Beginn der Dunkelheit hörte allmählig der Kanonendonner auf. Der Fürst Windischgrätz begnügte sich mit dem erlangten Erfolge, der in folgender Depesche, als Resultat, nach Olmütz meldete: „Die Truppen sind nach einem neunstündigen Barrikadenkampfe, der Disposition gemäß, in die Vorstädte Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeile eingedrungen, und haben dieselben bis an die Wälle der Stadt besetzt.“ Während so der Kampf schwieg, verbreitete sich Entsetzen durch ein anderes Schauspiel; ganz Wien war mit einem Feuermeer von brennenden Gebäuden umringt. Ganze Straßen standen in Flammen. Die Erbitterung der Verzweiflung ward allgemein, und der Eindruck jener Nacht hinterließ vielleicht ein tiefer gewurzeltes Gefühl, wie die Schrecken des Tages. *

* Schütte beschreibt die Nacht: Nachdem der Kanonendonner nur auf noch wenigen Punkten wiederhallte, nach und nach gänzlich unterblieb, war bereits Dunkelheit eingetreten und es zeigte sich als stille Fortsetzung des kriegerischen Schauspieles ein anderes Ereigniß, welches die ganze Bevölkerung der Stadt in Schrecken und namenloses Entsetzen brachte. — Fast rund um die Stadt sah man ein Feuer nach dem andern hervorleuchten. Der Thurmwächter von St. Stephan hatte auf 26 Punkten Feuersbrünste signalisirt. Zuerst wurden die äußersten Grenzen der Leopoldstadt heimgesucht, und zwar in der Brigitten- und Spitelau waren Häuser und große aufgeschichtete Brennholzhaufen von den Flammen ergriffen, das Odeon war — wie wir hörten — auf Befehl des General Frank angezündet worden, die ganze an der Praterseite liegende Häuserreihe in der Franzensallee, darunter die Zuckerraffinerie von Zinner, so wie einige der gegenüber stehenden Häuser loderten hoch in Flammen; deßgleichen die am linken Donauufer befindlichen Häuser und Zimmerplätze, inzwischen die beiden Gebäude der Mack'schen Zuckerraffinerie, das Schüttelbad bis zur Dampfmühle, an welcher nur 1 Wohngebäude verbrannte, die eigentliche Mühle aber verschont blieb. Am rechten Ufer des Donaukanals brannte noch die vor 2 Tagen angezündete Nothbrücke fort, so wie die Holzlegstätte; kaum 300 Schritte davon entfernt hatte auch unter den Weißgerbern 6 — 8 Häuser das Feuer ergriffen, welches sich in Unterbrechung einiger Häuser fortpflanzte bis zur Sophienkettenbrücke. Zwischen dieser Strecke brannten wenigsten 4 — 6000 Klafter Brennholz und mehre Häuser weg. Der Gasometer in Erdberg, mehre Gebäude bei der St. Marxerlinie, dann die Halle des Brucker

Die Geflüchteten aus den Vorstädten schürten weiterhin die Erbitterung durch die Darstellung der Gewaltthätigkeiten von Seiten der Truppen während des Kampfes gegen Personen und Eigenthum in denjenigen Häusern, aus denen gegen dieselben gekämpft wurde. Die Darstellung dieser Gewaltthätigkeiten gegen Personen jedes Alters und Geschlechts, der Plünderung, kurz alles desjenigen Verfahrens, welches in erstürmten Städten bei civilisirten Heeren leider noch immer gewöhnlich ist, wurde später als übertrieben, angegeben, indeß folgende Proklamation von Windischgrätz (am 27sten Abends erlassen und in Wien vor dem Kampfe nicht bekannt geworden) gibt schon allein genügende Bestätigung jener Gewaltthätigkeiten, ebenso wie sich daraus die angeblich geringe Zahl der Gefangenen erklären läßt:

An die Bewohner Wiens! Da die Frist, welche ich den Bewohnern der Stadt Wien zu ihrer Unterwerfung gegeben habe, sowie der ihnen auf ihr Ansuchen gewährte Verlängerungstermin erfolglos verstrichen sind, ja noch gestern auf meine Truppen gefeuert worden ist, so erübrigt mir nichts anderes, als jetzt die Ge-

Bahnhofes auf der Südbahn und einige kleine Gebäude daselbst standen ebenfalls in Flammen. Bei der Matzleinsdorferlinie waren gleichfalls 10–12 Häuser, so wie in Matzleinsdorf selbst mehre Gebäude, darunter das Baron Dittrich'sche, vom Feuer nicht verschont geblieben. Am Hundsthurm brannte beinahe die ganze Johannagasse, so wie mehre Häuser gegen das sogenannte Landgut, nebst noch mehren Häusern in Mariahilf. Grauenhaft und zugleich gräßlich schön war dieser Anblick. Ganz Wien schien in Feuer und Flammen eingehüllt zu sein. Das ganze Himmelsgewölbe war bald purpurroth, bald feurig gelb gefärbt, und die Intension des Feuers gab dem ganzen Horizont das Aussehen eines über die unglückliche Stadt gespannten Feuerzeltes, welches drohend über den Häuptern der Bewohner zu schweben schien. Unbeschreiblich war das Entsetzen der Zuschauer, welche haufenweise auf den öffentlichen Plätzen und Basteien sich sammelten, und die Ausbrüche ihrer Wuth gegen die Urheber solcher That freien Lauf ließen. — Daß es dabei an Flüchen, Verwünschungen gegen die Feldherren der kaiserlichen Truppen und gegen andere Häupter nicht fehlte, lag in der Natur der Dinge und des menschlichen Herzens. — „Die Liebe zum Kaiserhause, die Liebe zur Dynastie wird uns nicht allein aus dem Herzen gerissen, nein! sie wird uns aus dem Herzen gebrannt!“ — schrien viele der entsetzten Bewohner der Kaiserstadt.

walt der Waffen eintreten zu lassen. Diese soll aber nur die Uebelgesinnten treffen, welche durch ihre Umtriebe den dermaligen unheilvollen Zustand herbeigeführt haben; den ruhigen Bürgern bringe ich den Schutz eines gesetzlichen Zustandes wieder, nach dem sie sich selbst sehnen. Ich warne daher alle Gutgesinnten, daß sie sich von jenen nicht überreden lassen, an dem Widerstand gegen meine Truppen Theil zu nehmen, da **Niemand, der mit den Waffen in der Hand betreten wird, Schonung zu erwarten hat.** Ebenso warne ich alle Hausbesitzer, die Thore und Fenster während des Kampfes geschlossen zu halten und das Eindringen von Bewaffneten zu verhindern, **da in jedem Hause, aus welchem auf meine Truppen Schüsse fallen, Alles niedergemacht, das Haus selbst der Zerstörung preisgegeben wird.**(!) Der bessergesinnte, dem Treiben jener Partei abholde Theil der Bevölkerung Wiens möge ruhig und furchtlos bleiben, da ihnen mein kräftiger Schutz nicht fehlen wird, sobald ich die Gegner der Ordnung und Gesetzlichkeit in ihre Schranken gewiesen haben werde. Hauptquartier Hetzendorf am 27. Okt.

Fürst zu **Windischgrätz**, Feldmarschall.

Der 29ste, ein Sonntag, ging ohne Kampf vorüber; der Fürst Windischgrätz wartete die Folgen seines Sieges in der Stadt ab, deren weitere Vertheidigung aufgegeben werden mußte, im Fall nicht ein verzweifelter und dennoch hoffnungsloser Widerstand, wie in Saragossa, geliefert werden sollte — letzteres eine Unmöglichkeit für eine Stadt wie Wien, wo die verschiedensten Parteien in großer Zahl sich vorfanden, und die besitzende Klasse, oder die eigentliche Bürgerschaft, wie sehr sie sich auch am Kampfe des 28sten betheiligt haben mochte, dennoch von jener Leidenschaftlichkeit weit entfernt war, welche die Aufopferung des Besitzthums und des Lebens für einen politischen Zweck außer Augen setzt. Dagegen waren die bewaffneten Haufen der arbeitenden Volksklassen, welche nichts zu verlieren hatten, und die übergegangenen Truppen, die das Schlimmste bei der Uebergabe befürchten mußten, zu der Fortsetzung des Kampfes entschlossen. Während die Bürger am Abend des 28sten sich in ihre Wohnungen entmuthigt zurückzogen oder in Bezug auf die Uebergabe mit einander verkehrten, trafen jene auf den Basteien und übrigen Sammelplätzen Anstalten

zur Fortsetzung eines verzweifelten Kampfes. Sie bildeten neue Verschanzungen und Barrikaden, zogen die aus den Vorstädten geretteten Kanonen auf die Wälle u. s. w. Bis dahin hatten immer noch gesetzliche Behörden den Widerstand geleitet, an welchem alle Klassen der Bevölkerung sich mehr oder weniger betheiligten; sobald es sich um die Uebergabe handelte, drohte allmählig ein Zustand einzubrechen, in welchem das bewaffnete Proletariat die Oberhand erlangen und somit eine vollkommene Verwirrung mit den Gewaltthätigkeiten einer aufgeregten Volksmasse entstehen konnte.

Noch am Abend des 28sten hatte Messenhauser im Reichstagsausschusse und im Gemeinderath bestimmt erklärt, daß die Stadt keine Vertheidigungsmittel mehr besitze, um sich noch länger zu halten; er rieth zur Absendung einer Deputation an den Fürsten Windischgrätz, um wo möglich eine ehrenvolle Capitulation zu erlangen. Der Gemeinderath ging darauf ein; ein Kriegsrath, aus Führern aller bewaffneten Körper gebildet, erkannte ebenfalls die Unmöglichkeit einer erfolgreichen Vertheidigung an; am 29sten Morgens entschloß sich die Nationalgarde und die akademische Legion zur Niederlegung der Waffen, so daß ein Theil der Bedingungen des Fürsten Windischgrätz dadurch erfüllt war. Messenhauser machte die Beschlüsse des Gemeinderaths und des Kriegsraths der Bevölkerung bekannt, ermahnte zur Unterlassung der Feindseligkeiten und deutete die Ohnmacht der Stadt gegen den Feind an, ob er gleich die Unvermeidlichkeit einer Capitulation noch nicht bestimmt aussprach, * sondern nur erklärte, die Bewaffneten hätten sich

* Es hieß in der Proklamation: Mitbürger! Es ergeht jetzt auch an Euch durch mich die dringende Aufforderung, Gewissen und Vernunft zu erforschen, um sich die Fragen zu beantworten: Soll der Kampf um die constitutionelle Ehre bis zum Aeußersten fortgesetzt werden? Wird unsere Lage dadurch besser? Wird unsere Ehre durch das Erliegen gegen eine nun nicht mehr zu läugnende physische Uebermacht wahrhaft gebrandmarkt? Welches sind die Mittel, wodurch wir

Compagnieweise auszusprechen, ob sie die Vertheidigung der Stadt, nach Aufgebung der unhaltbaren Vorstädte, fortsetzen wollten. Der Gemeinderath sandte ferner eine Deputation an den Fürsten mit folgender Vollmacht: „Im Namen der akademischen Legion werde deren Auflösung verkündet; die Entwaffnung des gesammten Proletariats werde der Gemeinderath ehestens vollführen. Die Auslieferung der verlangten Geiseln könne aber nicht stattfinden, da dies allen Begriffen der Freiheit in civilisirten Staaten, und allem Völker- und Menschenrecht widerstrebe; man vermöge dies um so weniger, da General Bem kein polnischer Emissär sei, der sich unberufen in die Wiener Angelegenheiten mischte, sondern von den legalen Behörden der Stadt Wien zur Vertheidigung berufen wurde; Pulszky

dem letzten Angriffe des Feindes entgegentreten können? Mitbürger! Ihr dürft unsere Mittel nicht überschätzen, oder weil Ihr jetzt klar seht, daß unsere Mittel mit jenen des Gegners nicht die gleichen sind, von Verrath schreien... Es ist an Euch, zur Erkenntniß über Euer wahrhaftes Wollen zu kommen. Mit Redensarten schlägt man keinen Gegner. Thaten, an Barrikaden und Verschanzungen vollbracht, und mit der Muskete, nicht mit der Kanone durchgeführt, können allein das Obercommando belehren, welche reelle Widerstandskraft in der Bevölkerung ruht. Mitbürger! Sobald die Deputation mit der Antwort des Feldmarschalls zurückkehrt, wird es an Euch sein, Compagnie für Compagnie, in der kürzesten Zeitfrist die Erklärung abzugeben: was Ihr wollt! Ob Fortsetzung des Kampfes, wenn die Bedingnisse unabänderlich die bekannten sind, oder ob Unterwerfung. — Der Mehrheit wird sich das Obercommando anschließen... Mitbürger in den vom Feinde nicht besetzten Vorstädten! Eure Lage ist eine peinliche und gefahrvolle Ihr müßt aber die Verhaltungen, welche das Obercommando an Eure Befehlshaber theils gestern, theils heute hat ergeben lassen, nicht mißdeuten. Jeder Denkende muß einsehen, daß nach der Stellung, welche die k. k. Truppen am Ende des gestrigen Kampfes errungen haben, die Vorstadtbezirke nicht zu halten sind. Wer es besser verstehen will, der trete auf und übernehme die Ausführung. Ich habe also ganz und gar nicht die Weisung gegeben, die Waffen zu strecken. Ich habe gesagt, der Kampf kann jetzt nur noch in der innern Stadt, nach einem gewissen Plan und mit einer vernünftigen Anwendung der vorhandenen Mittel und Streitkräfte, stattfinden. Die Vorstädte kann und will ich in einem nutzlosen Einzelkampfe nicht aufopfern u. s. w.

habe schon seit 8 Tagen Wien verlassen, und Dr. Schütte habe sich nichts zu Schulden kommen lassen, wie dies ein Jeder wisse, welcher mit den Verhältnissen bekannt sei. Dr. Schütte habe sich jedoch im Gefühle seiner Unschuld dem Gemeinderath persönlich gestellt und sich als Geisel, wenn es das Wohl der Stadt erheische, angeboten. Die Mörder des Grafen Latour kenne man nicht, und es sei schwierig, dieselben zu finden. Die Entwaffnung der Garden könne der Gemeinderath nicht zusichern, und eben so unbillig wäre es, die Freiheit der Presse auf die aufgeforderte Weise zu beschränken." Die Deputation war aber eben so vergeblich wie alle andern; das einzige, was sie erlangte, bestand in einer Verlängerung der Waffenruhe bis 12 Uhr Nachts.

Die Behörden der Stadt wirkten zusammen, um die Uebergabe einzuleiten; der Gemeinderath theilte den geringen Erfolg sogleich dem permanenten Ausschuß und dem Obercommando mit; es wurde das Uebereinkommen getroffen, die bereits angekündigte Zusammenkunft von Abgeordneten aller Compagnien (Vertrauensmänner) am Nachmittag zu berufen, um über das fernere Verhalten einen Beschluß zu fassen. Die Berathung dieser Versammlung ward von Messenhauser eröffnet, welcher die Unmöglichkeit einer erfolgreichen Vertheidigung der innern Stadt bei dem Mangel an Munition und bei der Ueberlegenheit der Truppen in überzeugender Weise darlegte. Die Mehrzahl war von der Unmöglichkeit, die Stadt zu halten, überzeugt; nur einige Polen sprachen gegen Messenhauser, indem sie die Hoffnung auf das baldige Erscheinen eines ungarischen Heeres wieder anregten, auf den Ruhm einer Niederlage unter den Trümmern Wiens hinwiesen u. s. w. Letztere hatten natürlich kein Eigenthum, ebenso wie die aus den Arbeitern gebildete Mobilgarde, zu verlieren. Die Abgeordneten der letzteren sprachen und stimmten somit gegen die Uebergabe, während die der Nationalgarde beinahe sämmtlich für dieselbe sich aussprachen. Letztere erlangten die Stimmenmehr-

heit; * die Uebergabe war somit entschieden. Weiterhin drangen die Vorsteher des Handelsstandes und mehrer Innungen auf die Abschließung des Friedens beim Gemeinderath, der mit wenigen Ausnahmen ebenfalls dafür gestimmt war. Noch in der Nacht vom 29sten auf den 30sten begab sich alsdann eine Deputation des Gemeinderaths in das Lager, welche dort die schriftliche Erklärung gab, daß die Stadt sich unterwerfe und den Belagerungszustand annehme, so daß die Truppen am 30. Okt. einrücken würden. Der Fürst Windischgrätz verstand sich zur Einsetzung einer Commission, in welcher man hinsichtlich der Einzelnheiten der

* Schütte beschreibt diese Sitzung der Abgeordneten aller bewaffneten Corps: »Die Berathung und Stimmfassung fand im Vorsaale der Reichskammer statt. Dort hatte Messenhauser den versammelten Vertrauensmännern sämmtlicher National- und Mobilgarden, sowie der akademischen Legion eine Einleitungsrede gehalten. Er machte sie auf die unermeßliche Schwierigkeit der Vertheidigung der innern Stadt aufmerksam, wie es unmöglich sei, den gewaltigen Zerstörungsmitteln dieser an Zahl überlegenen Armee die Spitze zu bieten; dabei sei auch keine hinreichende Munition vorhanden, um den Angriffen wirksam begegnen zu können. Er verwirklichte seine Ansichten mit den schlagendsten Ueberzeugungsgründen und ging zugleich in alle strategischen Details ein. Die Mehrzahl der Versammelten war von der Wirkung der Rede Messenhausers so ergriffen, daß sie sich für die Uebergabe erklärte. Nur einige Polen versuchten den Eindruck der Rede Messenhausers zu schwächen, indem sie die größte Hoffnung auf das baldige Herannahen des ungarischen Heeres setzten und hierauf besonders aufmerksam machten, daß eine Uebergabe ohne Kampf schmählich — dagegen eine Niederlage auf den Trümmern Wiens ruhmvoll und heroisch wäre. Chaises sprach im Namen seines Corps für die Fortsetzung des Kampfes, setzte jedoch seine Privatäußerung hinzu, daß er persönlich für die Uebergabe stimme. Die Nationalgarden stimmten beinahe ganz für die Uebergabe, während die Mobilgarde das Gegentheil that. (Leicht begreiflich, was könnte ein Proletarier selbst im schlimmsten Falle opfern? — Nichts! als sein einziges Leben.) — Edel wäre diese Aufopferung zu nennen, wenn ein Sieg möglich; aber Tollheit wäre es unter den damals obwaltenden Umständen gewesen. Für einen friedlichen Ausgleich war also gestimmt! Messenhauser machte das Resultat der Abstimmung bekannt, und zwar mit Worten, die nur aus seiner innersten Ueberzeugung hervorgehen konnten — mit einer Aufrichtigkeit, die damals Gefahr des Lebens bedrohte.«

Ausführung näher übereinkommen sollte, so daß sich wenigstens keine solche Härte des Belagerungszustandes erwarten ließ, wie sie später unter der einseitigen Einführung der siegreichen Truppenführer eintrat.

Messenhauser erließ ferner eine Bekanntmachung, worin er das Ergebniß der Berathung verkündete und in besonnenen Worten die Capitulation, sowie seine eigene Handlungsweise, in Bezug auf dieselbe, rechtfertigte. Der Gemeinderath verkündete die Absendung der Deputation und zugleich ein Verfahren von seiner Seite, wodurch die Beruhigung der Arbeiterklasse versucht werden sollte, deren Widerstand gegen die Uebergabe man vorhersah. Den Arbeitern und mittellosen Gewerbsleuten, welche ihre Waffen abliefern würden, ward vom Tage der Ablieferung an bis zur Besserung der gewerblichen Verhältnisse die Auszahlung der bisher bezogenen Unterstützung zugesichert. Diese Bekanntmachungen konnten aber am 29sten nicht mehr allgemein verbreitet und angeschlagen werden, weil die Verhandlung der Abgeordneten aller bewaffneten Corps sich bis spät in den Abend verlängerte. Es sind folgende:

Mitbürger! Ich habe die Vertrauensmänner der Compagnien versammelt gehabt, ich habe mit ihnen gesprochen, ob ein Verzweiflungskampf stattfinden solle, oder die Unterwerfung unter die nun einmal nicht zu läugnende Uebermacht des Gegners. Der Verzweiflungskampf, um es mit der nackten Wahrheit des Soldaten zu sagen, hieße so viel als die Blüthe der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Schlachtbank führen. Jetzt, da es kein diplomatisches Geheimniß mehr ist, das ich mit bekümmertem Herzen in meiner Brust zu verschließen hatte, kann ich unsere Schwäche offen darlegen, nämlich: mit der angestrengtesten Thätigkeit, mit der Verschwendung von Geldmitteln haben wir nur so viel Munition erzeugen können, daß für 4 Stunden allgemeiner Vertheidigung Vorrath mehr da ist. Unter solchen Verhältnissen kann man es auf keinen Sturm ankommen lassen. Die Verantwortung vor Gott und Menschen wäre zu unerläßlich, ich kann sie nicht auf mein Gewissen nehmen. Mitbürger! vertrauet mir, als ehrlicher Mann habe ich bloß den Verhältnissen gemäß gestimmt. Es wird jetzt meine Angelegenheit sein, mit männlicher Offenheit mich an den Herrn Feldmarschall zu wenden,

und ihm beim Abschlusse der Convention den vollen Inhalt der Verheißungen Sr. Majestät zu Gemüth zu führen.

Messenhauser, prov. Obercommandant.

Mitbürger! Nachdem der Herr Obercommandant so eben dem Gemeinderathe die Nachricht überbracht hat, daß die stabile und mobile Nationalgarde, sowie die akademische Legion sich entschlossen habe, die Waffen niederzulegen, und in die vom Herrn Fürsten Windischgrätz gestellten Bedingungen sich zu fügen, ist sogleich eine aus Gemeinderäthen und Mitgliedern der gesammten Volkswehr bestehende Deputation zum Herrn Fürsten abgegangen, um ihm die betreffende Mittheilung zu machen. Alle jene Arbeiter, welche bewaffneten Corps oder der Mobilgarde eingereiht wurden, und bestimmte Bezüge bisher von der Commune empfangen haben, ebenso die unbemittelten Nationalgarden, welche ebenfalls von der Commune unterstützt wurden, erhalten nach Ablieferung der Waffen an die hiezu näher zu bestimmende Commission, von dem Tage als dies erfolgt ist, in so lange die bisher bezogene Unterstützung, bis die gegenwärtig gestörten Gewerbsverhältnisse wieder geordnet und ihnen der selbstständige Erwerb wieder möglich geworden sein wird. Vom Gemeinderathe der Stadt Wien.

Am Abend des 29sten war der Beschluß hinsichtlich der Uebergabe noch nicht allgemein bekannt; auf das Gerücht hin entstand jedoch bereits Unruhe unter den Gruppen auf den Straßen; man schrie über Verrath; Proletarier und übergegangene Soldaten zogen in Trupps umher. Viele Nationalgardisten hatten die Waffen bereits abgeliefert; es war aber gefährlich, ohne Waffen sich auf den Straßen zu zeigen; jeder Unbewaffnete war der Mißhandlung oder Verhaftung ausgesetzt. Als am Morgen des 30sten die oben erwähnten Plakate den Beschluß der Uebergabe verkündeten, entstand eine allgemeine Bewegung der niederen Klassen. Die Arbeiter und Proletarier rasten vor Wuth, in den Lagerplätzen wurde ausgerufen, die Stadt sei verrathen und verkauft; bewaffnete Haufen rissen die an den Straßen angeschlagenen Bekanntmachungen herunter; Messenhauser und den Mitgliedern des Gemeinderathes wurde mit dem Tode gedroht.

Die Behörden waren machtlos. Der Gemeinderath trat in der Frühe zusammen; er vermochte ebenso wenig, wie Messenhauser, einen wirksamen Schritt zur Erhaltung der

Ordnung zu thun. Letzterer erschien in der Sitzung, um, entmuthigt, seine Stelle niederzulegen; der Gemeinderath vermochte nur mit Mühe ihn zu überreden, daß er die Stelle beibehielt, wie die dahin erlassene Kundmachung erklärte: „In Berücksichtigung der gegenwärtigen gefahrvollen Verhältnisse, bis das begonnene Friedenswerk vollendet ist, um so mehr, als die gehoffte Hülfe der Ungarn, seiner Ansicht zufolge, weder verläßlich noch genügend sein würde." Noch einmal trat Messenhauser mit der Bemühung zur Friedensstiftung auf; eine neue Proklamation von ihm stellte den Stand der Sachlage in Bezug auf die vom Fürsten Windischgrätz zu treffenden Maßregeln der Entwaffnung u. s. w. in solcher Weise dar, daß ein verzweifelter Widerstand nicht gerechtfertigt erschien; er mahnte zum Frieden, da eine Stadt wie Wien der Erstürmung und Zerstörung nicht ausgesetzt werden dürfe:

Mitbürger! Die gemischte Deputation, welche sich in das Hauptquartier Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz begab, ist zurückgekehrt und hat über den Ausgang ihrer Mission Folgendes berichtet: Se. Durchlaucht hat die Unterwerfung der Stadt, unter den von ihm zur unerläßlichen Bedingniß gestellten Belagerungszustand, mit Wohlgefallen aufgenommen, weil, wie er sich ausdrückte, hieraus die Rückkehr in einen gesetzlichen Zustand resultire. — Bezüglich der an ihn gestellten, aus der mitgenommenen Instruktion entnommenen Bitten, hat er sein Bedauern geäußert, in dieselben, weil er theils über den Gegenstand nicht vollständig unterrichtet ist, theils aus dem Verlaufe der Unterwerfung erst die Gründe zu seinen weiteren Maßnahmen einholen will, vor der Hand nicht eingehen, und hierüber kein bestimmtes Versprechen geben zu können. Bezüglich der Entwaffnungsfrage müsse er zu sich eine Deputation des Gemeinderathes entbieten, welche mit seiner Generalität eine Commission zu constituiren, und in dieser die weitern Maßnahmen zu berathen haben werde. Diese Commission wird um 9 Uhr Morgens in dem Hauptquartiere zu Hetzendorf erwartet. Anbelangend über die übergegangenen Militärs könne er ebenfalls keine bestimmte Antwort geben, übrigens werde er sich an Großmuth nicht überbieten lassen. Mitbürger! Ich entledige mich der traurigen Pflicht, Euch von dem unvermeidlichen Nachgeben unter die Macht des Verhängnisses zu unterrichten. — Ich wiederhole

nochmals! alle belagerten Städte werden übergeben, wenn es zum Sturme gekommen, den man nicht überstehen kann, weil aus der Erstürmung eines berannten Platzes die Sieger das Recht der Plünderung und grausamen Bestrafung ableiten. Die tapfere Minderzahl, welche den Kampf um die constitutionelle Ehre, unbekümmert um die Folgen und den unvermeidlichen Ausgang fortgestritten wissen wollte, kann bei kaltem Blute ein solches Schicksal über unsere herrliche Stadt nicht heraufrufen wollen. An Wien, dem einstigen heitern Zusammenflusse der Fremden und Wißbegierigen, soll sich nicht eine Erinnerung, gräßlich und erschütternd, wie jene von Troja, Jerusalem, Magdeburg, knüpfen. Alle Arbeiter, welche bewaffneten Corps, oder der Nationalgarde eingereiht waren, und bestimmte Bezüge bisher von der Gemeinde haben, ebenso die unbemittelten Nationalgarden, welche ebenfalls von der Commune unterstützt wurden, erhalten in so lange die bisher bezogene Unterstützung, bis die gegenwärtig gestörten Gewerbsverhältnisse wieder geordnet, und ihnen der selbstständige Erwerb wieder möglich geworden sein wird. Für die übergegangenen Militärs ist Sorge getragen worden. Mitbürger der Minorität! fügt Euch dem Wunsche und Verlangen der Majorität. — Auch jene haben tapfer und einmüthig für die constitutionelle Ehre gestritten. Doch willigen sie nicht in das offenbare Verderben der Stadt. Mitbürger! Ich appellire an Eure bekannte Hochherzigkeit, an Eure Besonnenheit, an den Adel Eurer Empfindungen! Vermeidet es, durch Excesse, welche der Bitterkeit Eurer Gefühle wahrlich keine reelle Genugthuung gewähren können, die Heiligkeit unserer allgemeinen Trauer zu entweihen. Ich verdiene, selbst am Rande dieser Katastrophe, Euer Zutrauen, und darum glaube ich mit voller Beruhigung mich dem segenswarmen Glauben hingeben zu können, Ihr werdet meine von Besonnenheit und Menschlichkeit entsprungenen Rathschläge nicht in den Wind schlagen.

Messenhauser, prov. Obercommandant.

Diese Ermahnung Messenhausers war bei der wildaufgeregten Volksmasse vergeblich. Dieselbe strömte auf die Basteien, um die Stadt zu vertheidigen; es fehlte ihr an Leitern, denn seit dem Kampfe des 28sten hatte sich der Centralausschuß der demokratischen Vereine aufgelöst, und die Aula war seitdem nicht wieder zusammengetreten, so daß weder eine Beschwichtigung noch eine Leitung durch dieselben zu andern Zwecken stattfinden konnte. Das Einzige, was sich als unvermeidlich vorhersehen ließ, war die Unmöglichkeit für den Gemeinderath, die mit dem Fürsten

Windischgrätz geschlossene Capitulation auszuführen, und die Sicherheit, daß die Feindseligkeiten von dem Volke auf den Wällen der Stadt gegen die Truppen wieder beginnen würden. Letzteres war um so unvermeidlicher, da die Ungarn endlich, zu spät, einen Versuch zum Entsatz Wiens anstellten, welcher das Unglück der Stadt, durch die Folgen im Innern derselben, nur erhöht hat.

Gegen Mittag verbreitete sich die Nachricht in der Stadt, daß ein ungarisches Heer zum Entsatz anrücke, und alsbald gab sich die Ermuthigung der Demokraten durch ein Zusammenströmen von Bewaffneten aus allen Ständen kund. Messenhauser, auf den Straßen bedroht, befand sich auf dem Stephansthurme, um zu beobachten, während eine Wache des Elitencorps am Eingang desselben aufgestellt war, sowohl um ihn zu beschützen, wie dem Zudrang Unberufener und dadurch der Verwirrung unter den dort Beobachtenden zu wehren. Er benahm sich in so weit mit Schwäche, als er Nachrichten ohne Zusatz verbreitete, die bei der ganzen Sachlage als indirekte Aufforderung zur Wiederergreifung der Waffen gelten mußten, die er sogar als einen nothwendigen Fall unter einer gewissen Bedingung in Aussicht stellte, ob er gleich selbst keine große Hoffnung auf den Waffenerfolg der Ungarn gehabt zu haben scheint. * Er schickte zuerst folgende Botschaft von dem Stephansthurme:

„Man sieht deutlich ein Gefecht hinter Kaiser-Ebersdorf, ohne die kämpfenden Truppen oder den Gang des Treffens ausnehmen zu können.

Wien am 30. Okt. 1848. Vormittags 11 Uhr.

Messenhauser, prov. Obercommandant."

Auf diese Nachricht folgte der allgemeine Ruf zu den Waffen in allen Straßen; freudiger Muth trat an die Stelle der Bestürzung; Studenten und Nationalgardisten, welche bereits sich zurückgezogen hatten, eilten wieder auf ihre Sammelplätze; der Universitätsplatz war neu belebt;

* Nach Auerbachs Mittheilung, der damals bei ihm war.

die verschiedenen Freicorps rückten herbei; das Studentencomité constituirte sich aufs Neue, diesmal mit der offenbaren Absicht, die Exekutivgewalt im günstigen Fall an sich zu reißen. Dasselbe ward jetzt von den Abgeordneten der verschiedenen Corps gedrängt, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um die Uebergabe nicht stattfinden zu lassen; es wurden vorerst dort weitere Nachrichten über den Erfolg der Ungarn abgewartet. Kurz vor 1 Uhr und um 2 Uhr wurden dieselben solcher Art gegeben, daß die Volksmassen sich nicht mehr zurückhalten ließen. Messenhauser hatte die beiden folgenden Mittheilungen der Beobachtung auf dem Thurme gemacht: „Die Schlacht scheint sich gegen Oberlaa und Inzersdorf zu ziehen. Der Nebel verhindert eine klare Ansicht. Bis jetzt scheinen die Ungarn im siegreichen Vorschreiten begriffen zu sein. Im Falle ein geschlagenes Heer sich den Mauern der Stadt nähern sollte, so wird es Pflicht aller Wehrkörper sein, sich auch ohne Commando unter das Gewehr zu stellen."

„Unterhalb dem Neugebäude steht ein Truppenkörper; wegen dem Nebel läßt sich nichts Näheres bestimmen, ob es Kavallerie oder Croaten sind. Links von der Schwechat, in der Mitte zwischen Kaiser-Ebersdorf und Mannswörth, ist in diesem Augenblick der Kampf concentrirt. Die Kanonenblitze sind so deutlich, daß wir die Anzahl der Batterien darnach fast beurtheilen können. Seit einer halben Stunde zieht sich die Schlacht offenbar immer näher gegen uns."

Nach solchen Nachrichten wäre jede Bemühung, die Massen zurückzuhalten, vergeblich gewesen; die Basteien wurden besetzt; in der Vorstadt Wieden, Mariahilf- und Alservorstadt griff die Bevölkerung wieder zu den Waffen und schoß auf die kaiserlichen Truppen. Letztere zogen sich dort etwas zurück, um die Beschießung wieder zu beginnen; die Capitulation war somit gebrochen. Das Studentencomité ward gedrängt, Maßregeln zu treffen; es handelte sich um die Absetzung Messenhausers und um die Verlegung des Obercommando's in die Aula; jener erhielt ein soge-

nanntes Mißtrauensvotum; * er erklärte, seine Stelle nicht anders niederlegen zu wollen, als wenn er von den Behörden, die ihn ernannt hätten, dazu aufgefordert würde. Der zu seinem Nachfolger bestimmte Fenneberg, in das Studentencomité berufen, weigerte sich, das Obercommando anzunehmen, wenn Messenhauser nicht seine Abdankung in die Hände des Ausschusses niederlege. Es ging eine Deputation nach dem Stephansthurme ab, die auch nach lebhaftem Wortwechsel die Zusage von Messenhauser erlangte, daß er seine Abdankung, jedoch nur in dem bisherigen Obercommando, unterzeichnen wolle. ** Damit war

* Ein Augenzeuge (Auerbach), der, wie schon gesagt, bei Messenhauser auf dem Observatorium war, schreibt über diesen Auftritt: Er war in eine sehr mißliche Lage gerathen. Drunten schalt man ihn feig und Verräther, und von der letzten enthusiastischen Hoffnung bewegt, ließ er sich dazu verleiten, nach geschlossener Capitulation Nachrichten über die Truppenbewegungen draußen durch den Druck zu verbreiten, und wenn auch nicht als Befehl, doch ziemlich deutlich zum feindlichen Ansichhalten der Waffen aufzufordern. Fast unabläßig kamen drängende Anmahnungen durch hitzige Boten aus der Stadt herauf. Man wollte die Leopoldstadt angreifen, er sollte Befehl dazu ertheilen; er that es nicht und ließ doch die Streitlust gewähren. Freilich hatte er augenblicklich seinen Kopf verwirkt, wenn er sich energisch dagegen stellte. Schon einmal war vom Studentencomité, das sich aufgelöst hatte und beim Heranrücken der Ungarn wieder zusammengetreten war, eine Aufforderung an Messenhauser ergangen, des Inhalts, er habe bei seiner Energielosigkeit u. s. w. das Vertrauen verloren und möge augenblicklich deßhalb seinen Oberbefehl niederlegen. Messenhauser nahm das Schreiben, das ihm ein hoch erglühender Student überbrachte, las es zweimal, nickte dabei, legte das Schreiben wieder ruhig in seine Falten und übergab es mir mit den Worten: „was sagen Sie dazu?“ — „Sie antworten,“ sagte ich, „daß Sie Ihr Obercommando in die Hände derer niederlegen, die es Ihnen übergeben haben. Sie sind vom Generalstabe gewählt, und nicht vom Studentencomité.“ Er bat mich um ein Bleistift und schrieb seine Antwort.

** Schütte, als Augenzeuge, beschreibt die Verhandlung: Da wir Messenhauser auf dem gewöhnlichen Observatorium nicht fanden, so mußten wir noch höher hinaufsteigen und sahen ihn auf dem Plateau des letzten Gerüstes, wo er mit Goldmark an einem Holzpfeiler lehnte und stillschweigend die Umgebung betrachtete. Bevor wir noch zu ihm kamen, mußten wir noch einige Gerüste übersteigen. Messenhauser

aber die Sache nicht beendet. Die gesetzlichen Behörden hatten zwar die wirkliche Macht verloren, zeigten aber jetzt, da die Gefahr des Unterganges der Stadt im Fall der Herrschaft der niedern Klassen geboten war, nicht die Schwäche, sich den Beschlüssen des Studentencomité's zu fügen. Letzteres hatte Deputationen in den permanenten Ausschuß und in den Gemeinderath geschickt, um von diesen die Bestätigung der Absetzung Messenhausers zu erlangen. Der erstere verweigerte dieselbe, da eine neue Wahl nur im Vereine mit dem Ministerium und mit dem ganzen Reichstage geschehen könne — beides eine Unmöglichkeit, da kein Ministerium mehr in Wien und der Reichstag nicht mehr vollzählig war; letzterer war nämlich am 30sten

fragte ganz theilnahmlos, was der Wunsch der Herren sei. Einer, wie uns schien, aus dem bewaffneten Arbeitercorps, trat gleich vor, ohne Jemanden Andern das Wort nehmen zu lassen, und sprach in höchst brutalem Tone: „Herr Obercommandant, wir kommen im Auftrage mehrer bewaffneten Körperschaften und auch im Namen der akademischen Legion; wir wünschen daß Sie abdanken, da Sie unser Vertrauen verloren haben.“ Messenhauser erwiderte darauf sehr ruhig „Meine Herren, es ist gegen meine Ueberzeugung und mein Gewissen, einen Kampf fortzusetzen. Zudem wurde schon die Convention mit Fürst Windischgrätz hinsichtlich der Uebergabe der Stadt geschlossen; auf einen Sieg der Ungarn dürfen Sie schwerlich rechnen, und ohne diesen ist die Fortsetzung des Kampfes das schreiendste Unrecht, da nur neues Unglück und Verderben der Stadt droht.“ Goldmark bestätigte die Ansichten Messenhausers und setzte noch hinzu, daß der Obercommandant seine Abdankung nur in die Hände jener Behörden niederlegen könne, die ihn erwählt hätten. Hierauf entstand ein lebhafter Wortwechsel, an dem Alle Theil nahmen. Becher sprach begütigend, sowie noch Andere, aber der Mann, der Messenhauser zuerst angeredet, drang fortwährend in Messenhauser ein, sagte: daß es in dem Benehmen eines Ehrenmannes liege, wenn ihm von mehren Seiten mißtraut wird, von selbst abzudanken, unbekümmert, wem er abzudanken habe. Mit drohender Stimme und Geberde verlangte dieser Mann die sogleiche Abdankung. Messenhauser entgegnete ihm mit derselben Ruhe und Gelassenheit, wie vordem: „Wohlan, geben Sie mir Feder und Papier, ich werde die Abdankung unterzeichnen.“ Da beides nicht bei der Hand war, so versprach Messenhauser, er werde sich in die Stallburg verfügen und dort seine Abdankung schriftlich ausfertigen. Die Deputation stellte sich zufrieden und kehrte zurück ins Studentencomité.

zwar zusammengekommen, indeß die beschlußfähige Zahl von Mitgliedern war nicht mehr vorhanden. Der Gemeinderath dagegen erklärte nicht allein die Wahl eines neuen Obercommandanten für gänzlich nutzlos, sondern gab auch dem Studentencomité ziemlich barsch zu verstehen, daß seine Gewalt jetzt aufgehört habe. Letzteres war in Verwirrung und rathlos in Bezug auf die Rolle, die es einnehmen wollte. Auf dem Hofe der Aula lagen weggeworfene Waffen; es schaarten sich dort Volkshaufen mit Weibern, um durch die Stadt zu ziehen und Gewaltthätigkeiten gegen Schwarzgelbe auszuüben; in der Aula selbst schwankte die Stimmung je nach den anlangenden Gerüchten; viele Führer erschienen dort und betheuerten, daß sie mit ihrer Mannschaft die Waffen nicht strecken würden und sich im äußersten Fall nach Ungarn durchschlagen wollten u. s. w. Uebrigens kam doch die Fassung eines Beschlusses hinsichtlich der Wahl Fennebergs zu Stande, nach welchem derselbe mit Messenhauser das Obercommando theilen solle; letzterer ließ sich diesen Beschluß gefallen, der keine eigentliche Bedeutung mehr haben konnte; Fenneberg hat selbstständig nichts Anderes ausgeführt, als daß er am Abend Raketen aufsteigen ließ, offenbar Signale, die mit den Ungarn früher verabredet waren und vielleicht dieselben zum schnellen Vorrücken drängen, vielleicht auch als Nothsignale der Stadt dienen sollten.

Der Reichstag war, wie erwähnt, noch am 30sten (Vormittags) zusammengetreten, hatte aber aufgehört, gesetzliche Gültigkeit zu haben, indem nur 178 in der Sitzung gegenwärtig waren. Letztere wurde deßhalb nur gehalten, um den letzten Bericht Schuselka's entgegenzunehmen, und ist jedenfalls in dieser Hinsicht merkwürdig. Derselbe betraf die passive Haltung des Ausschusses und überhaupt der Reichstagsmitglieder an den letzten Berathungen und Beschlüssen hinsichtlich der Uebergabe; ferner die Verlegung. Schuselka, als Berichterstatter des permanenten Ausschusses, sagte: Ueber den Kampf selbst und dessen Erfolg könne er

wohl schweigen, da lautere Stimmen darüber Bericht gegeben, doch sei es dem Ausschusse gegönnt, über die bisherigen Folgen zu referiren. Der Ausschuß habe auch nach der letzten blutigen Entscheidung, die hohe allgemeine Sendung des Reichstags im Auge behaltend, sich wie früher nicht in die Details der Vertheidigung, so auch jetzt nicht in das Specielle der Unterhandlungen einlassen zu dürfen geglaubt. Aus den Mittheilungen des Gemeinderaths könne er jedoch Folgendes bekanntgeben: Der Fürst bestand auf seinen ersten Bedingungen, welche die unglückliche Stadt vor dem Kampfe nicht annehmen konnte. Sofort versammelte gestern das Obercommando die Offiziere aller Corps, und nachdem die Majorität derselben sich dahin ausgesprochen, daß jedes weitere Blutvergießen zu keinem Erfolge führen könne, wurde eine neue Deputation an den Fürsten gesendet. Dieser Kriegsrath fand im Vorsaale des Reichstags statt, die Antwort des Feldmarschalls aber war die alte, daß er bald zeigen werde, wie sehr auch ihm die Freiheit des Volkes am Herzen liege. Daß übrigens eine Schlacht mit den Ungarn nicht zu den Wahrscheinlichkeiten des Tages gehöre, dafür spreche der Umstand, daß die Armee sowohl, als ihr oberster Befehlshaber in tiefster Ruhe war, als die Deputation ins Lager kam. Für die Beruhigung des Volkes und die Sicherstellung der Burg seien mittlerweile die besten Anordnungen getroffen worden, National- und Mobilgarden wären dazu bereitwillig im Dienste gewesen. Es handle sich nun um die Stellung, die der Reichstag einnehmen müsse. Sie sei durch die letzten Ereignisse nicht verrückt worden. Sein Ausspruch, daß das Verfahren gegen Wien unconstitutionell und gesetzwidrig sei, müsse fest stehen, sowie bis jetzt der Standpunkt festgehalten wurde, den Kaiser von aller Verantwortlichkeit ausgeschlossen zu halten. Der Reichstag möge sich auch an seinen zweimal gefaßten Beschluß erinnern, daß er Wien nicht verlassen könne. Der Finanzminister habe die Antwort von Olmütz mitgebracht, daß Se. Maj. diese Angelegenheit noch ge-

nauer in Erwägung ziehen wolle, und daß Se. Maj. die Ruhe in der Residenz bald so hergestellt zu sehen hoffe, um daselbst den Reichstag ferner tagen zu lassen. Aber eben weil dem hohen Reichstage selbst noch keine offizielle Antwort auf seine Adresse von Sr. Maj. mitgetheilt wurde, müsse er dessen letzte Entscheidung abwarten. Da ferner in dem Patente vom 22sten die Vertagung des Reichstags dem Ermessen des Präsidiums anheimgestellt ward, die hohe Kammer aber wiederholt beschlossen habe, einstweilen Wien nicht zu verlassen, so bedürfe das fortgesetzte Tagen desselben in dieser Stadt keiner weiteren Rechtfertigung, abgesehen davon, daß die Berathung des vorgelegten Staatsbudgets von der äußersten Wichtigkeit für die Gesammtinteressen der Monarchie sei und keine längere Unterbrechung der Sitzungen gestatte, ohne die größten Verwirrungen im Finanzwesen herbeizuführen. Doch halte es der permanente Ausschuß für seine Pflicht, der hohen Kammer den Antrag zu stellen, daß eine neue Adresse an Se. Maj. gerichtet werde, worin nochmals die Schwierigkeiten einer Verlegung des Reichstags auseinander gesetzt würden. Pillersdorf stellte an den Berichterstatter die Frage, ob an dem gestrigen Kriegsrathe auch Kammermitglieder Theil genommen hätten. Schuselka: Es habe Niemand dazu die Vollmacht gehabt. Gschnitzer: Es habe sich auch Niemand bei der Abstimmung, die im Vorsaale gewesen, betheiligt. Pillersdorf wünschte ferner zu wissen, mit welchem Rechte der Berichterstatter unter Anderem gesagt, daß Fürst Windischgrätz den Reichstag als rebellisch gegen den Kaiser erklärt habe, da er selbst in seiner Conferenz mit dem Fürsten von einer solchen Aeußerung desselben nichts wisse. Schuselka verwies auf einen Bericht des Gemeinderaths, welcher in der Wiener Zeitung offiziell kundgegeben wurde. Es ward zuletzt darüber diskutirt, wer mit der Abfassung der Adresse betraut werden solle, und der Ausschuß damit beauftragt. Pillersdorf bot auf Ansuchen des Präsidenten bereitwillig seine Thätigkeit an. Diese letzte Sitzung schloß

um 12 Uhr und die Session in Wien war damit beendet, nachdem noch das letzte Lebenszeichen der Versammlung in einem Proteste gegen die Maßregeln bestanden hatte, die durch Gewalt aufgedrungen wurden.

Wie man aus allem Dargestellten ersieht, gereichte der Angriff der Ungarn ebenso der Stadt zum Verderben, wie die Vernachlässigung des günstigen Zeitpunktes für denselben bis zum 19ten. Die Ursache, weßhalb sich Kossuth zur unglücklichen Stunde und zu spät für die Hauptstadt, sowie für die von ihm vertretene Sache, zu demselben entschloß, ist ungewiß, unwahrscheinlich aber ist es, daß die Ungarn durch irgend ein Zeichen vom Stephansthurme die Botschaft, herbeizurücken, von einer gesetzlichen Behörde erhielten, die Kossuth früher als Bedingung der Hülfe ausgesprochen hatte. Aus dem Dargelegten ist es nämlich klar, daß weder der Gemeinderath noch der Reichstagsausschuß dazu irgend einen Auftrag ertheilt haben können; Unberufene aber konnten die Zeichen nicht gegeben haben, da der Stephansthurm bewacht und gegen solche sogar noch am 30sten sorgfältig abgesperrt blieb. Vielleicht bereute Kossuth, Wien preisgegeben zu haben, als das Verderben der Stadt näher rückte; über die Beweggründe zu einem Versuch des Entsatzes und über den Kampf der Ungarn gegen das Belagerungsheer selbst am 30. Okt., hat man bis jetzt keine zuverlässige Nachrichten; jedenfalls kam der Entsatz sehr spät, und der Erfolg desselben, bis zum 19ten gewiß, war seit dem 26sten wenigstens sehr zweifelhaft geworden. Die Ungarn mochten ein Heer besitzen, welches Jellachich und Auersperg überlegen war; den Truppen unter Windischgrätz konnte dasselbe kaum gewachsen sein, da es zum großen Theil aus bisher ungeübtem Landsturm bestand. War auch vielleicht vor dem 28. Okt. ein Erfolg, ungeachtet dessen, noch möglich, so war ein solcher nach der Einnahme der Vorstädte Landstraße und Leopoldstadt wenigstens sehr erschwert, da die Kaiserlichen eben dadurch eine feste Stellung erhielten, woraus sie nur mit größerer Anstrengung

vertrieben werden konnten, als eine solche, nach dem 28sten, von einem Ausfall der Wiener noch zu erwarten war. So viel ist gewiß, daß die Ungarn anfangs siegreich vorrückten, wie auch die Beobachtungen auf dem Stephansthurm den Wienern es kundgaben. Das Vorrücken begann am 28sten, während die Hauptmasse der kaiserlichen Armee vor Wien beschäftigt war. Die deßhalb geringen Streitkräfte unter Jellachich zogen sich bis zum 29sten Abends zurück und nahmen eine Stellung am rechten Ufer der Schwechat ein, worauf die Lage der Dinge bei Wien dem Oberbefehlshaber gestattete, eine größere Truppenmacht den Ungarn entgegenzusenden. Am 30sten zwangen die Ungarn das kaiserliche Heer, sich über die Schwechat zurückzuziehen; ein Versuch des letzteren, den linken Flügel derselben zu umgehen, mißlang; die Ungarn waren somit im Vortheil. Die weiteren Ereignisse sind in so weit klar, daß die Ungarn, nachdem einige ihrer Geschütze demontirt waren, von den Kaiserlichen aus eroberten Stellungen getrieben wurden; indeß war das Treffen, wie aus dem Berichte von Jellachich erhellt, nur sehr unbedeutend, indem nur 54 Gefangene, einige demontirte Geschütze der Ungarn und einige hundert Todte derselben in dem Bulletin angegeben wurden. * Am nächsten Morgen zogen sich die Ungarn

* In dem Bulletin von Jellachich hieß es: „Am 29sten Abends hatten sich meine Vortruppen, den gegebenen Befehlen gemäß, fechtend und in geschlossener Ordnung bis zu einem Gros in der Stellung hinter der Schwechat zurückgezogen. Am 30sten erfolgten die von Ew. Durchlaucht angeordneten Offensivbewegungen der Kavallerie unter dem General Fürst Liechtenstein vom rechten Flügel aus. Mittlerweile griff der Feind Schwechat, Rannersdorf, Mannswerth und Kaiser=Ebersdorf — Mannswerth wurde vom Feinde in Brand gesteckt — mit Nachdruck an. Ich ließ meine Infanterie, um sie dem starken Geschützfeuer zu entziehen, auf das linke Ufer der Schwechat übergehen. Als aber bis Nachmittags 2 Uhr wegen eingetretener Hindernisse die Umgehung des feindlichen linken Flügels durch unsere Kavallerie nicht erfolgt war, so ergriff der Chef meines Generalstabes, General Zeisberg, bei Schwechat die Offensive, und rückte mit dem Regimente Walmoden Kürassiere und zwei Bataillons von

über die Leytha zurück. Der General **Bem** hat in einem Briefe an Lord Dudley Stuart den geringen Erfolg dem Verrath zugeschrieben; vielleicht aber beachtete der ungarische Heerführer oder die Regierungscommissäre die Schwierigkeit der Operationen nach der Einnahme der zwei Vorstädte. Ein nicht offizieller ungarischer Bericht bei Schütte (unterschrieben von einem Augenzeugen aus dem Gefolge des Präsidenten des Landesvertheidigungs-Ausschusses und wahrscheinlich aus einer ungarischen Zeitung entnommen) schreibt den Rückzug dem Umstande zu, daß die Stadt Wien durch einen Ausfall die Operationen der Ungarn nicht unterstützte. (!) Es heißt dort:

Das Glück war uns vor Wien nicht so günstig, wie es die Tapferkeit unserer Armee verdient hätte, oder vielmehr nicht das

Khevenhüller Infanterie, einer zwölfpfündigen und einer sechspfündigen Batterie vor. Diese Batterien placirte er so vortheilhaft auf einer Höhe rechts von Schwechat, daß er nach einer sehr lebhaften Beschießung von kaum 10 Minuten das Geschütz des feindlichen Centrums zum Schweigen und zum Rückzuge brachte. Hierauf rückte er mit den benannten Truppen rasch vor. Die Batterien hatten einige Pferde und Leute verloren, ingleichen das Küraßierregiment, dessen feste und ruhige Haltung während des heftigen feindlichen Geschützfeuers der General vorzüglich belobt. Auch General Kempen rückte nun rasch mit dem linken Flügel vor, und ich befahl dem Fürsten Liechtenstein eine gleichzeitige Vorrückung mit der ganzen Kavallerie. Da der Feind alle Terrainvortheile, nämlich die Anhöhen, auf welchen sein zahlreiches Geschütz sehr vortheilhaft placirt war, für sich hatte, wir aber aus dem Schwechatthale emporsteigen mußten, so rettete dies und das Eintreten der Nacht den Feind vor einer gänzlichen Niederlage. Er wurde von uns bis eine Stunde von Schwadorf verfolgt. Die Nacht benützte der Feind zu einer eiligen Flucht. — Gestern, den 31sten, war früh ein sehr starker Nebel; ich hatte die Armee concentrirt und in Schlachtordnung, allein als das Weichen des Nebels gegen 10 Uhr die Uebersicht gestattete, sahen wir keine feindliche Armee mehr; ihre leichte Reiterei hatte eine schwache Postenkette bezogen, welche sich in größter Eile zurückzog. Der Feind hatte seine frühere Stellung bei Parendorf hinter der Leitha wieder eingenommen. **Einige Geschütze** wurden am 30sten dem Feinde demontirt; sein Verlust an Todten mag einige hundert Mann betragen. **Gefangen wurden 4 Offiziere und 50 Mann eingebracht.** Unser Verlust kann in 40—50 Mann bestehen.

Glück war uns nicht günstig, sondern wir wurden in unsern gerechtesten Erwartungen getäuscht, denn die hartbedrängte Stadt Wien, zu deren Entsatz unsere tapfere Armee herbeieilte, hat dem Kampfe, den wir fast unter Wiens Mauern um Wiens Freiheit mehr als acht Stunden lang gefochten, unthätig zugeschaut, und nicht nur mit keinem Ausfall uns unterstützt, sondern nicht einmal einen Schuß von den Wällen gethan, um den Feind einigermaßen zu beschäftigen (!!). Unsere schnell improvisirte, größtentheils ungeübte Armee kann stolz auf diesen Tag des Kampfes sein. Ueberall, wo sie mit dem Feinde zusammentraf, wurde der Feind geworfen, das Dorf Mannswerth wurde mit Sturm genommen, wobei sich besonders Major Guyon auszeichnete. Aus der Höhe von Schwechat wurde der Feind verjagt, der linke Flügel, von großen Massen gegen Lanzendorf bedroht, hat selbe mit einem Kanonenfeuer zurückgeworfen; als man endlich um vier Uhr sah, daß Wien zu seiner Rettung selbst nichts thun, der Feind aber, wenn wir weiter vorrücken, bei seiner Ueberlegenheit an Kavallerie unsere linke Flanke umgehen konnte, dabei aus dem Dorfe Schwechat, wie aus einer Festung, ein ungeheures Kanonen- und Kartätschenfeuer sich erneuerte, war es Pflicht, nachdem unsere Truppen ihre Pflicht gegen Wien so tapfer erfüllt, dabei aber von Wien gar nicht unterstützt wurden, unsere Streitkräfte, die das Vaterland so nothwendig braucht, nicht zu gefährden, und es wurde um 4 Uhr der Befehl ertheilt, daß unsere Armee ihre Stellungen herwärts der Fischa wieder besetzen sollte, wobei die Comorner Sensenmänner sich höchst unordentlich und unbesonnen benommen haben, und nicht zum Stehen zu bringen waren. Man ließ sie endlich in Gottesnamen ziehen. Die Armee selbst wird sich nun auf die Vertheidigung unseres eigenen Landes beschränken.

Wien befand sich in der Nacht des 30sten und 31sten gänzlich in den Händen des Proletariats; Personen waren gefährdet und besonders einzelne Mitglieder des Gemeinderaths; zwei derselben, welche das Volk schon am Nachmittage hängen wollte, waren durch den Commandeur des Elitencorps, Hauk, gerettet worden. Indeß bei der allgemeinen Verwirrung und Gesetzlosigkeit geschah kein Eingriff in das Privateigenthum; auch kam die allgemeine Ermüdung um Mitternacht, nach der Aufregung des Tages, allen Versuchen der gereizten Masse, Rache an den vermeintlichen Verräthern zu nehmen, zuvor. Der Gemeinde-

rath durchwachte eine angstvolle Nacht. Am Morgen des 30sten waren ihm die Capitulationsbedingungen vom Fürsten Windischgrätz mitgetheilt worden; er hatte ferner am Nachmittage des 30sten einen Parlamentär an den Fürsten geschickt und denselben um Verlängerungsfrist gebeten, da er noch immer hoffte, die Entwaffnung der Volksmasse durchführen zu können. Am 31sten Morgens aber sah er sich wegen der Sachlage genöthigt, eine Deputation ins kaiserliche Lager mit der trostlosen Erklärung abzusenden, die Mehrzahl der Bürger hege zwar den besten Willen, um alle Bedingungen des Feldmarschalls zu vollziehen; diese aber vermöchten nichts mehr gegen die zur Schreckensherrschaft angewachsene Macht des Proletariats, welches sich nur unter den Trümmern der Stadt ergeben wolle. Es geschahen jedoch noch einige Schritte, um das Volk zur Waffenniederlegung zu überreden. Der Gemeinderath erließ noch eine Erklärung, worin er noch einmal die Unmöglichkeit des Widerstandes darlegte, die Bedingungen des Fürsten * und zugleich den Rückzug der Ungarn kundgab,

* Diese, am 30sten gestellten Bedingungen waren folgende. »Die Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten von Windischgeätz vom 23. Okt. 1848, und die zum Punkte 3 derselben an den Gemeinderath erlassene Erläuterung vom 26. Okt. 1848 bleiben in ihrer vollen Wirksamkeit, sind von der Stadt vollständig durchzuführen, und es werden denselben nachstehende Bestimmungen beigefügt: 1) Auf dem St. Stephansthurme ist vor Allem eine große kaiserlich-österreichische Fahne aufzuziehen, und bei allen Linienthoren sind weiße Fahnen, zum Zeichen der friedlichen Unterwerfung, auszustecken. 2) Der Feldzeugmeister Baron Recsey und alle in Gewahrsam gehaltenen Militärs und Beamten sind in allen Ehren nach Hetzendorf zu geleiten. 3) Rücksichtlich der bezirksweisen Entwaffnung, sind die Kanonen aus der Stadt und demjenigen Theile der Vorstädte, welche vom Kärnthnerthore und der Hauptstraße Wieden, auf der Straße zur Spinnerin am Kreuz links liegen, in die Rennweger Artilleriekaserne, jene, welche von dieser Straße rechts liegen, zur Schönbrunner Schloßhauptwache abzuführen. Alle andern Waffen sind von den einzelnen Corps bezirksweise zu sammeln, unter einer behördlichen Intervenirung, in der Stadt im kaiserlichen Zeughause, in den Vorstädten in jedem Gemeindehause längstens binnen 12 Stunden niederzulegen, wo sie dann der nächsten, vom Militär

an welchem bereits am Abend die Besonneneren nicht mehr gezweifelt hatten. Die Gewißheit hierüber gab ferner eine Mittheilung von Messenhauser, welche eine dem Commando der Nationalgarde zugesandte Kundmachung des Fürsten Windischgrätz über den Rückzug der ungarischen Armee enthielt. Der Chef des Generalstabs der Wiener Nationalgarde, Hauk, ließ ferner ein Plakat anschlagen, worin er ebenfalls die Unmöglichkeit der längeren Vertheidigung und die Unvermeidlichkeit des Beschlusses einer Capitulation am 29sten darlegte; endlich erließ Messenhauser und Fenneberg zugleich mit dem Gemeinderath folgende Ansprache:

besetzten Kaserne commissionaliter zu übergeben sein werden. Sämmtliche Munition ist alsogleich, je nach dem Orte ihrer gegenwärtigen Niederlegung, an die Truppencommandanten des Neugebäudes, des Schönbrunner Schlosses, der Türkenschanze und jenem in der Leopoldstadt zu übergeben. 4) Sämmtliche Baarschaften und Kassen, die sich in den Händen der Nationalgarden und bewaffneten Körper befinden, sammt den Rechnungen, sind ohne Verzug vom Gemeinderathe zu übernehmen und vom Uebergeber und Uebernehmer gesiegelt aufzubewahren. 5) Von der im Absatze 3 erwähnten Entwaffnung ist vor der Hand jener Theil der Nationalgarde auszunehmen, der bis zum Einrücken der k. k. Truppen durch den Gemeinderath zur Bewachung der k. k. Hofburg, der Gesandtschaften und der öffentlichen Gebäude zu bestimmen sein wird, welcher Theil ordnungsmäßig abzulösen kommt. Dasselbe gilt auch von jenen Wachen, welche der Gemeinderath im Interesse der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung aufzustellen für nothwendig findet, sowie auch von der Sicherheitswache. 6) Die Waffen der aus Grätz, Brünn und Linz in Wien unter ordentlicher Führung anwesenden Nationalgarden sind abgesondert abzulegen, und es werden die ihnen eigenthümlichen Waffen in ihre Heimathsorte geschickt werden. 7) Der Gemeinderath hat bis 8 Uhr Abends des 30. Okt. 1848 die Annahme der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Bestimmungen, bei sonstiger Fortsetzung der bisherigen militärischen Maßregeln, an Se. Durchlaucht den Fürsten Windischgrätz anzuzeigen, sowie auch nach dieser Annahme längstens bis 12 Uhr Vormittags am 31. Okt. 1848 die vollständige Durchführung sämmtlicher Bedingungen der Eingangs erwähnten Proklamation und der Bestimmung der Erläuterung, sowie der vorstehenden Punkte angezeigt sein müssen.

Hauptquartier Hetzendorf am 30. Okt. 1848, um 3 Uhr Nachmittags.

Im Namen und Vollmacht Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Alfred Fürsten zu Windischgrätz Cordon m. p."

Mitbürger! Es ist notorisch festgesetzt, daß unsere ungarischen Brüder der Waffenübermacht unterlegen sind. Die heldenmüthigen Vertheidiger Wiens haben vor den Augen der Welt ihre Ehre bisher glänzend erhalten. Wäre die Möglichkeit eines siegreichen Widerstandes denkbar, Mitbürger! Eure Vertreter würden mit Euch kämpfen, würden nicht von Uebergabe sprechen, aber uns fehlt Munition und Proviant. Mit Eurer todesmuthigen Kampfbegier können wir Euch wohl zur Schlachtbank führen, zum Siege aber gegen diese wohlgerüstete Armee, gegen diese 100 Feuerschlünde nimmermehr. Darum, heldenmüthiges Volk von Wien, sei so groß in deinem Falle, als du es in der Erhebung warst. Für die Freiheit leben ist größer, als tollkühn unsere Zukunft durch uns und mit uns vernichten. Wir haben die Ehre gerrettet, darum ist nichts verloren. Volk von Wien, während man glauben machen wollte, es herrsche Anarchie in unsern Mauern, war die Ordnung durch Eure bewunderswürdige Mäßigung von Euch selbst erhalten. Arbeiter, Ihr habt bis jetzt Euch als der Freiheit werth gezeigt, schändet im letzten Augenblicke nicht Euren Ruhm, Eure Ehre. Legt die Waffen nieder, denn wir müssen es thun; stürzt Euch nicht tollkühn in's Verderben, erhaltet Euch dem Vaterlande. Hört die Stimme Eurer Vertreter, die, wie Ihr selbst, Männer aus dem Volke sind, denen Euer Leben, Eure Ehre heilig und theuer ist. Legt die Waffen nieder, und zeigt den einrückenden Waffenmännern, daß der Ordnungssinn, daß der wahre Heldenmuth sich dem Unabwendbaren männlich fügt. Zeigt, daß ihr der Freiheit werth seid und sie wird, sie muß Euch werden.

Das Obercommando.	Der Gemeinderath.
Messenhauser, prov. Obercommandant.	Stift, Vorstandsstellvertreter.
Fenneberg, Obercommandantenstellvertreter.	Carl Pratner, Gemeinderath.

Alles dies war vergeblich, am Morgen begann das Toben des Volkes aufs Neue, jedoch in solcher Verwirrung, wie noch niemals. Auch das Studentencomité hatte sich, entmuthigt, der Leitung der Volksmassen begeben; als sich an der Aula die Schaaren sammelten, um Verhaltungsbefehle sich einzuholen, erhielten sie die Weisung, daß der Kampf nicht mehr fortgesetzt werde. Die Reste des demokratischen Freicorps unter einem neuen Führer waren dorthin gerückt, und der letztere verlangte eine schriftliche Autorisation, die Sturmglocke zu läuten. Der Ausschuß weigerte

sich, den Befehl zu ertheilen, weil die Capitulation geschlossen sei; der Commandant rief aufgereizt: „Wenn ihr uns schon verlaßt und schwarzgelb und feig geworden seid, werden wir uns selbst zu helfen wissen;“ er marschirte mit dem Corps nach dem Stephansthurm und ließ die Sturmglocke ziehen. Ohne militärische Leitung begann alsdann das Volk auf den Basteien den Kampf; die Kanonade wurde auf der Rothenthurmbastei angefangen, und es ward dort zugleich ein planloses Pelotonfeuer auf die Gebäude der Leopoldstadt gerichtet, in welchen man Militär vermuthete, ohne daß das Feuer erwidert wurde. Allmählig pflanzte sich dasselbe über alle Basteien fort, ohne daß den Truppen anfangs dadurch geschadet worden wäre, welche vorerst, durch die Vorstädte gedeckt, vorrückten und ihr Geschütz auf günstigen Punkten, z. B. am Schwarzenbergischen Palais, aufstellten. Der ganze kriegerische Tumult war eine ebenso nutzlose Verschwendung der Munition, wie ein wiederholter Capitulationsbruch, der für die niedern Volksklassen ebenso wie für die ganze Stadt die unheilvollsten Folgen haben mußte.

Die Truppen besetzten zuerst die Vorstadt Wieden fast ohne allen Widerstand. Eine Deputation des Gemeinderaths hatte sich mit Begleitung der Burgwache vor das Burgthor begeben, um die gewöhnlichen Ceremonien bei Uebergabe einer Stadt auszuführen. Es waren bereits weiße Fahnen aufgesteckt, und eine Kolonne der Truppen hatte sich der Stadt genähert; noch bevor aber die Deputation an die Vorposten gelangte, wurden die Kanonen auf dem Walle abgefeuert, und die Truppen mußten nach bedeutendem Verluste wieder zurück. Wie es heißt, stürmte ein Haufen herbei, riß die weiße Fahne herunter und feuerte mit Kartätschen auf die Truppen; dies geschah gegen 3 Uhr. Nach diesem erneuten Capitulationsbruch hielt der Fürst Windischgrätz nicht länger mit dem Bombardement zurück. Dasselbe ward mit furchtbarer Heftigkeit begonnen und dauerte an 3 Stunden; es wurden

mehre Gebäude entzündet, z. B. das Palais des Grafen Kolowrat, die Augustinerkirche u. s. w.; auf alle Straßen fielen Kugeln, Brandraketen und Granaten. In der Stadt selbst herrschte die äußerste Verwirrung; * auch ein großer

* Auerbach schildert die Verwirrung und den Schrecken in der Stadt: Kaum auf der Straße angelangt, hörte ich plötzlich furchtbaren Kanonendonner von der Burg her. Schlag auf Schlag, wie ein riesiges Anpochen an einen Felsenberg, dröhnte es, und über den Häuptern flogen die Brandraketen zischend hin. Die auf der Straße gingen, drückten sich nahe an die Häuser, aber man konnte nicht mehr weiter gehen, denn die Leute warfen in ihrer entsetzlichen Angst allerlei Waffen aus dem Fenster; sie wollten diese schrecklichen Zeichen des Widerstandes nicht mehr bei sich haben. Ich stellte mich unter einen offenen Bogengang beim Café Français. Noch viele Männer und Frauen hatten hier eine Zuflucht gesucht. Da zischte eine Brandrakete, uns ganz nahe, an dem Hause des Erzbischofs herunter. Auf dem Platze, „der Brand“ genannt, lagen in den dortigen offenen Buden Hunderte von Gewehren, Säbeln und Pistolen. Ein Student, der bei uns war, rief einen ruhig vorbeigehenden Arbeitsmann an, der eine Hacke auf der Schulter trug; sie hoben mit einander die Steinplatte von dem unterirdischen Abguß hinweg, verbargen da hinein die Waffen, so viel hinein gingen, und legten den Stein wieder an seine Stelle Kaum war das geschehen da kamen die Umwohner aus den Häusern und schrien, das werde sie Alle verdächtigen; sie hoben den Stein wieder auf und nahmen die Waffen heraus. Während dessen donnerte und krachte es fortwährend aus zahllosen Feuerschlünden. Kugeln, Granaten und Brandraketen flogen hoch hin und plötzlich schrie Alles: Feuer! Man winkte den Leuten, die am Fenster standen, sie mögen heruntergehen, das Haus brenne. In ein Eckhaus auf dem Platze war eine Brandrakete gedrungen, der Dachstuhl begann zu lodern; man drang hinauf, um zu löschen. Die Einwohner drängten sich herab und ein junges Mädchen fiel, unten angekommen, ohnmächtig nieder. Der Brand war bald gelöscht. Der rollende Donner des Geschützes dauerte immer fort Da kam ein Trupp Bewaffneter, unter ihnen war der einäugige Werber. Sie schimpften uns tapfer aus, weil wir so unbewaffnet dastanden. „Die Ungarn sind da,“ schrien sie, „sie sind draußen auf der Landstraße, sie haben die Kaiserlichen geschlagen, die sich nun in die Stadt flüchten. Wir müssen sie zurückschlagen; nur noch Einmal Kampf und Alles ist gewonnen!“ „Die Ungarn sind da,“ schrie der Einäugige immer. Als Niemand mitging, zogen sie ruhig ihres Weges. Der Stephansplatz war wiederum leer. Dort stand eine verlassene Kanone und bald kamen einige Männer und schoben sie fort. Da kam ein hembärmliger Trommler allein um die Ecke; er schlug unaufhörlich den wirbelnden Alarm, aber — Niemand

Theil derjenigen Bevölkerung, welche den Wiederbeginn der Feindseligkeiten veranlaßt hatte, ward zuletzt durch die Schrecken der Beschießung ebenso betäubt, wie dieselbe seit dem Morgen ohne Führung rathlos gewesen war. Es begann zuletzt allmählig eine Flucht von den Wällen, während noch immer ein Verfahren auf den Straßen versucht wurde, Vertheidiger auf die Wälle zu treiben. Zuerst wurde in das Burgthor eine Bresche geschossen; die Bastei wurde unter dem dichten Kugelregen der Stürmenden von den Vertheidigern verlassen. Zwei Bataillone Grenzer rückten vor, als Feuer in der Burg ausbrach; wäre dort noch Widerstand geleistet worden, so wäre wahrscheinlich dies Gebäude mit allen seinen Schätzen verloren gewesen, da die Burgwache (Nationalgardisten) zur Löschung nicht genügte. Nachdem so ein Eingang von den Truppen eröffnet war, drang das Militär massenweise, aber immer noch vorsichtig, um einem Straßenkampf auszuweichen, durch das Burgthor vor; allein von einem solchen war nicht mehr die Rede; auch die Proletarier waren entmuthigt, als ihnen der Erfolg des von ihnen fortgesetzten Widerstandes fühlbar wurde. Gegen 8 Uhr drang ferner das Militär massenweise durch das Kärnthner Thor ein; das Vorrücken geschah

kam. Ich ging wieder nach dem Stephansthurm. Hier herrschte schrecklicher Wirrwarr. Ein Municipalgardist kam und brachte einen schriftlichen Befehl vom Gemeinderathe, daß wir augenblicklich die weiße Fahne aufziehen müssen, widrigenfalls würden Alle, die sich im Stephansthurme befinden, standrechtlich behandelt. Wir hatten keine weiße Fahne. Da drangen Einige in die Wohnung der Thurmwärterin, nahmen ein frisches Leintuch und zogen es als weiße Fahne auf. Bald darauf kamen Andere und schrien: wir seien alle des Todes; die Proletarier und die übergegangenen Soldaten wollten nicht, daß man die weiße Fahne aufziehe, sie werden Alle niedermetzeln, die sie als Urheber dieser That im Stephansthurme finden. Wir ließen den Stephansthurm für sich selbst sorgen und machten uns auf nach einer nahen Weinschenke. Gräßlich war's, wie ein hohnlachender Haufe unter einem Hofthore, accompagnirt von dem furchtbarsten Kanonendonner, das „Gott erhalte unsern Kaiser“ anstimmte und dazwischen wieder Pfeifen und die erbittersten Flüche auf das Haus Habsburg hören ließ.

aber noch immer so vorsichtig, daß der eigentliche Mittelpunkt der Demokraten, die Aula, nebst mehren Basteien, erst am nächsten Tage besetzt wurde; auf letzteren fanden sich sogar damals noch bewaffnete Arbeiter, die alsdann verhaftet wurden. — Die Straßen, durch welche die Truppen einzogen, waren bis zum höchsten Stock erleuchtet; im Allgemeinen wurden dieselben mit Schweigen empfangen, nur am Kärnthner Thore wurden Tücher geschwenkt und Vivat gerufen. Die militärische Herrschaft gab sich sogleich durch eine Menge Arretirungen kund. Haufen Schlechtgekleideter wurden in die Gefängnisse geführt. Im Allgemeinen war die Bevölkerung durch das Unglück betäubt; doch fehlte es auch damals noch nicht an Aeußerungen des Unmuthes, welche von jetzt an mit größerer Gefahr verbunden waren. *

* Den Schluß des verhängnißvollen Tages schildert Schütte auf folgende Weise: Wir lenkten unsere Schritte über den Kohlmarkt gegen die Burg, bei welcher das Militär nun in größern Massen hereinzog. In dieser Gegend sahen wir schon die Sicherheitswache sehr geschäftsthätig, und mit Hülfe des Militärs bemühte sie sich, solche Leute einzufangen, welche nur halbwegs einen schlechten Rock am Leibe hatten. Wenige entgingen der Arretirung. Haufenweise wurden sie eingefangen und in die Gefängnisse geschleppt. So extrem die Proletarierherrschaft war, ebenso extrem fing nun die Militärherrschaft an. Von Bewaffneten sah man nur äußerst selten Jemand, ausgenommen die Bürger- und Nationalgarden; aber auch diese suchten sich wenigstens der Waffen zu entledigen, da man auch einige von ihnen einzufangen anfing. Diejenigen, welche noch die Posten besetzt hielten, wurden schnell vom Militär abgelöst, mußten aber die Waffen gleich auf der Wachtstube lassen. Die Bürger- und Nationalgardenkavallerie hatten sich ebenfalls dem Einfangungssystem angeschlossen, aber wieder zu einem andern Zwecke, um Leute zu bekommen, welche sich zum Löschen des Feuers verwenden lassen mußten; doch hierzu waren Wenige zu erhalten, denn von Weitem wurden sie geflohen, und Manche riefen: „Nehmet nur die zum Löschen, die es angezündet haben!“ damit meinten sie das Militär. Bekannte flüsterten sich einander ins Ohr: „Das Militär hat sich ja ein recht hübsches Freudenfeuer gemacht, das sind die Früchte ihres Sieges!“ Beim Brande der Augustinerkirche und des Daches der k. k. Hofbibliothek fanden sich viele Zuschauer ein, welche mit innerer Freude und mit höhnischem Lächeln die Flammen betrachteten, und wir sahen manchen Demokraten sich wonniglich die Hände reiben und bemerkten

Der Sieg war offenbar von den Truppen mit schwerem Verlust erkauft worden; besonders war letzterer bedeutend sowohl am 28sten in der Leopoldstadt, wie auch noch in dem letzten Sturm auf die Stadt, bei welchem an 600 Soldaten auf dem Glacis gefallen sein sollen. Die Zahlen wurden anfangs verschwiegen, und die späteren Angaben scheinen zu gering; eine Angabe, welche den Verlust im Ganzen auf 1500 Mann anschlägt, ist wahrscheinlich nicht übertrieben. Weit beträchtlicher war allem Anschein nach die Zahl der Todten und Verwundeten von Seiten der Stadt; sie ist sogar bis auf 5000 im Ganzen angeschlagen

auf seinem Gesichte die Schadenfreude, welche er gerne laut geäußert hätte, wenn ihm nicht die Menge der Polizeispitzeln, welche alsbald in großer Anzahl überall vertheilt zu sein schien, gehindert hätte Am meisten mußten diesen Abend die Rasirstuben und die Friseurs beschäftigt gewesen sein, denn wir hätten viele der Demokraten in ihrem Aeußern kaum erkannt, wenn nicht ihre Stimme sie erkenntlich gemacht hätte. Gegen 9 Uhr gingen wir durch die Kärthnerstraße und mußten aber ganz vorsichtig über die herumliegenden Glasscherben, Mauer- und Dachzügeltrümmer schreiten. Als wir in die Nähe der Universität uns begaben, fanden wir dort Alles leer und öde, und so mäuschenstille wie auf einem Kirchhofe; auch dort mußten wir uns sehr in Acht nehmen, um nicht zu fallen, denn in den an die Universität angrenzenden Häusern waren weder Lampen angezündet, noch sonst in den Fenstern nur die Spur eines Lichtes zu sehen. Die Gegenstände, welche uns im Fortschreiten theilweise hinderten, besichtigten wir etwas näher, und wir fanden darunter Gewehre, Säbel, Pistolen, Bajonette, Feldbinden, ganze Militärsmonturen, Kalabreser, Schärpen rc., welche mit Hast abgeworfen zu sein schienen. Wir eilten schnell von dannen, um nicht vielleicht von einem Militär als ein Student festgehalten zu werden, obgleich erst am andern Morgen die Truppen die berühmte Aula bezogen. Die Rothenthurm- und Biberbastei, welche wir noch besuchten, war noch mit Besatzung der Proletarier versehen, welche zwar nur theilweise in Waffen standen; wir mußten über die Kühnheit dieser Leute staunen, daß sie nicht längst schon die Flucht ergriffen hatten; sie blieben bis den andern Morgen auf ihren Lagerplätzen liegen und wurden dann größtentheils vom Militär arretirt. Die Gasthäuser waren diesen Abend sehr voll gefüllt, und man aß und trank so ruhig, als ob gar nichts vorgefallen wäre. Zwischen 10 und 11 Uhr jedoch ward Alles stiller, und nur einzelne Patrouillen durchzogen die Straßen und arretirten, wen sie noch erwischten.

worden, und der verhältnißmäßig große Betrag dadurch erklärt, daß die Truppen am 28sten die meisten Bewaffneten, welche in ihre Hände fielen, niedermachten. Die schwersten Verluste aber erlitt Wien durch die Verwüstung und Plünderung des Kampfes, abgesehen von der unvermeidlichen Steigerung der schon vorhandenen Stockung der Gewerbe und des Verkehrs, welche unter den Nachwehen der Erstürmung und in Folge des Belagerungszustandes eintreten mußte. Furchtbare Zerstörung zeigte sich überall in den Vorstädten, wo der Angriff der Truppen stattgefunden hatte; z. B. der größere Theil der stattlichen Gebäude, welche die Jägerzeile einsäumten und die unläugbar zur Zierde Wiens gehörten, lag in Asche. — Die Stockung des Verkehrs, die gesteigerte Armuth der niederen, sowie die Verarmung der mittleren Klassen war so bedeutend, daß Ende November sich 30,000 unbeschäftigte Arbeiter bei einer Gelegenheit meldeten, wo ein öffentliches Werk in Angriff genommen werden sollte, obgleich eine Masse von Solchen, die in Wien nicht ansäßig waren, in Folge des Belagerungszustandes aus Wien vertrieben waren. Ein weiteres Zeichen des allgemeinen Elends ergab sich gegen Mitte November aus einer Bekanntmachung des Gemeinderaths, worin dieser die Landbewohner aufforderte, die verarmten Bewohner Wiens mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen.

Oesterreich bis zur Auflösung des Reichstags (März 1849).

Am 1. Nov. begann in Wien die Ausführung der Maßregeln des Belagerungszustandes, während das Militär auf den Straßen lagerte, mit Absperrung der Stadt. Das Einfangen Verdächtiger auf denselben, wie es am Abend vorher begonnen war, dauerte fort, und das alte Polizeiwesen ward wiederum in Thätigkeit gesetzt. Alle Abzeichen der deutschen Partei, der Bewaffnung u. s. w. mußten verschwinden. Ein Calabreserhut, ein auffallender Bart u. dgl. genügte zur Arretirung. Wer über die Straße gehen mußte, zog seine besten Kleider an, um nicht für einen Proletarier gehalten zu werden und der Gefahr einer Verhaftung als Vertheidiger der Stadt sich auszusetzen. Die einzige äußerlich erkennbare Spur der Volksherrschaft bestand nur noch in einem, am Morgen oder während der Nacht angehefteten Plakate von Messenhauser und Fenneberg, worin dieselben gegen die Zumuthung protestirten, als seien die Feindseligkeiten am 30sten auf ihre Veranlassung begonnen worden. * Dasselbe verschwand bald, zum Theil ward es von Bürgern selbst heruntergerissen, denn nach dem Fall der demokratischen Partei zeigte sich die gewöhnliche Erscheinung solcher Ereignisse; ein großer Theil derjenigen, welche während

* Dasselbe lautete: Das unterzeichnete Obercommando der Wiener Nationalgarde protestirt hiemit feierlichst gegen jede Zumuthung, als seien die am 31. Okt. Nachmittags von Seite einzelner mobiler Corps gegen die kaiserlichen Truppen begonnenen Feindseligkeiten auf seinen Befehl geschehen. Es fordert den löblichen Gemeinderath auf, ihm zu bezeugen, daß es im Gegentheile seit früh Morgens fortwährend mit der Entwaffnung der Garden beschäftigt, mehre Geschützpiecen mit Lebensgefahr der Betheiligten von den Basteien schaffen und sich die Herstellung des Friedens und der Ruhe mit aller möglichen Energie angelegen sein ließ. Es erklärt sich daher nochmals entschieden gegen jede Anschuldigung, als hätte es einen Capitulationsbruch begünstigt oder gar anbefohlen. Messenhauser, prov. Obercommandant.
Fenneberg, Stellvertreter.

der Herrschaft derselben aus Furcht sich zurückgehalten hatten, traten um so offener und lärmender hervor, und viele sogar ließen sich in Anzeigen zum Auffangen einzelner Personen ein. Das Lokal des Reichstags war von Truppen besetzt — gewissermaßen eine Andeutung, daß die Bedeutung desselben aufgehört hatte. Noch am 31sten waren mehre Mitglieder in einer geheimen Sitzung versammelt gewesen; wie erwähnt, war die Versammlung nicht mehr vollzählig, und die Zusammenkunft diente auch nur zur Wahrung einer bloßen Förmlichkeit, welche ohnedem durch die Ereignisse mit der Bedeutung des Reichstags ihren Werth verloren hatte; es wurde nämlich die Vertagung des letzteren auf den 15. Nov., dem kaiserlichen Reskript gemäß, ausgesprochen; Wien ward noch als der Versammlungsort bestimmt; allein die dort zurückgebliebenen Reichstagsmitglieder fügten sich bald der Nothwendigkeit, um sich nach Kremsier zu begeben. — Der Fürst Windischgrätz konnte nach dem Bruch der Capitulation mit noch größerer Rücksichtslosigkeit verfahren, wie derjenigen, welche seine ersten Forderungen in Aussicht gestellt hatte; von Milderung des Belagerungszustandes, wie sie nach den ersten Verhandlungen dem Gemeinderath verheißen wurde, war seit der Erstürmung der Stadt nicht mehr die Rede; er erklärte somit in einer Proklamation, worin er die näheren Bestimmungen der militärischen Polizei bekannt machte, daß er, ohne Rücksicht auf jene Unterwerfungsakte, die Anordnungen hinsichtlich seiner Verwaltung treffen werde. Dieselben waren besonders hinsichtlich der standrechtlichen Behandlung so streng, wie sie nur immer in einem Kriegszustande sein können; nur am Schluß war ausgesprochen, daß der Belagerungszustand den Uebergang von Gesetzlosigkeit zu einem geregelten constitutionellen Zustande bilden solle. Eine zweite Proklamation, an die Bewohner von Ober- und Niederösterreich gerichtet, stellte auch für diese den Belagerungszustand in Aussicht, im Fall Bewegungen irgendwie ausbrächen. Der Fürst Windischgrätz sprach nämlich darin seine Erwartung

aus, daß die Provinzen Oesterreichs ob und unter der Enns in ihrer bisherigen Treue an das Kaiserhaus und die constitutionelle Monarchie unerschütterlich verharren, alle bösen Einflüsterungen von sich entfernt halten und ihm die Nothwendigkeit ersparen werden, den Belagerungszustand noch weiter auf einzelne Ortschaften oder Gemeinden ausdehnen zu müssen, in denen sich wider sein Erwarten ein gleicher übler Geist zeigen sollte. Er warnte somit die Bewohner dieser Provinzen „auf das Eindringlichste vor jenen Aufwieglern, welche unter täuschenden Vorspiegelungen nur die Auflösung aller Bande der Ordnung und Gesetzlichkeit beabsichtigen, unabsehbares Verderben verbreiten und der fortschreitenden Entwicklung jeder wahren Freiheit nur entgegen wirken können." Die erstere Proklamation, deren Ausführung in den Einzelnheiten zur Genüge den gedrückten Zustand und die unheimliche Stimmung einer bisher tief aufgeregten Bevölkerung in der nächsten Folge angibt, ist folgende:

Indem ich die unter meinem Befehle stehenden k. k Truppen in die Hauptstadt Wien einrücken lasse, finde ich mich im Nachhange meiner Proklamation vom 23. Oktober d. J. bestimmt, jene Maßregeln allgemein bekannt zu machen, deren Ausführung ich zur Wiederherstellung des auf das Tiefste erschütterten öffentlichen Rechtszustandes für unerläßlich halte. Die Stadt hat zwar am 30ten v. M. ihre Unterwerfung angezeigt, die darüber geschlossenen Bestimmungen wurden jedoch durch den schändlichsten Verrath wieder gebrochen, daher ich ohne Rücksicht auf diese Unterwerfungsakte hiermit folgende Anordnungen treffe: 1) Die Stadt Wien, ihre Vorstädte und Umgebungen in einem Umkreise von zwei Meilen werden in Belagerungszustand erklärt, das ist: alle Lokalbehörden für die Dauer dieses Zustandes nach der im §. 9 enthaltenen Bestimmung der Militärbehörde unterstellt. 2) Die akademische Legion und Nationalgarde, letztere jedoch mit Vorbehalte ihrer Reorganisirung, sind aufgelöst. 3) Die allgemeine Entwaffnung, falls sie noch nicht vollständig durchgeführt worden wäre, ist durch den Gemeinderath binnen 48 Stunden von der Kundmachung gegenwärtiger Proklamation an gerechnet, zu beendigen. Nach Verlauf dieser Frist wird die zweite und letzte Aufforderung zur Ablieferung der Waffen erlassen, und 12 Stunden nach Affigirung derselben eine Hausdurchsuchung vorgenommen, dann aber jeder Besitzer von was immer für Waffen eingezogen und der standrecht-

lichen Behandlung unterzogen werden. Von dieser Entwaffnung sind bloß die Sicherheitswache, die Militärpolizeiwache, die Finanzwache, welche in ihrer bisherigen Wirksamkeit verbleiben, dann jene Beamten, die nach ihrer persönlichen Eigenschaft zur Tragung von Seitengewehren zur Uniform berechtigt sind, ausgenommen. Waffen, welche Privateigenthum sind, werden mit dem Namen der Eigenthümer bezeichnet, abgesondert aufbewahrt werden. 4) Alle politische Vereine werden geschlossen, alle Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen von mehr als 10 Personen sind untersagt, alle Wirths- und Kaffeehäuser sind in der innern Stadt um 11 Uhr, in den Vorstädten und Umgebungen aber um 10 Uhr Abends zu schließen. Die Dawiderhandelnden werden verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. 5) Die Presse bleibt vorläufig nach der Bestimmung des Punktes 4 der Proklamation vom 23. Oktober d. J. beschränkt und der Druck, Verkauf und die Affigirung von Plakaten, bildlichen Darstellungen und Flugschriften nur in so fern gestattet, als hierzu die vorherige Bewilligung der Militärbehörde eingeholt und ertheilt worden sein wird. Gegen die Uebertreter dieser Anordnung tritt die im vorigen Absatze angedrohte Behandlung ein. 6) Die im §. 5 der Proklamation vom 23. Oktober l. J. enthaltene Verfügung, wornach die sich in der Residenz ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit aufhaltenden Ausländer auszuweisen sind, wird auf alle in gleicher Lage befindlichen nach Wien nicht zuständigen Inländer ausgedehnt. Die Ausführung dieser Maßregel wird der Stadthauptmannschaft übertragen, welche sich durch nominative Eingaben der Hauseigenthümer über ihre Inwohner die Ueberzeugung von der Zahl der in die eben bezeichnete Kategorie bezeichneten Personen verschaffen wird. Der Hauseigenthümer, welcher vorsetzlich einen Inwohner verschweigt, oder den Zuwachs eines solchen nicht innerhalb des in den Polizeivorschriften festgesetzten Termins anzeigt, wird eingezogen und vor das Militärgericht gestellt. 7) Wer überwiesen wird: a) unter den k. k. Truppen einen Versuch unternommen zu haben, dieselben zum Treubruch zu verleiten, b) wer durch Wort oder That zum Aufruhr aufreizt, oder einer solchen Aufforderung werkthätige Folge leistet, c) wer bei einer etwaigen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde sich nicht zurückzieht, und d) wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung mit Waffen in der Hand ergriffen wird — unterliegt der standrechtlichen Behandlung. 8) Alle Barrikaden in der Stadt und Vorstädten sind durch den Gemeinderath alsogleich spurlos wegräumen, und das Pflaster herstellen zu lassen. 9) Während der Dauer des Belagerungszustandes bleiben zwar alle öffentlichen Behörden in der Ausübung ihrer Funktionen ungestört; nachdem aber die Militärbehörde für diese Zeitperiode alle jene

Geschäfte übernehmen wird, welche auf die Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit der Hauptstadt und ihrer Umgebung abzielen, so haben von nun an, der mit diesen Geschäften bisher betraute Gemeinderath und die Stadthauptmannschaft dazu nur in jener Weise mitzuwirken, welche die Militärbehörde für zweckmäßig erachten wird. 10) Um den Zweck des Belagerungsstandes zu erreichen, der kein anderer sein kann, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten constitutionellen Rechtszustande vorzubereiten, wird eine gemischte Centralcommission unter dem Vorsitze des Herrn Generalmajors Baron Cordon, welchen ich gleichzeitig zum Stadtcommandanten ernenne, die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen, und sowohl die niederösterreichische Landesregierung als auch die Stadthauptmannschaft an ihre Anordnungen gewiesen.

Hauptquartier Hetzendorf, am 1. November 1848,

Fürst zu Windischgrätz, k. k. Feldmarschall.

Am 2. Nov. begannen die Haussuchungen, welche mit der Sorgfalt einer von früher her eingeübten Polizei durchgeführt wurden. Es fanden deren 3 statt; eine Personen-, Schriften- und Waffenuntersuchung. Die einzelnen Häuser wurden während der Untersuchung mit Militär umstellt und letztere in manchen, wo man compromittirte Personen vermuthete, mehre Male wiederholt. Besonders ward nach Proletariern, übergegangenen Militärs und Studenten gesucht, und eine Masse derselben ward als Gefangene eingebracht; * indeß gelang es dennoch Vielen, sich nicht

* Schütte berichtet über die Durchsuchungen der Häuser: „Diejenigen, welche glaubten, daß in den dunkeln, abgelegenen und wenig besuchten Gassen und besonders bei bekannten Mädchen nicht so leicht untersucht würde und sich dort verbargen, wurden zu allererst erhascht, während dem man in Häusern, welche in den Hauptstraßen sich befanden, wenig oder gar nicht untersuchte. Verkleidungen waren an der Tagesordnung; wir sahen manchen Studenten, wie eine Dame staatlich geputzt, am Arme eines bejahrten, solid aussehenden Mannes durch die Gassen schreiten; Manche kamen aus ihren Schlupfwinkeln heraus und begaben sich in solche Häuser, wo bereits untersucht war; ebenso glauben wir, daß zu keiner Zeit so viel Papier zum Unterzünden in die Oefen wanderte, wie damals, denn man fürchtete sich, radikale Zeitungsblätter möchten von der Untersuchungscommission berücksichtigt, und deren Dasein könnte diese Commission leicht bewegen, auf revolutionäre Ideen des Inhabers zu schließen.“

allein in den Wohnungen zu verstecken, sondern auch aus der Stadt zu entkommen, sobald die Communikation mit den Vorstädten nicht mehr abgesperrt war. So gelang die Flucht auch zweien, deren Auslieferung der Feldmarschall schon im Anfang gefordert hatte, dem General Bem und Schütte.

Am 4ten und 5ten dauerten die Haussuchungen fort, Polizeimaßregeln, welche durch Verletzung des Hausrechts und die damit verbundenen Quälereien gehässiger sein mußten, als die Beschränkungen der Presse, die allen Privatverkehr augenblicklich hemmende Sperre und die bleibende Ueberwachung an öffentlichen Orten. Die Verhaftungen, welche auf diese Weise vorgenommen wurden, werden auf 1000 angeschlagen; Gefängnisse und Wachstuben waren überfüllt und viele achtbare Personen wurden aus bloßer Namensverwechslung festgesetzt. — Nachdem diese Durchsuchung der Häuser stattgefunden hatte, wurde zwar der Verkehr zwischen Stadt und Vorstädten wieder gestattet; allein auch die Passirscheine waren sogar noch damals einige Zeit lang schwer zu erhalten, und wer über die Linien hinaus wollte, mußte sich wiederum Quälereien aller Art aussetzen.

Die öffentliche Presse war in den ersten Tagen gänzlich verstummt; der Fürst Windischgrätz ließ während der Absperrung sogar nicht einmal fremde Zeitungen in die Stadt. Am 6ten erhielten zwei conservative Blätter, Lloyd und Presse, Erlaubniß, ohne Censur zu erscheinen, indeß auch diese fühlten sich in der Art beschränkt, daß sie sich über alle Vorgänge nur mit größter Behutsamkeit, oder in der Weise der Zeitungen vor dem März, aussprachen.*

* Die Presse z. B. schrieb am 7. Nov.: „Wir begreifen jene großen Staatsnothwendigkeiten, welche über schwere Opfer hinüberdrängen, wo es die Rettung der höchsten Güter der Gesellschaft, ja, wo es die Rettung eines großen Reiches gilt. Aber selbst diese Erwägung gestattet uns gegenüber so großen Verlusten, gegenüber einer beispiellosen Noth, Angesichts eines sorgenvollen Winters, unsern unglücklichen Mitbürgern den heiligen Tribut des Mitleids abzutragen. Unsere nächste Aufgabe ist eine Darstellung der letzten Ereignisse. Zu einer Würdigung

Eine Oppositionspresse war nicht mehr möglich; zwar erschien nach einiger Zeit auf besondere Veranlassung der Regierung ein unabhängiges Blatt (die ostdeutsche Post von Kuranda), indeß ein mißliebiger Artikel bewirkte bald dessen Unterdrückung. Das Versammlungsrecht ward in solcher Weise beschränkt, daß sogar ein ausgedehnter Leseverein, der unter Metternich mit dessen Erlaubniß gebildet war, auf Befehl des Fürsten Windischgrätz geschlossen wurde (der juristisch-politische Leseverein, in den letzten Monaten als schwarzgelb verdächtigt). Dieser Verein erhielt mehre Male auf das Gesuch der Wiedereröffnung eine abschlägige Antwort; erst auf die Verwendung eines Generals, der früher selbst Mitglied gewesen, ward dieselbe anfangs Dezember gestattet.

In gleichem Maße, wie die Presse, blieb die mündliche Aeußerung über die Ereignisse beschränkt. Die Gefahr derselben ward sowohl durch Verhaftungen, wie durch eine Kundmachung des Vorsitzers der Militärcentralcommission, v. Cordon, am 13. Nov. erwiesen, worin es hieß: „In- und Ausländer führen an öffentlichen Orten Reden, welche geeignet erschienen, zum Aufruhr aufzureizen. Ich ermahne ernstlich, sich deren zu enthalten, widrigenfalls würden die Schuldtragenden der standrechtlichen Behandlung

derselben ist der Zeitpunkt nicht geeignet. Wir haben die extreme Faktion bekämpft, als sie mächtig war, als sie die Meinung durch Gewalt zu knechten suchte Wir fühlen keinen Beruf in uns, Gefallene zu schmähen und die Verantwortlichkeit der Führer vor ihrem Richter zu erhöhen. Wir finden es aber eben so wenig an der Zeit, die öffentliche Macht in der schwierigen Aufgabe der Befriedigung der Gemüther und des Einlenkens in einen geordneten Rechtszustand zu stören oder zu beirren. Wir wünschen aufrichtig Versöhnung. Weder Völkern noch Fürsten hat es in großen Krisen an Rathgebern gefehlt, welche zur Besonnenheit und Mäßigung mahnten. Wo ihre Stimme überhört wird, entspringt Gefahr für die Völker, wie für Dynastien. Wir sind berechtigt, diese Sprache zu führen, denn wir haben sie stets geführt. Vertrauen ist die Gewähr des Friedens. Die Staatsgewalt ist jetzt sehr stark, und in Wien haben Viele Vieles und Schweres zu verantworten. Welch ein fruchtbarer Boden für die Saat des Mißtrauens!“

überliefert." Bald auch ward ein Beispiel der Art gegeben.

Am 9ten begannen die öffentlichen Hinrichtungen; Gerüchte über heimliche waren von Anfang an verbreitet; es wurde denselben bestimmt widersprochen, indeß die Lage war solcher Art, daß eine Versicherung der Machthaber eben so wenig Glauben fand, wie vor dem März. Zuerst wurde Robert Blum und ein polnischer Offizier Jellowicki * erschossen, welcher mit Bem nach Wien gekommen war. Die Hinrichtung des ersteren, welche in ganz Deutschland bei allen Parteien den tiefsten Eindruck hinterließ, die damals noch eine Constituirung der ganzen Nation in einer Bundesverfassung durch das Frankfurter Parlament hofften, war allem Anschein nach darauf berechnet, der deutschen Partei in Oesterreich auf die empfindlichste Weise ihre Ohnmacht nach dem Fall Wiens zu zeigen und darzulegen, daß die jetzigen Machthaber ihren Bestrebungen im Nothfall durch die rücksichtsloseste Anwendung der Militärgewalt entgegentreten würden. Wahrscheinlich sollte ferner die Hinrichtung eines Leiters der Frankfurter Linken, ohne Rücksicht auf die Unverletzlichkeit eines Abgeordneten, ganz Deutschland beweisen, daß die in Oesterreich Regierenden den Frankfurter Reichstag wegen seiner selbstverschuldeten Ohnmacht verachteten, sich um dessen Beschlüsse nicht kümmern würden und überhaupt von einer Anschließung an Deutschland eben so wenig etwas wissen wollten, wie die Regierung auch früher die Geltung der Centralgewalt in Wirklichkeit nicht anerkannt hatte. Die Hinrichtung Blums kann wenigstens nur als politische Demonstration gelten, wenn man sie nicht für eine nutzlose und leichtsinnige Gewaltthat halten will; geborene Oesterreicher, die von den militärischen Gerichten nicht zum Tode verurtheilt wurden,

* Dieser Pole, 1831 emigrirt, hatte sich in Algerien niedergelassen und besaß ein Landgut bei Bona. Die Hoffnung der Wiederherstellung seines Vaterlandes hatte ihn bewogen, sich wie viele andere Ausgewanderte nach Galizien zu begeben.

hatten sich wenigstens weit mehr bloßgestellt, wie der Frankfurter Deputirte, welcher wegen seiner Rede in der Aula am 23. Okt. und wegen seiner Theilnahme am Kampfe des 28sten den Tod erlitt, die ohnedem gewissermaßen eine zufällige war, weil das Corps, worin er eintrat, ursprünglich eine ganz andere Bestimmung hatte. Jene beiden Gründe seiner Verurtheilung wurden als die einzigen in einem offiziellen Artikel der Wiener Zeitung am 17ten angegeben, worin als Erläuterung der ursprünglichen Bekanntmachung des Urtheils und der Vollziehung desselben gesagt war:

„Um der Verbreitung böswilliger Gerüchte zu begegnen, die in Ansehung des Verfahrens bei der Verurtheilung des Robert Blum zur Kenntniß der Militärbehörde gelangt sind, findet die letztere im Nachhange zu ihrer diesen Gegenstand betreffenden, in der Wiener Zeitung bereits erschienenen Kundmachung zu erinnern: Robert Blum aus Leipzig, als einer der thätigsten Beförderer des Oktoberaufstandes bekannt, wurde in Folge des bereits am 20. Okt. proklamirten Belagerungsstandes für Wien und Umgebungen nach dem Einrücken der k. k. Truppen in die Hauptstadt eingezogen und vor das Standrecht gestellt. In der diesfälligen Untersuchung wurde er durch sein Geständniß und beeidete Zeugen überwiesen, daß er am 23. Okt. in der Aula zu Wien den bewaffneten Aufruhr durch eine feurige Rede angefacht, und als Führer einer Compagnie des Corps d'Elite mit den Waffen in der Hand an demselben theilgenommen habe. Robert Blum wurde demnach in Gemäßheit der bestehenden Militärgesetze von dem Standrechte mit Einhelligkeit der Stimmen zum Tod durch den Strang verurtheilt, und dieses Urtheil innerhalb 24 Stunden, vom Zeitpunkt seiner Stellung vor die standrechtliche Commission gerechnet, durch Pulver und Blei vollzogen."

Blum und Fröbel waren am 4. Nov. verhaftet worden, nachdem der Gasthof, worin sie wohnten, von Truppen cernirt war. Blum berief sich auf den Schutz, den er als Deputirter der Frankfurter Nationalversammlung in Anspruch nehmen konnte; der commandirende Offizier verwies ihn an den höheren Befehlshaber. Ueber das weitere Verfahren gegen beide Deputirte berichtete Fröbel nach seiner Rückkehr zur Nationalversammlung in einer denkwürdigen Rede, worin er leidenschaftslos den Verlauf der Thatsachen

belegte, während auch die rechte Seite ihn mit Ruhe anhörte; denn auch letztere war über eine Gewaltthätigkeit bestürzt, welche das Ansehen des Reichstags vor ganz Deutschland tief verletzte und welche ein militärisches Verfahren gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung anwandte, die seit dem März als rechtsgültig von den Regierungen selbst anerkannt war. Fröbel berichtete: Er und Blum seien, im Auftrag der linken Seite, mit einer Adresse am 13. Okt. abgereist, nachdem die Nationalversammlung den Antrag, ihre Sympathie für die Wiener Erhebung auszusprechen, abgelehnt, am 17ten in Wien eingetroffen, und hätten die Adresse dem Reichstag, dem Gemeinderath, Studentenausschuß 2c. übergeben. Nach Erfüllung ihres Auftrags wollten sie am 20. Okt. wieder abreisen. Blum erhielt einen Paß vom sächsischen Gesandten, Fröbel einen Passirschein vom Obercommandanten auf drei Tage. Da man aber allgemein sagte, daß die Reisenden Mißhandlungen von Seiten des Militärs ausgesetzt seien, blieben sie in Wien. Einmal zum Bleiben genöthigt, entschlossen sie sich, am Kampfe Theil zu nehmen. Auf die Aufforderung des Hauptmanns Hauck, im Namen des Obercommando's, traten sie als Hauptleute in das Elitencorps, welches zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung bestimmt war. Mehrmals wurde aus den Häusern auf Vorübergehende geschossen, Personen aus ihren Häusern gerissen, um sie aufzuknüpfen, alle Unbewaffneten gezwungen, in die Mobilcorps zu treten. Der Dienst in dem Elitencorps erforderte also ebenso viel Muth und Energie, als der Kampf gegen die kaiserlichen Truppen. Beide Abgeordnete glaubten als Fremde es dem genossenen Gastrecht schuldig zu sein, auch die Lasten mitzutragen; auch wurde ihnen gesagt, man wünsche ihre Namen an der Spitze zu haben. Allein das Corps wurde auf eine überraschende Weise zu einem andern Zweck verwendet; beide wurden getrennt und auf die gefährlichsten Posten gestellt. Fröbel war überzeugt, daß die Stadt sich nicht halten könne, weil sie verrathen wurde. (Blum wurde

von den Croaten mit Kartätschen und Granaten beschossen, hatte fünf Kanonen und den strengen Befehl, sie nicht zu gebrauchen. Es waren theils keine, theils mit Sand und Sägespänen gefüllte Patronen vorhanden ꝛc.) Beide beschlossen, vom weitern Kampfe abzustehen, verlangten und erhielten am 29sten ihre Entlassung und hatten von da an keinen Antheil mehr an den Ereignissen. Sie blieben vom 29. Okt. bis 4. Nov. ruhig zu Hause, da nach der Einnahme der Stadt die Gräuel und Verfolgungen gegen Jeden begannen, dessen Physiognomie den Soldaten nicht gefiel. Am 1. Nov. wendeten sie sich an einen General mit der Anzeige, daß sie durch die Ereignisse wider ihren Willen in Wien zurückgehalten worden, nun sogleich abreisen wollten, und baten um einen Geleitschein. Am 3ten wurden sie an General Cordon gewiesen, dem sie Nachmittags das Gesuch wiederholten. Am 4ten, früh 6 Uhr, wurden sie durch einen Beamten der Stadthauptmannschaft, mit einem Hauptmann und 6 bis 8 Soldaten, in ihrer Wohnung verhaftet und trotz ihres Protestes in das Staatsstockhaus abgeführt (der Haftbefehl befand sich auf der Rückseite ihres Briefes). Dort genossen sie vom 4 bis 8 Nov. Abends eine ziemlich rücksichtsvolle Behandlung und hatten das beste Zimmer. Am 8ten, Nachmittags 4 Uhr, schickten sie einen Protest an die Central-Untersuchungscommission, worin sie nochmals ihre Eigenschaft als Abgeordnete geltend machten und die Rechte der Nationalversammlung feierlich verwahrten. (Zwei Tage vorher hatten sie in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung ihre Verhaftung und deren wahrscheinlichen Grund angezeigt, und ihn aufgefordert, die Rechte der Nationalversammlung geltend zu machen; der Brief scheint aber nicht eingetroffen zu sein.) Der Protest wurde allerdings berücksichtigt: die Hinrichtung Blums war die augenblickliche Antwort. Von 6 bis 8 Uhr wurde er verhört, am andern Morgen das Urtheil verkündigt und vollzogen. Am 8ten früh wurde ein Mann, angeblich ein Gefangener, für den kein anderer Platz mehr vor-

handen, zu ihnen gebracht, welcher die Profoßen commandirte und sich Alles erlauben durfte. Dieser forschte sie über ihren Antheil am Kampfe aus, fragte unter Anderem auch, wo ihre Feldbinden niedergelegt seien rc. Blum theilte ihm, trotz Fröbels Warnung, offenherzig Alles mit. Dieser Mann ermahnte sie, energischer in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete zu protestiren, dann würden sie morgen frei sein. Fröbel traute jedoch nicht ganz und strich noch am Schlusse des von Blum aufgesetzten Protestes eine Art Drohung weg. (Die Abschrift des Protestes ist ihm später im Gefängniß weggekommen: das Einzige, was ihm von seinen Effekten entwendet wurde.) Die Zeit von 1 bis 6 Uhr Nachmittags (am 8. Nov.) war gerade hinreichend, den Protest nach Hetzendorf an Windischgrätz zu befördern und seine Antwort zurückzubringen. Man glaubte an einem Opfer genug zu haben und wollte das zweite wenigstens empfindlich büßen lassen. Fröbel wurde vier Tage im harten Gefängniß und in dem Wahn gelassen, daß ihm der Strang bevorstehe, dann plötzlich Mitternachts von dem Stabsprofoßen in Uniform mit vier Soldaten zu Wagen in ein unbekanntes Haus gebracht und zu einem Beamten geführt, der bei Eröffnung eines versiegelten Papiers in große Bestürzung gerieth. Fröbel konnte von Weitem in dem Papier die Worte „5 Uhr" lesen und glaubte, das sei seine Hinrichtungszeit. Er wurde wieder in das Gefängniß zurückgeführt, dort entkleidet und durchsucht, und blieb bis zum 10ten Nachmittags, wo der Stabsprofoß in Civil und ohne Bedeckung ihn höflich durch die Stadt und in das frühere Haus führte. Dort wurde er Abends 6 Uhr verhört und gefragt, ob er nach dem 23. Okt., nachdem Windischgrätz den Belagerungszustand erklärt hatte, die Waffen geführt habe; das sei das Wesentliche. Auf seine Einwendung, daß der Belagerungszustand nicht publizirt, nach der eigenen Erklärung des Gemeinderaths die wenigen an Straßen angeklebten Exemplare abgerissen, auch der Beschluß vom Reichstag für ungesetzlich erklärt worden sei, erwiderte man ihm: ob er denn nicht

wisse, daß der Belagerungszustand alle Civilbehörden und also auch den Reichstag aufhebe? Auf die humane Aufforderung des Richters vertheidigte er sich, ohne seinen Grundsätzen etwas zu vergeben oder auch seine Richter unnütz zu reizen. Er brachte auch vor, daß er schon einmal in Wien gewesen, und daß er eine Broschüre: „Wien, Deutschland und Europa,“ geschrieben, in welcher vorgeschlagen wird, Oesterreich nicht durch Theilung, sondern durch Verbindung seines Staatencomplexes mit Deutschland zu vereinigen. Der dem Kriegsgericht präsidirende Oberstlieutenant bemerkte, dies sei ein wesentlicher Punkt der Vertheidigung. Ein Auditor zog die Broschüre aus den Papieren hervor. (Fröbel hatte sie Blum zu lesen gegeben.) Er glaubt, daß dies die Veranlassung zu seiner Befreiung gewesen. Am 11ten wurden ihm die Akten nochmals vorgelesen und das Urtheil verkündigt mit dem Beisatz, daß ihm von Windischgrätz in Berücksichtigung mildernder Umstände die Todesstrafe gänzlich erlassen und er auf freien Fuß gesetzt werde. Die Mitglieder des Kriegsgerichts bezeigten ihre Freude und Theilnahme. Ein Polizeibeamter brachte ihn mit aller Rücksicht an die sächsische Grenze. Der Weg über Breslau wurde ihm nicht gestattet; die Gründe, hieß es, würden ihm wohl von selbst ersichtlich sein. Fröbel schloß seinen einfachen und mit lebhafter Theilnahme vernommenen Bericht mit der Bemerkung: Es wäre wohl unpassend, wenn er Anträge deßhalb stellen wollte. — Blum starb gefaßt. Am Morgen des 9ten wurde ihm sein Todesurtheil verkündet; er vernahm dasselbe mit Ruhe. Ein Geistlicher der Schottenkirche, zu deren Bezirk das Gefängniß gehört, kam zu ihm, um ihm die Beichte abzunehmen. Er sagte, daß er nicht beichte. Der Geistliche erwiderte, er wisse das und wolle ihm nur menschliche Hülfe sein. Robert Blum verlangte noch einen Brief an seine Frau und seine Kinder zu schreiben. Er that dies und besprach sich sodann mit dem Geistlichen ruhig über Unsterblichkeit. Alsdann ward er in einem Wagen mit drei Jägern und einem Offizier in die Brigittenau

hinausgeführt. Auf dem Gang nach dem Richtplatze stand er mehrmals still und holte tief Athem, aber keine Spur von Kleinmuth war an ihm. Er bat, daß man ihm die Augen nicht verbinde und soll noch gesagt haben: „Aus jedem meiner Blutstropfen wird ein Freiheitsmärtyrer erstehen“ — die gewöhnliche Folge von Hinrichtungen aus politischem Grunde. Eine Kugel traf ihn in die Stirne, die andern in die Brust.

In den nächsten Tagen dauerten die Hinrichtungen sowohl an Leitern des Aufstandes, wie an Andern fort. Am 11ten wurde v. Sternau, Commandant der mobilen Nationalgarde, am 15ten drei untergeordnete Personen, worunter zwei übergetretene Soldaten, am 16ten Messenhauser erschossen. Sternau's Verurtheilung war ganz einfach: „wegen Theilnahme am bewaffneten Aufstande,“ motivirt; man hatte ihn offenbar wegen seiner Stellung als Commandant, ebenso wie Messenhauser, hervorgesucht. Letzterer hatte sich freiwillig gestellt und sein Schicksal offenbar nicht erwartet, weil er das Obercommando im Auftrage des Reichstags und des Gemeinderaths, einer vom Fürsten Windischgrätz selbst als legal anerkannten Behörde, führte und die ihm übertragene Macht eher zur Mäßigung der Volksbewegung, wie zur Steigerung derselben durch revolutionäre Mittel gebraucht hatte. Die Lage, worin er sich nach dem 28sten befand, blieb nicht berücksichtigt; es ward in dem Todesurtheile noch besonders hervorgehoben, daß er den Bruch der Capitulation durch die Verbreitung seiner Bulletins über das siegreiche Vorrücken der Ungarn veranlaßt habe. * Vergeblich verwandten sich Mitglieder des

* Das Urtheil lautete: Wenzel Messenhauser, zu Proßnitz in Mähren geboren, 35 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsteller, ist in der mit ihm abgeführten kriegsrechtlichen Untersuchung durch sein Geständniß bei erhobenem Thatbestande überwiesen, daß er in der Eigenschaft als provisorischer Obercommandant der Wiener Nationalgarde den bewaffneten Aufruhr in Wien, dessen Umgebung und in mehren Provinzen durch Plakate und Aufgebote zum Landsturm eingeleitet habe; daß er selbst nach Kundmachung des Belagerungszustandes über

Reichstags und des Gemeinderaths für seine Rettung; der Fürst Windischgrätz soll erklärt haben, seine Begnadigung sei unmöglich, weil die Armee seinen Tod verlange. Der Reichstagsdeputirte Prato begab sich noch in der Nacht des 15ten nach Olmütz, um die Begnadigung beim Kaiser nachzusuchen, indeß schon am Morgen des 16ten wurde das Todesurtheil vollzogen. *

die Stadt Wien nebst Vorstädten und Umgebung, mittelst der Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Okt. d. J., durch einen weiteren Aufruhr vom 25. Oktober und dessen Nachtragsbefehl vom nämlichen Tage zum Aufruhr gegen die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung von seiner Majestät dem constitutionellen Kaiser gegen Wien entsendeten Truppen angereizt, und diese bis zum Treubruch zu verleiten versucht, daß er ferner durch einen terroristischen Befehl die äußerste Vertheidigung Wiens gegen die anrückenden Truppen angeordnet und sonach den bewaffneten Widerstand auch thätigst fortgesetzt; daß er sogar nach abgeschlossener Capitulation wegen Uebergabe der Stadt an den Herrn General Feldmarschall am 30. Okt. Mittags zwei Bulletins über das angebliche siegreiche Vorschreiten der schon am 28. Oktober angekündigten Heeresmacht der Ungarn in zahlreichen Abdrücken verbreitet, und dadurch den Bruch der abgebrochenen Capitulation herbeigeführt habe. Es ist demnach Wenzel Messenhauser durch kriegsrechtliches Urtheil vom 11., und kundgemacht am 14. Nov. d. J. in Folge der angeführten Proklamation in Verbindung mit dem Art. 62 § 4 des Militärstrafgesetzbuches zum Tode durch den Strang condemnirt, das Urtheil aber am 16. d. M. um halb 9 Uhr Morgens im hiesigen Stadtgraben durch Erschießen mit Pulver und Blei vollzogen worden.

Von der k. k. Militärcentraluntersuchungscommission.

* Bei Schütte heißt es über diese Hinrichtung: „Er, der so ehrlich gehandelt — der das bewaffnete aufgeregte Volk stets zur Milde, zur Nachgiebigkeit und zum Edelmuthe aufgefordert — durch dessen Anordnungen vieles Unglück verhindert wurde — der trotz der eigenen persönlich lebensbedrohenden Gefahr nach dem Abschlusse der Capitulation mit allen Mitteln der Ueberredungsgabe zum Frieden mahnte, der das bewaffnete Volk dringend gebeten, die Waffen niederzulegen — den man dafür, weil er aus seiner innersten Ueberzeugung sprach und den Frieden ernstlich haben wollte, und den man schon darum vom Stephansthurm stürzen wollte, und ihn darum einen Verräther nannte, weil er es ehrlich und aufrichtig mit dem Volke meinte: dieser Mann mußte sterben, weil die Armee seinen Tod wollte. Noch um die Mitternachtsstunde vom 15. auf den 16. November fuhr der Reichs-

Wie bei Sternau und Messenhauser Rache genommen wurde an den militärischen Häuptern, wählte man zwei Journalisten der demokratischen Presse als Opfer, in Becher und Jellineck (Redakteuren des seit dem 16. Juni erscheinenden Radikalen). Das über beide gefällte Urtheil ist schon wegen der Ausdrucksweise merkwürdig, weil sich der Haß der Militärpartei gegen die Presse mit einer Härte der Worte darin kund gibt, wie sie in einem gerichtlichen Dokument sonst überall unerhört ist:

1) **Alfred Julius Becher, geboren zu Manchester in England, 45 Jahre alt, protestantischer Religion, Witwer, Doktor der Rechte, verantwortlicher Redakteur und Verleger der politischen**

tagsdeputirte Prato in Uebereinstimmung mit vielen Reichstagsmitgliedern mit einem Seperattrain nach Olmütz, um die Begnadigung für Messenhauser bei Sr. Majestät dem Kaiser zu erbitten. Allein wie man sagt, soll diese Verwendung den Akt der Vollziehung des Urtheiles beschleunigt haben, und so wurde Messenhauser schon am 16ten Morgens gegen halb 9 Uhr aus dem Stabsstockhause beim Neuen Thore in den in der Nähe liegenden Basteigraben geführt. In einem schwarzen Sammtrocke gekleidet schritt er langsam mit Ruhe und fester Haltung seiner Todesstätte zu. Dort angekommen, wechselte er einige Worte mit dem Geistlichen, so wie mit dem die Militärabtheilung befehligenden Major; er ersuchte den letztern, daß er sich selbst commandiren dürfe, worin dieser einwilligte. Messenhauser machte einige Schritte vor, um sich in die gehörige Distanz zu stellen. Als er sich gestellt, ließ er eine Hand in die linke Hüfte sinken, und legte seine Rechte auf die linke Brust auf die Stelle des Herzens, commandirte mit lauter Stimme zu den Jägern: »Fertig! — Legt an!« — blickte noch todesmuthig in den Lauf der Geschosse, welche ihm in der nächsten Sekunde den Tod bringen sollten, und rief endlich mit verstärkter Stimme: »Feuer!« 3 Schüsse knallten fast zu gleicher Zeit — und Messenhauser hatte sein Leben geendet. Viele Thränen sah man über die Wangen Mancher fließen, die dies mit angesehen hatten. Er starb, wie einst der alte Hofer so muthig und unerschrocken wie dieser. Er starb im Bewußtsein für sein gutes Recht; ob die Sache, für die er so heldenmüthig gestorben, eine so große und erhabene war, wie jene des Sandwirthes, darüber wird eine spätere Geschichte ihr Urtheil sprechen. Hätte Messenhauser nicht auf diese Art seinen Tod gefunden, seine Name wäre vielleicht verschollen; aber jetzt, nachdem er gleichsam den Tod eines Märtyrers starb, jetzt wird sein Name leben in allen freiheitsbegeisterten Herzen Wiens, und dieser Name wird nicht untergehen in der Geschichte Wiens, wie in der Geschichte Oesterreichs!«

Zeitschrift „der Radikale" und 2) Herrmann Jellineck, aus Ungarisch=Brod in Mähren gebürtig, 25 Jahre alt, israelitischer Religion, ledig, Doktor der Philosophie und Mitarbeiter des vorerwähnten Blattes — sind in Uebereinstimmung mit dem erhobenen Thatbestande theils durch ihr Geständniß, theils durch die gerichtliche Anerkennung des Inhaltes der durch sie redigirten und in Umlauf gesetzten Exemplaren des sogenannten Radikalen überwiesen, daß sie ungeachtet der am 20. und 23. Oktober d. J. kundgemachten Proklamation Sr. Durchl. des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz fortfuhren, in dem genannten Tagesblatte das Volk zur bewaffneten Empörung gegen seine Majestät den constitutionellen Kaiser und zum offenen Widerstande gegen die zur Unterdrückung des hiesigen Oktoberaufruhrs entsendete k. k. Armee aufzuwiegeln, indem besonders in den Blättern vom 22., 24. und 25., dann 26. Oktober die schamloseste und empörendste Verdächtigung Seiner Majestät des Kaisers und des Hofes gegen das Volk ausgesprochen, zur Verweigerung der Steuern aufgefordert, die Proklamation des Herrn Feldmarschalls herabgewürdigt und für ungesetzlich erklärt, der allerhöchste Hof des Despotismus und des offenen Bruches mit den Völkern der Gesammtmonarchie ehrlos beschuldigt, Letztere zum Kampfe gegen die legitime Dynastie angereizt, die Einsetzung einer revolutionären Exekutivgewalt vorgeschlagen, überhaupt alle Ellemente einer entfesselten Presse aufgeboten worden sind, um den Sturz der gesetzlichen Regierung und der allerhöchsten Dynastie durch Waffengewalt und den vorbereiteten äußersten Widerstand gegen die k. k. Truppen herbeizuführen. Es sind daher Alfred Julius Becher und Hermann Jellineck wegen Verbrechen des Hochverraths der beleidigten constitutionellen Majestät und der öffentlichen Anreizung zur bewaffneten Empörung, in Folge der angeführten Proklamation des Herrn Generalfeldmarschalls in Verbindung mit dem 5. Kriegsartikel und dem Artikel 61 der Theresianischen pol. G. O. im Einklange mit dem §. 53 des Civilstrafgesetzbuches durch einhelliges Kriegsrechtsurtheil vom 22. d. M. zum Tode durch den Strang condemnirt, das Urtheil den Beschuldigten in völliger Ermangelung gesetzlicher Begnadigungsgründe an demselben Tage kundgemacht, und am 23. Nov. d. J. Morgens um 7 Uhr mittelst Erschießens durch Pulver und Blei vollzogen worden.

Von der k. k. Militärcentraluntersuchungscommission.

Becher, ein Mann zwischen 40 und 50 Jahren, früher Advokat in Elberfeld und seit 1841 in Wien, wo er bald darauf eine musikalische Zeitschrift herausgab, war der jetzt herrschenden Partei ohnedem durch den Einfluß ver=

haßt, den er auf die Aula und in den demokratischen Clubs, besonders zuletzt im Centralverein, geäußert hatte, und mochte durch größere Erfahrung für gefährlich gelten können; Jellineck dagegen war ein junger Mann, der wie tausend Andere durch den Strom fortgerissen, nur als Mitarbeiter an einem Blatte bekannt geworden war, dessen eigentliche Leitung ihm nicht einmal anheimfiel. — Alle bis dahin Erwähnten wurden wenigstens als Theilnehmer an der Revolution und an der Vertheidigung erschossen: eine Hinrichtung am 17. Nov. hatte nicht einmal diese Beschönigung, sondern geschah wegen unbesonnener politischer Aeußerungen an einem öffentlichen Orte nach der Einnahme Wiens, wie folgende öffentliche Bekanntmachung vom 17. Nov. bezeugt:

Anton Brogini, aus Brünn in Mähren gebürtig, 29 Jahre alt, katholisch, ledig, ohne Profession und Beschäftigung ist bei richtig erkanntem Thatbestand durch eidliche Zeugen überwiesen, am 13ten d. M. Abends in einem hierortigen Gasthause und in Gegenwart mehrer Gäste vom Civil= nnd Militärstande aufwiegelnde Gespräche geführt zu haben, wobei er sich insbesondere Drohungen über die nothwendige Ermordung hoher Personen erlaubt hat. Es ist daher A. Brogini in Folge der Proklamation Sr. Durchl. des Herrn Fürsten zu Windischgrätz vom 1. und 12. d. M. gemäß standrechtlichen Urtheils vom 16 d. M. durch Stimmenmehrheit zum Tode verurtheilt, und das Urtheil heute Vormittag 8 Uhr im hierortigen Stadtgraben durch Pulver und Blei vollzogen worden.

Ein solches Verfahren erwies einen militärischen Terrorismus, wie er seit der Herrschaft Napoleons, nach unterdrückten Aufständen, in Deutschland nicht wieder geherrscht hatte!

(Fortsetzung folgt.)

Inhalt.

Aufstand und Besiegung Wiens (Fortsetzung) 3
Oesterreich bis zur Auflösung des Reichstags (März 1849) . 109

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Kottenkamp, Franz,

Die neuesten Weltbegebenheiten

Bd.: 15

Stuttgart 1849

Eur. 426 q-10/15
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10484850-5